

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

11 · 2011

THEMA

## Vergabe: Zurück in die Zukunft

Der Bundeskanzler hat die Schwellenwerteverordnung verlängert – worüber nicht nur die Wirtschaft erleichtert ist. Allerdings – und das ist der Wermutstropfen – nur bis Ende 2012, während beispielsweise Deutschland das gleich unbefristet gemacht hat.

SEITE 8

THEMA

Getränkesteuer: Weit weg von einer optimalen Lösung ▶ 16

PRAXIS

E-Government: Social Media im öffentlichen Bereich ▶ 66

CHRONIK

Mythen über Masten: Panikmache um Handystrahlen ▶ 79



PREISTRÄGER 2010  
Großer Preis des  
MITTELSTANDES

espas  <sup>®</sup>  
SPIELGERÄTE & STADTMOBILIAR

espas bietet Ihnen qualitativ hochwertige Produkte zu günstigen Preisen!



Zudem investieren wir in Ihre Sicherheit! Wir produzieren in unserem Werk in Kassel und lassen alle unsere espas-Spielgeräte TÜV-zertifizieren.

Unsere **wartungsarmen Produkte** werden **komplett vormontiert** und mit unserem eigenen espas-Fuhrpark dort angeliefert, wo Sie es wünschen!



**Fordern Sie Ihr kostenloses Frühlingsangebot 2011 an und lassen Sie sich von unserem Team beraten!**



Sie haben noch Fragen? Wir helfen Ihnen gerne und finden die passende Lösung für Ihre Ansprüche! Unser Team ist montags bis freitags von 8 Uhr bis 17 Uhr telefonisch unter **+49 (0) 561 / 574 63 90** und rund um die Uhr unter **info@espas.de** für Sie erreichbar.

Ihr espas Team

**Besuchen Sie uns auch im Internet auf [www.espas.at](http://www.espas.at)!**



Wir brauchen Schuldenbremse, aber auch Belastungsstopp

## Gemeinden sind Vorbild

Mit großem Getöse verkündeten die Spitzen der Bundesregierung, dass Österreich eine Schuldenbremse brauche und dies auch in der Verfassung festgeschrieben werden sollte. Was als Sensation gewertet wurde, ist im üblichen Leben ganz normal. Jeder Mensch weiß, dass er nicht ständig mehr ausgeben als einnehmen kann. Nur die öffentlichen Hände haben genau das Gegenteil gemacht, und zwar weltweit. Und jetzt wundern sich alle, dass einmal der Zeitpunkt kommt, an dem die Zinsen und Rückzahlungen kaum mehr verkraftet werden können und die Kreditgeber nervös werden. Man kann schon für wichtige Investitionen oder in schwierigen Zeiten einmal Darlehen aufnehmen, sollte es aber in guten Zeiten auch rechtzeitig zurückzahlen. Genau das ist nicht passiert, im Gegenteil, weil es so einfach war, hat man immer neues Geld als Kredit aufgenommen und den Bürgern vorgetäuscht, alles und jedes sei von der Politik möglich. Jetzt ist Schluss, weil auch das reiche Österreich seinen Status als wirtschaftlich gesundes Land verlieren könnte und plötzlich für seine Kredite nicht rund drei, sondern fünf oder mehr Prozent Zinsen zahlen müsste. Und das macht bei einer Verschuldung von über 200 Milliarden Euro so viel Geld aus, dass auch der Staat in größte Finanzprobleme käme.

Deshalb ist die Schuldenbremse das natürlichste Mittel und längst überfällig. Die viel gescholtene und manchmal auch gelästerten Gemeinden haben dies längst erkannt und handeln auch danach. So haben die Gemeinden als einzige Gebietskörperschaft seit Einführung der Maastricht-Kriterien das Ziel des Null-Defizites immer erreicht und sogar übererfüllt, mit Ausnahme der Krisenjahre 2009 und 2010. Aber auch in dieser schwierigen Zeit lag der Abgang

aller österreichischen Gemeinden und Städte in einer Größenordnung, die etwa die Hälfte der Neuverschuldung des Landes Steiermark ausmacht. Und 2011 werden die Gemeinden Österreichs wieder einen ausgeglichenen Haushalt liefern. Auch bei der Schuldenentwicklung werden die Gemeinden gerne als die Schuldenkaiser dargestellt. Natürlich stöhnen auch die Kommunen unter ständig wachsenden Aufgaben, aber im Verhältnis zum Bund und zu den Bundesländern stehen die Gemeinden nicht schlecht da. Sie haben von der Gesamtverschuldung rund fünf Prozent, die Bundesländer zehn und der Bund rund 85 Prozent. Und bei den Gemeinden stehen für ihre Schulden entsprechende Werte, wie Abwasserentsorgung, Trinkwasserversorgung oder rund 70.000 Gebäude (vom Gemeindeamt über die Kindergärten, Schulen, Seniorenheimen bis zu den Feuerwehrhäusern).

Diese Vergleiche sollen nicht die schwierige Situation der Gemeinden schönreden, aber aufzeigen, dass die Gemeinden trotz vieler Probleme ihre Aufgaben vorbildlich erfüllen. Was wir dringend brauchen, ist nicht nur Verständnis, sondern ein gesetzlicher Belastungsstopp, der garantiert, dass nicht jene Kosten, die von der Gemeinde nicht beeinflussbar sind, wie Sozialwesen, Gesundheit etc., ständig mehr steigen als die Einnahmen. Wenn das möglich ist, dann ist für uns auch die Schuldenbremse kein Problem. Aber reden wird man auch darüber mit uns müssen. Schließlich sind wir nicht ganz unwesentliche Partner, wenn es um die Entwicklung unseres Landes geht. Das sollten die verantwortlichen Bundespolitiker nicht vergessen.

*Helmut Mödlhammer*



Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes

Was wir dringend brauchen, ist nicht nur Verständnis, sondern ein gesetzlicher Belastungsstopp, der garantiert, dass nicht jene Kosten, die von der Gemeinde nicht beeinflussbar sind, ständig mehr steigen als die Einnahmen.



## THEMEN

### Gemeindebund

- 18 Das Maß ist voll! Einseitige Gesetzesvorhaben des Bundes treiben Gemeinden auf die Barrikaden
- 20 Lobbyinggesetz: Jede Einschränkung der verfassungsrechtlichen Position ist untragbar
- 22 Kartelle: Auch Österreichs Gemeinden sind unmittelbar betroffen
- 24 Österreichs Freiwilligenarbeit: Nicht in Europas Spitzenfeld, aber engagiert und „am Land zu Hause“
- 30 Wissenschaftspreis 2011: Erstmals zeichnet KWG-Jury nur eine Arbeit aus

### Recht & Verwaltung

- 8 Erleichterung über erhöhte Schwellenwerte, aber Bedauern über Gültigkeit bis 31. Dezember 2012
- 12 Landesverwaltungsgerichtshöfe: Entscheidung muss bei den Gemeindeorganen bleiben
- 14 Haftungsobergrenzen: Der Nebel lichtet sich langsam
- 21 Wahlrechtsänderungsgesetz 2011: Neues bei Briefwahl, Fristen und Ausschließungsgründen

### Finanzen

- 16 Getränkesteuerausgleich fixiert: Weit weg von einer optimalen Lösung

### Europapolitik

- 31 AdR-Präsidentin Mercedes Bresso: EU darf ländliche Gebiete nicht im Stich lassen
- 32 EU-Politik vor Neugestaltung: Förderungen für alle Regionen stehen im Raum

## Impressum

### Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

### Medieninhaber:

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH.,  
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,  
Tel. 01/532 23 88,  
Fax 01/532 23 77,  
E-Mail:

[kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

### Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimmer

### www.kommunal.at

### Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88

Mag. Hans Braun - DW 16  
(Chefredaktion & Layout)

[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)

Mag. Helmut Reindl - DW 15

[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)

Katharina Lehner - DW 37

[katharina.lehner@kommunal.at](mailto:katharina.lehner@kommunal.at)

### Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88

Mag. Sabine Brüggemann - DW 12

[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke - DW 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

### DTP & Grafik:

Ernst Horvath  
[ernst.horvath@kommunal.at](mailto:ernst.horvath@kommunal.at)

### Fotos:

[www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at); [www.photos.com](http://www.photos.com)

### Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter  
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Nicolaus Drimmel  
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer  
(BM für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Petra Hafner (BM für  
Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr. Clemes Hüffel (BM für  
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für  
Wirtschaft, Familie & Jugend)

Mag. Alexander Marakovits (BM.I)

Mag. Susanne Metzger (BM für  
Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer  
(Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl  
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Mag. Arnold Obermayer  
(BM für europäische und Internationa-  
le Angelegenheiten)

Eduard Olbrich (BM für Soziales  
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali  
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp  
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer  
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider  
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Dagmar Strobel (Bundesministerium  
für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zimmer (Geschäftsführer  
Österreichischer Kommunalverlag)

Hinweis zu Gender-Formulierung:  
Bei allen Bezeichnungen, die auf  
Personen bezogen sind, meint die  
gewählte Formulierung beide Ge-  
schlechter, auch wenn aus Gründen  
der leichten Lesbarkeit die männ-  
liche Form steht.

### Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:  
Dieses Produkt stammt  
aus nachhaltig bewirt-  
schafteten Wäldern  
und kontrollierten  
Quellen – [www.pefc.at](http://www.pefc.at)



Druckauflage: **35.900**  
(Durchschnitt  
1. Halbjahr 2011)

Persönlich gezeichnete Artikel  
fallen unter die Verantwortlichkeit  
des Autors und müssen sich nicht  
unbedingt mit der Meinung von  
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder  
unter der Bezeichnung „Service“  
laufende Artikel sind bezahlte Infor-  
mationen und fallen nicht in die  
Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Infor-  
mationen der Bundesinnung Bau  
bei.

# SOCIAL

# MEDIA



## PRAXIS

### Bauen in der Gemeinde

- 47 Gegen den „Donut-Effekt“: Neue Perspektiven für leerstehende Bauten im ländlichen Raum
- 50 Interview: Hans-Werner Frömmel und sein Plädoyer für „Bau auf A“
- 53 Studie: Großes Interesse an seniorengerechter Wohnversorgung

### E-Government:

- 66 Soziale Medien im öffentlichen Bereich – Potenzial vs. Kontrolle

## CHRONIK

- 76 Kärntner Gemeindebund: Älter, weniger, bunter, internationaler und städtischer
- 79 Handystrahlen: Mythen über Masten
- 81 Kommunalakademie Niederösterreich: 40 Jahre und 100.000 Besucher in 2800 Veranstaltungen
- 82 Kunsteis von Greenice: Kosten und umweltschonendes Eislaufvergnügen
- 84 Sicherheit: KFV-Tipps gegen „feurige“ Weihnachten
- 86 Aus den Bundesländern
- 90 Südtirol, Personalia, Buch-Tipps & Termine
- 94 Service & Vorschau



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Schwellenwerte bleiben unverändert. Die Bürokratie bei der Vergabe kann dadurch niedriger gehalten werden, und Gemeinden bleiben bei ihren Beschaffungs- und Investitionsvorhaben flexibel und schlagkräftig. Die aktuelle Diskussion zur „Schuldenbremse“ birgt allerdings Gefahr, diese Flexibilität zu gefährden. Bund und Länder möchten die Schuldenquote auf die ohnehin bestehenden Maastricht-Kriterien senken.

Keine neuen Schulden zu machen klingt nach einem plötzlich nie dagewesenem Allheilmittel, das zuvor noch keinem eingefallen ist. Das kann es sein, wenn gewisse Grundsätze eingehalten werden. In allen vier öffentlichen Verwaltungsebenen wird es genügend Ein-



Michael Zipper  
Geschäftsführer

sparungspotential geben, um das Budget ausgabenseitig zu stärken. Dieses gilt es nun zu heben. Aufgaben können und sollen aber nicht von einer Ebene auf die nächst-kleinere Ebene abgegeben werden, um das eigene Budget zu stärken. Das wäre Augenauswischerei, die letztlich am stärksten die kleinste Ebene, also die Gemeinden und somit am unmittelbarsten den Bürger belasten würde. Schuldenabbau kann langfristig nur mit stabilem Wachstum funktionieren. Wachstum passiert nicht von

selbst, sondern muss gerade in Krisenzeiten stimuliert und gefördert werden. Flächen-deckend, unmittelbar und diversifiziert kann das nur durch die bürgernächste Einheit, die Kommunen, gesteuert werden. Wie die Regierung ihre Vorhaben bewältigen will, wird sich zeigen.

Jetzt gäbe es die Chance, in Europa eine Vorreiterrolle einzunehmen, in dem das funktionierende dezentrale System genutzt wird und die Gemeinden gestärkt werden. Denn hier passiert die Arbeit am Bürger. Viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe des KOMMUNALS.  
[michael.zipper@kommunal.at](mailto:michael.zipper@kommunal.at)

Foto: iStock



Damit nicht auch Österreichs AAA-Rating fällt, war rasches Handeln angesagt. Aber ein Einbinden der FAG-Partner wäre möglich gewesen.

**Verfassungsänderung:** Beschämender Umgang mit den Finanzausgleichspartnern

## Schuldenbremse setzt Belastungsstopp voraus

Am 15. November 2011 wurde in einer Nacht- und Nebelaktion und ohne Abstimmung mit den Gemeinden, aber auch großteils ohne eine solche mit den Ländern mit dem Argument einer umgehend notwendigen Maßnahme zum Schutz des heimischen AAA-Ratings ein Ministerratsbeschluss über eine wesentliche Verfassungsänderung gefällt. Dass der entsprechende Entwurf der Regie-

ben hat, die sich bereits seit einigen Tagen in Wien befinden sollen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man die Finanzausgleichspartner nicht auch kurzfristig hätte informieren oder gar einbinden können.

Dass aufgrund des starken Drucks auf die heimischen Staatsanleihen seitens der Regierung schnell gehandelt werden musste, ist für den Österreichischen Gemeinde-

auch davon ausgegangen werden, dass Teile dieser Regierungsvorlage schon lange in der Schublade des Finanzministeriums gelegen sind. Am 15. November 2011 hat der Finanzausgleichspartner Bund nun im Ministerrat beschlossen, dass er den am 29. April 2011 mit den Ländern und Gemeinden vereinbarten Stabilitätspakt 2011 nicht einhalten und über die Köpfe der anderen Gebietskörperschaften hinweg neben weitreichenden Eingriffen in die Budgethoheit und Autonomie der Landes- und Gemeindeebene in die österreichische Bundesverfassung aufnehmen wird. Dass das Maß bereits zuvor voll war, kann man ab der Seite 18 dieser Ausgabe des KOMMUNAL nachlesen, was jedoch nun von oben herab diktiert werden soll, ist von einer ganz neuen Dimension. Die einzelnen Inhalte der geplanten Änderung der Bundesverfassung sowie des Verfassungsgesetzes über Ermäch-

tigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes werden aktuell einer eingehenden Prüfung und Bewertung unterzogen. Der Österreichische Gemeindebund wird angemessene Schlussfolgerungen ziehen, die auch in der Ausgabe 12/2011 von KOMMUNAL nachzulesen sein werden.



Foto: Gemeindebund

Sämtliche Wünsche, die den Gemeinden zusätzliches Geld kosten, sind von der Ebene, die sich das wünscht, zu bezahlen.

Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

rungsvorlage erst in der Nacht zuvor (er datiert mit Dienstag, 15. November 2011, 2.51 Uhr) von Beamten des Finanzministeriums fertiggestellt wurde und dass es zeitnahe Gespräche mit Rating-Agenturen ge-

bund ebenso wie die Notwendigkeit ausgeglichener Budgets, die die Gemeinden seit Jahren vorleben, wie Gemeindebund-Präsident Mödlhammer in einer ersten Reaktion darlegte, nachvollziehbar, doch muss

### Kommission: Programm Ratingagenturen an die EU-Kandare

Die Europäische Kommission hat Mitte November ihr Programm für 2012 vorgelegt. Die größte Herausforderung ist und bleibt die Wirtschaftskrise, die europaweit auf andere politische Felder rückwirkt. Die Kommission will sich für die Erholung der Wirtschaft, eine Stärkung des Binnenmarktes und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Eine Reform des Finanzsektors wird für 2012 angekündigt. Die Ratingagenturen sollen mehr Rechenschaft ablegen und von der EU stärker beaufsichtigt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit soll bei allen Maßnahmen ebenso im Zentrum stehen wie die Abfederung der sozialen Kosten. Die Kommission hat sich außerdem vorgenommen, flexibel auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

**Betroffen:** Alleinerziehende, Migranten, Langzeitarbeitslose

## Eine Million Österreicher sind armutsgefährdet

Österreich ist ein wohlhabendes Land, aber die sozialen Gegensätze spitzen sich zu. Zwölf Prozent der österreichischen Bevölkerung, also knapp eine Million Menschen, sind laut Volkshilfe armutsgefährdet. Die Hälfte dieser Gruppe ist

so arm, dass sie ihre Wohnungen nicht angemessen heizen und ihre kaputte Kleidung nicht ersetzen können. Die Armutsschwelle für einen Einpersonenhaushalt liegt bei 994 Euro monatlich, also deutlich über der bedarfsorientier-

ten Mindestsicherung von 753 Euro monatlich. Besonders stark von Armut betroffen sind Alleinerziehende, Alleinlebende, Migranten, aber auch Langzeitarbeitslose und Personen mit einem geringen Bildungsstand.

**Mödlhammer:** „Fördermittel müssen auch bei Schulerhaltern ankommen“

## Tagesbetreuung: 80 Millionen im Jahr

Gut Ding braucht Weile. Ein Jahr nach der Einigung über den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung stehen nun auch die Förderöpfe für die Schulerhalter bereit. Prall gefüllt sind diese mit 80 Millionen Euro pro Jahr.

„Bis zum Schuljahr 2014/15 stehen damit 320 Millionen Euro zur Verfügung“, so Gemeindegewandlungspräsident Helmut Mödlhammer auf der Pressekonferenz, gemeinsam mit Bildungsministerin Claudia Schmied. Gemeinden brauchen als Erhalter von 4547 öffentlichen Volks-, Haupt- und Neuen Mittelschulen dringend Unterstützung, um die Voraussetzungen für Tagesbetreuung zu schaffen. Gefördert werden Maßnahmen zum Bau und Ausbau der nötigen Infrastruktur.



Foto: KOMMUNAL/Braun

Einigermaßen gut gelaunt stellten Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Helmut Mödlhammer das Paket vor.

Insgesamt soll sich die Anzahl der Betreuungsplätze bis zum Schuljahr 2014/15 von derzeit rund 120.000 auf 210.000 fast verdoppeln. Mödlhammer warnt jedoch: „Sämtliche Fördermittel müssen auch bei den Schulerhaltern ankommen.“ Auch muss die Finanzierung nach 2015 gesichert werden. Bundesministerin

Claudia Schmied zeigte sich über die Einigung erfreut: „Ich bin froh, dass diese Einigung zusammen mit dem Gemeindebund zustande gekommen ist. Es werden damit 10.000 Lehrerarbeitsplätze geschaffen.“

Erste Auszahlungen soll es schon im Laufe des November geben.

**Statistik Austria:** Kinderbetreuung stark gestiegen

## Plus zehn Prozent in zehn Jahren

Die Kinderbetreuungsquote ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen, zeigen neuste Daten der Statistik Austria, die im „Familie in Zahlen 2010“-Bericht veröffentlicht wurden. Von 78 Prozent an betreuten Kindern im Jahr 2000 wurde ein Zuwachs auf 91

Prozent im Jahr 2010 erzielt. Einen Anstieg gab es in allen Alterskategorien, auch bei den Kleinstkindern unter zwei Jahren. Um rund ein Drittel gestiegen ist die Zahl an Kinderbetreuungseinrichtungen, wie Krippen, Kindergärten und Horte.

**Burn-out:** Bürgermeister gehen an ihre Grenzen

## Für die eigene Gesundheit vorsorgen

Das Bürgermeisteramt geht an die Substanz, viele Bürgermeister sind ausgebrannt und leiden unter der Doppelbelastung und der hohen Verantwortung. Der Österreichische Gemeindebund will nun, gemeinsam mit dem Fonds Gesundes Österreich, für 2012 das Angebot an Gesundheitsseminaren

intensivieren. Bislang haben 120 Bürgermeister an Kursen teilgenommen. Laut Seminarleiterin Petra Gajar kommen viele oft wenn es fast zu spät ist. „Wir haben einige Burn-out-Fälle in den Kursen.“ Auf die Gesundheit zu achten und sich Ruhe zu gönnen, ist zwar anfangs schwer, aber notwendig.

**Unser Land:** Zum schämen?

## Stolz nur auf Berge und Schnitzel

Laut einer repräsentativen market-Umfrage, die rechtzeitig vor dem Nationalfeiertag veröffentlicht wurde, sind deutlich weniger Österreicher stolz auf ihr Heimatland, als noch vor einem Jahr. Waren im Vorjahr noch 42 Prozent der Befragten sehr stolz auf Österreich, sind es jetzt nur noch 34 Prozent.

Stolz macht die 606 Befragten vor allem die landschaftliche Schönheit Österreichs und die heimische Küche sowie die hohe Lebensqualität. Zum schämen sind für die Österreicher eindeutig die Politiker und die Rolle, die Österreich in der EU spielt. Nur vier Prozent sind stolz auf die Volksvertreter, nur fünf Prozent stolz auf Österreichs Rolle in der EU.



Schon jetzt gibt es zu wenig Nachwuchs für Hausarztpraxen.

**2020:** Hälfte der Hausärzte in Oberösterreich pensionsreif

## Akuter Ärztemangel in Sicht

Nicht nur im Wiener Allgemeinen Krankenhaus gibt es in Zukunft einen akuten Ärztemangel. Die Oberösterreichische Ärztekammer warnt, dass in den nächsten zehn Jahren ganze Landstriche ohne ärztliche Grundversorgung sein werden. Die Hälfte der 700 oberösterreichischen Hausärzte wird sich nämlich bis 2020 zur Ruhe setzen. Schon jetzt zeigen Berechnungen, dass

auch in Zukunft nicht genug Nachwuchs vorhanden ist. 185 Mediziner wird Oberösterreich ab 2020 jährlich brauchen, nur 100 oberösterreichische Medizin-Erstsemestrige haben aber dieses Jahr in ganz Österreich ihr Studium begonnen. Laut Peter Niedermoser, Oberösterreichs Ärztekammerpräsident, wird es schon jetzt immer schwieriger, eine Praxis zu besetzen.





Erleichterung über verlängerte Schwellenwerteverordnung

# Wermutstropfen: Verlängerung nur bis 31. Dezember 2012

Der Österreichische Gemeindebund zeigt sich als Vertreter der größten öffentlichen Auftraggeber sichtlich erleichtert, dass das Bundeskanzleramt nach langem und zähem Ringen die schlagenden Argumente der Gemeinden aufgegriffen hat und die Schwellenwerteverordnung für öffentliche Aufträge im unterschweligen Bereich um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.

Bernhard Haubenberger

Beinahe schien es so, als wäre mit dem letzten Entwurf einer Änderung des Bundesvergabegesetzes, der Anfang August in Begutachtung geschickt wurde, das letzte Wort gesprochen worden zu sein. Sowohl die österreichischen Gemeinden als größte öffentliche Investoren als auch alle Auftragnehmer hätten infolge der darin vorgeschlagenen Maßnahmen massive Nachteile erlitten.

Dem Entwurf zufolge wären nicht nur die Schwellenwerte gemäß der Schwellenwerteverordnung aufgehoben, sondern die Werte sogar teils unter das Niveau vor der Anhebung der Schwellenwerte im Jahr 2009 gesenkt worden. Wurde im Jahr 2009 mittels Schwellenwerteverordnung der Schwellenwert etwa für das nicht offene Verfahren ohne vorherige Bekannt-

machung bei Bauaufträgen von 120.000 Euro auf eine Million Euro erhöht, so hätte er mit dem Entwurf auf 60.000 (!) Euro herabgesetzt werden sollen.

Mit einer derartigen Senkung der Schwellenwerte und der dadurch ausgelösten zwingenden Anwendung komplizierter und langwieriger Instrumentarien wären nicht nur die Vergabeverfahren auf Auftraggeber- wie auch auf Auftragnehmerseite kostspieliger, sondern schlichtweg die bislang erzielten positiven Effekte der erhöhten Schwellenwerte wieder zu nichte gemacht worden.

## Um ein weiteres Jahr verlängert

Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben gezeigt, dass die mit der Anhebung der Schwellenwerte einhergehenden Er-

Verfahrensart	BVergG 2006	Erstentwurf BVergG 2012	SchwellenwerteVO (bis 31. 12. 2012)	BVergG 2012 (ab 1. 1. 2013)
Direktvergabe	40.000	40.000	100.000	<b>50.000</b>
Direktvergabe nach vorheriger öffentlicher Markterkundung		100.000		
Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung (Bauaufträge)			–	500.000
Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung (Liefer- und DL-Aufträge)			–	130.000
Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung (Bauaufträge)	80.000	60.000	100.000	80.000
Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung (Liefer- und DL-Aufträge)	60.000	60.000	100.000	60.000
Nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung (Bauaufträge)	120.000	60.000	1.000.000	<b>300.000</b>
Nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung (Liefer- und DL-Aufträge)	80.000	60.000	100.000	80.000

Alle Beträge in Euro

leichterungen bei der Durchführung von Vergabeverfahren wesentlich dazu beigetragen haben, dass die negativen Folgen der letzten Krise spürbar abgefedert, die Konjunktur gestärkt und Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Vor allem im Unterschwellenbereich, in dem der Großteil der öffentlichen Inves-

Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung“ bei Bauaufträgen bleibt beim erhöhten Schwellenwert von einer Million Euro.

Mit dieser Verlängerung ist sichergestellt, dass Gemeinden, die Garanten für eine starke regionale Wirtschaft sind, nicht infolge verwaltungs-, zeit- und kostenintensiver Vergabeverfahren Investitionsentscheidungen überdenken oder Investitionen zurückfahren müssen. Angesichts der nach wie vor angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation und angesichts der

jüngsten Prognosen der Wirtschaftsforscher, die die nächste Rezession der europäischen Wirtschaft bereits kommen sehen, war die weitere Verlängerung der erhöhten Schwellenwerte ein Gebot der Stunde.

### Argumente waren nicht zu halten

Die ursprünglich vorgesehene massive Senkung der Schwellenwerte wurde immer wieder mit der Judikatur des EuGH zu begründen versucht, der eine erforderliche Ausschreibung auch für „wertmäßig kleine Aufträge“ nicht ausgeschlossen hat. Dem muss zunächst entgegengehalten werden, dass der

EuGH keine zahlenmäßigen Beträge genannt hat, die unter „wertmäßig kleine Aufträge“ zu subsumieren sind. Überdies ist zu bedenken, dass es in dem dieser Entscheidung zu Grunde liegenden Fall nicht etwa um die Frage der Anwendbarkeit von EU-Sekundärrecht (etwa Vergaberichtlinien) ging, sondern ausschließlich um die Frage der Geltung von EU-Primärrecht (EG-Vertrag) und dessen Grundprinzipien.

Die aus dem EG-Vertrag abgeleiteten Anforderungen gelten aber nur für die Vergabe von Aufträgen, die in hinreichendem Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarktes stehen. Entscheidend dafür, ob ein Auftrag dem Regime des EG-Vertrages unterliegt, ist einzig dessen Binnenmarktrelevanz. Binnenmarktrelevant ist ein Auftrag aber nur dann und nur insoweit, als er für Wirtschaftsteilnehmer anderer Mitgliedstaaten von Interesse sein könnte.

Das Interesse von Wirtschaftsteilnehmern anderer Mitgliedstaaten orientiert sich dabei in erster Linie nach der Höhe des Auftrages. Bedenkt man aber, dass eine Studie der Europäischen Kommission (*Wirkung und Wirksamkeit des EU-Rechts für das öffentliche Auftragswesen*), die im März 2011 veröffentlicht wurde, aufzeigt, dass in den Jahren 2007 bis 2009 lediglich 1,6 Prozent (!) aller öffentli-

Dank des intensiven Einsatzes des Wirtschaftsministeriums und dank der deutlichen Kritik des Österreichischen Gemeindebundes an dem Erstentwurf hat das Bundeskanzleramt grünes Licht für eine Verlängerung der Schwellenwerte um ein weiteres Jahr gegeben.

tionen getätigt wird, ist es wichtig, dass die Vergabeverfahren rasch, unbürokratisch und kosteneffizient durchgeführt werden können.

Dank des intensiven Einsatzes des Wirtschaftsministeriums und dank der deutlichen Kritik des Österreichischen Gemeindebundes an dem Erstentwurf hat das Bundeskanzleramt grünes Licht für eine Verlängerung der Schwellenwerte um ein weiteres Jahr gegeben.

Damit können Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbe- reich weiterhin bis zu einem Wert von 100.000 Euro direkt an Unternehmen vergeben werden. Auch der Schwellenwert für das sogenannte „nicht offene



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

chen Aufträge im EU-Oberschwellenbereich direkt grenzüberschreitend vergeben wurden, ist zunächst zu hinterfragen, ob Schwellenwerte unter den derzeitigen EU-Schwellenwerten (so etwa derzeit 4,845 Millionen Euro bei Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen) überhaupt binnenmarktrelevant sein können.

### Novelle des Bundesvergabegesetzes (BVerG)

Parallel zur Verlängerung der Schwellenwertverordnung soll das Bundesvergabegesetz novelliert werden, dessen neue Schwellenwerte für den Fall des Auslaufens der Schwellenwertverordnung zum Tragen kommen würden. In Überarbeitung des Erstentwurfs soll der Schwellenwert für die Direktvergabe von 40.000 auf 50.000 Euro und beim nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung bei Bauaufträgen von seinerzeit 120.000 auf nunmehr 300.000 Euro erhöht werden. Darüber hinaus soll ein neues vereinfachtes Verfahren, die „Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung“, eingezogen werden. Dieses soll künftig bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis 130.000 Euro zulässig sein, bei Bauaufträgen bis 500.000 Euro. Das neue Verfahren soll möglichst unbürokratisch, zugleich aber durch ex-ante und ex-post Publikationspflichten die von einigen Seiten geforderte Transparenz gewährleisten. Eine Begutachtung des neuen Entwurfs, insbesondere des neuen Verfahrens steht noch aus. KOMMUNAL wird berichten.

### Unbefristete Verlängerung

Zwar ist jede Erhöhung der Schwellenwerte und daher auch die nun im Rahmen der Novellierung des Bundesvergabegesetzes vorgeschlagene grundsätzlich zu begrüßen. Nichtsdestotrotz hat der Österreichische Gemeindebund aus guten Gründen und mit nicht von der Hand zu weisenden Argumenten eine unbefristete Verlängerung eingefordert. Denn unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Euro-

In Deutschland wurden die Schwellenwerte für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen, 100.000 bzw. eine Million Euro, bereits über das Jahr 2012 hinaus verlängert – in Brandenburg sogar unbefristet.

päischen Kommission ist ohne Zweifel davon auszugehen, dass die Schwellenwerte gemäß der Schwellenwertverordnung 2009 keine grenzüberschreitenden und damit keine binnenmarktrelevanten Auftragsvergaben nach sich ziehen. Außerdem ist anzumerken, dass in einigen Bundesländern in Deutschland die erhöhten

Schwellenwerte (für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen) bereits über das Jahr 2012 hinaus verlängert wurden. Im Bundesland Brandenburg wurden die erhöhten Schwellenwerte (100.000 beziehungsweise eine Million Euro) für kommunale Auftragsvergaben mittels Verordnung sogar unbefristet festgelegt (§ 25a Gemeindehaushaltsverordnung; § 30 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung). Der Österreichische Gemeindebund bleibt daher dabei: Die erhöhten Schwellenwerte gemäß der Schwellenwertverordnung sind unbefristet zu verlängern.

## Höhere Schwellenwerte bei Vergaben Verlängerung unterstützt Wirtschaft, Länder und Gemeinden

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht die nun fixierte Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung bis zum 31. Dezember 2012 als wichtige Maßnahme für die regionale Wirtschaft sowie Länder und Gemeinden. „Angesichts des Übergreifens der Finanzkrise auf die Realwirtschaft ist es ein Gebot der Stunde, dass wir unsere Unternehmen weiterhin mit unbürokratischen öffentlichen Auftragsvergaben unterstützen können. Gerade jetzt brauchen wir hier Kontinuität“, betont Mitterlehner. „Gleichzeitig reduzieren wir vor allem für Länder und Gemeinden den Verwaltungsaufwand; so sparen sich alle Beteiligten Zeit und Geld.“

In der Vergabepaxis profitieren insbesondere regional orientierte Klein- und Mittelbetriebe. „Sie werden für kleinere Aufträge di-

rekt zur Anbotslegung eingeladen, ohne sich vorher an einem komplexen Vergabeverfahren beteiligen zu müssen. Eine regionale Beschaffung bietet im Regelfall kurze Transportwege und raschen Service“, so Mitterlehner.

### Neues Bundesvergabegesetz

Parallel zur Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung hat der Ministerrat ein neues Bundesvergabegesetz beschlossen, das künftig die von der EU-Kommission nur als Antikrisen-Maßnahme zugelassene Schwellenwerte-Verordnung – wenn sie dann tatsächlich ausläuft – ersetzen soll (*siehe auch Bericht links*). Durch die Neuregelung kommt es zu einer möglichst unbürokratischen, aber zugleich transparenten Direktvergabe, weil diese vorab elektronisch bekanntgemacht werden muss. Nach der Zuschlagserteilung sind alle Verfahrens-Teilnehmer zu informieren, welcher Unternehmer zu welchem Gesamtpreis den Zuschlag bekommen hat. Zu diesem Zweck werden auf Bundes- und Landesebene entsprechende Webseiten festgelegt.





Landesverwaltungsgerichtshöfe vor der Umsetzung

# Keine Entscheidung anstelle eines Gemeindeorgans

Die Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen scheint nun unmittelbar vor der Umsetzung zu stehen. Die Regierungsparteien, gestützt auf einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz, sind nun entschlossen, die Landesverwaltungsgerichtshöfe einzuführen. Da davon auch die Verfahren bei den Gemeinden betroffen sind, sollen die Auswirkungen einer derartigen Verfassungsänderung beleuchtet werden.

Walter Leiss

Die Überlegungen zur Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen gehen auf den Österreichkonvent zurück. Das Gründungskomitee des Österreichkonvents hat bereits am 2. Mai 2003 dem Österreichkonvent aufgetragen, innerhalb von 18 Monaten ab Konstituierung Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform auszuarbeiten, die auch Voraussetzungen für eine effiziente Verwaltung schaffen sollte.

Die Beratungen in den unterschiedlichen Ausschüssen fanden in den von ihnen erstattenden Berichten ihren Niederschlag. Angesichts der Heterogenität der im Konvent vertretenen Meinungen konnte nur in



Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

wenigen Bereichen ein Konsens erzielt und auch in Textvorschlägen festgehalten werden. Einer dieser Bereiche war die Schaffung von Verwaltungsgerichten.

Ein entsprechender Vorschlag findet sich auch im Entwurf des Vorsitzenden, des ehemaligen Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Franz Fiedler für eine Bundesverfassung, über den allerdings im Präsidium des Konvents kein Konsens erzielt wurde. Dieser Entwurf sah die Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen mit reformatorischer Entscheidungsbefugnis vor. Auch in Gemeindeangelegenheiten war die Anrufung an die Verwaltungsgerichte vorgesehen, jedoch sollte es den Ländern überlassen bleiben ob sie vor Anrufung des Verwaltungs-

gerichtshofes ein Vorstellungsverfahren bei der Aufsichtsbehörde vorsahen oder nicht.

## Erste Bedenken 2003

Bereits zu diesem Entwurf hat der Gemeindebund darauf hingewiesen, dass der Entfall der Vorstellung – wenngleich diese Entscheidung dem Landesgesetzgeber überlassen blieb – und eine reformatorische Entscheidung der Landesverwaltungsgerichte einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstellen würde. Dieser Vorschlag wurde daher abgelehnt. Der befürchtete Wegfall der Vorstellung an die Aufsichtsbehörde und die anstelle dessen vorgesehene unmittelbare Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes mit reformatorischer Entscheidungsbefugnis hätte nämlich zur Folge, dass das Landesverwaltungsgericht im Rahmen einer Berufungsentscheidung in der Sache selbst, das heißt an Stelle der Gemeinde, entscheiden könnte. Damit wäre das proklamierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden de facto ausgehöhlt und wesentlich geschwächt. Seit diesem von Fiedler verfassten Endbericht sind viele Jahre



# Verwaltungsgerichtshof

Wenn Bund und Länder meinen, dass mit Landesverwaltungsgerichtshöfen Einsparungs- und Beschleunigungseffekte erzielt werden können und damit die Effizienz der Verwaltung im Sinne der Bürger gehoben werden kann, so werden sich die Gemeinden dagegen nicht zur Wehr setzen. Allerdings sind dabei die bisherigen Positionen der Gemeinden besonders zu beachten.

vergangen. Weder der Vorschlag der Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen, noch die sonstigen vom Konvent erarbeiteten Vorschläge wurden bis dato umgesetzt. Gerade die Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen wurde jedoch in den letzten Jahren immer wieder neu diskutiert und im Zuge von Vorschlägen einer Verwaltungs- und Strukturreform veröffentlicht. Gescheitert ist die Umsetzung offenbar immer an der fehlenden finanziellen Ausstattung, da die Einrichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen zweifellos zu Mehrkosten für die Länder führt. Die erhoffte Einsparung durch Beschleunigung der Verfahren und die Einsparungen im Bereich der Landesverwaltung sind nämlich – wenn überhaupt – sicher erst langfristig erzielbar.

Nun erscheint es jedoch mit der Umsetzung ernst zu werden. Offenbar haben sich Bund und Länder über die finanzielle Abgeltung geeinigt. So hat sich die Landeshauptleutekonferenz positiv zur Einführung der Landesverwaltungsgerichtshöfe geäußert und ist in einem Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eine Erhöhung der Ertragsanteile der Länder um 20 Millionen Euro jährlich zu Lasten des Bundes, befristet für die Jahre 2012 bis 2014, vereinbart.

Erst über Urgenz wurde auch der Gemeindebund in die Gespräche eingebunden. Dabei wurden wir über das Vorhaben der Bundesregierung informiert, Landesverwaltungsgerichtshöfe

als Berufungsbehörden vorzusehen. Eingebettet in das vorgesehene Konzept hätte dies bedeutet, dass auf Gemeindeebene eine Instanz (der Bürgermeister) entscheidet und gegen diese Entscheidung der Landesverwaltungsgerichtshof angerufen werden kann. Der Landesverwaltungsgerichtshof hätte eine reformatorische Entscheidungsbefugnis, das heißt, er könnte in der Sache selbst entscheiden. Dies würde bedeuten, dass weder der Gemeindevorstand noch der Gemeinderat (die diesbezüglichen Regelungen sind in den einzelnen Gemeindeordnungen unterschiedlich) künftig eine Entscheidungsbefugnis in hoheitlichen Agenden hätte.

Damit wäre das proklamierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden de facto ausgehöhlt und wesentlich geschwächt.

Bereits 2003 bestanden Bedenken wegen der vorgesehenen Möglichkeit der unmittelbaren Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes mit reformatorischer Entscheidungsbefugnis desselben.

Dafür könnte der Landesverwaltungsgerichtshof im Fall von Berufungen direkt in der Sache entscheiden. Dies würde in der Praxis bedeuten, dass das Landesverwaltungsgericht z. B. anstelle eines Gemeindeorgans eine Baubewilligung erteilt oder verweigert, oder eine Abgabenvorschreibung vornimmt bzw. diese abändert. Gegebenfalls wären auch die notwendigen Erhebungen durch den Landesverwaltungsgerichtshof vorzu-

nehmen. Die Möglichkeiten der Anrufung der Aufsichtsbehörde mittels Vorstellung sind nicht mehr vorgesehen.

Gegen diesen Vorschlag hat sich der Gemeindebund vehement ausgesprochen.

Einerseits wird das kommunale Selbstverwaltungsrecht, das nach langer Diskussion 1962 in der Bundesverfassung Einzug gehalten hat, auf eine bedenkliche Art und Weise untergraben, ohne dass andererseits garantiert ist, dass die erwartenden Beschleunigungseffekte tatsächlich eintreten werden. Ob der Zugang zum Recht für den Bürger dadurch erleichtert wird, kann ebenfalls hinterfragt werden. Ein diskutierter Anwaltszwang vor den Gerichtshöfen oder eine Kostenbeteiligung am Verfahren sind sicherlich nicht dienlich, den Rechtszugang zu erleichtern. Auch der Beschleunigungseffekt kann durchaus hinterfragt werden, wenn durch das Verwaltungsgericht ergänzende Erhebungen vor Ort durchzuführen sind. Aber auch die Aufsichtsbehörden sind von einem Wegfall der Vorstellungsentscheidung betroffen. Der Praxisbezug, der Informationsaustausch zwischen Gemeinden und Land, wird langfristig wegfallen und die daraus resultierenden negativen Folgen sind augenscheinlich.

## Gemeindebund verwehrt sich Reformen nicht

Wenn Bund und Länder meinen, dass mit Landesverwaltungsgerichtshöfen Einsparungs- und

Beschleunigungseffekte erzielt werden können und damit die Effizienz der Verwaltung im Sinne der Bürger gehoben werden kann, so werden sich die Gemeinden dagegen nicht zur Wehr setzen. Allerdings sind dabei die bisherigen Positionen der Gemeinde besonders zu beachten. Einerseits muss der zweigliedrige Instanzenzug in der Gemeinde erhalten bleiben und andererseits darf das Landesverwaltungsgericht nur als kassatorische Instanz eingesetzt werden. Das Landesverwaltungsgericht soll überprüfen, ob die Entscheidung der Gemeinde im rechtlichen Rahmen getroffen wurde oder nicht. Eine Entscheidung in der Sache selbst anstelle eines Gemeindeorganes darf nicht vorgesehen werden. Selbst hier hat der Gemeindebund in den stattgefundenen Gesprächen noch Kompromissbereitschaft signalisiert. So wäre es vorstellbar, dass es dem letztinstanzlich zur Entscheidung be-

Ein „Widerspruchsrecht“ darf an keine Bedingungen geknüpft werden.

rufenen Gemeindeorgan überlassen bleibt, selbst zu entscheiden, ob das Landesverwaltungsgericht eine

kassatorische oder reformatorische Entscheidungsbefugnis erhält. Als Muster bietet sich hierfür § 67h AVG mit dem sogenannten „Widerspruchsrecht“ an. Dieses Widerspruchsrecht darf jedoch an keine Bedingungen geknüpft werden, sondern muss in der freien Entscheidungsbefugnis der Gemeinde liegen. Nur unter diesen Voraussetzungen scheint das Recht der Gemeinden auf ihre territoriale Selbstverwaltung gewährleistet. Dass beabsichtigt wird, diesen nicht zu unterschätzenden Eingriff in die Gemeindeautonomie gerade im Jahr des 50-Jahr-Jubiläums der BVG-Novelle 1962, bei der es gelungen ist, die Gemeindeautonomie zu verankern, umzusetzen, ist wohl bezeichnend. Vorgesehen ist, dass noch im heurigen Jahr eine Regierungsvorlage erstellt wird und im ersten Halbjahr 2012 eine Beschlussfassung im Parlament erfolgt.

Thema „Haftungsobergrenzen“

# Der Nebel lichtet sich langsam

Die kommenden Wochen werden eine Entscheidung über die künftigen Haftungsobergrenzen für Gebietskörperschaften und die zu bildenden Risikovorsorgen bringen. Vieles ist derzeit aber noch offen und unausgegoren, die Konsequenzen schwer abschätzbar.

Der neue Österreichische Stabilitätspakt (*zuletzt hat KOMMUNAL in der Ausgabe 9/2011 hinsichtlich der neuen Meldeverpflichtungen für Gemeinden darüber berichtet*) wurde am 19. April 2011 von den Finanzausgleichspartnern vereinbart. Zum bundesweiten Inkrafttreten muss der neue Stabilitätspakt rückwirkend zum 1. Jänner 2011 noch heuer von allen Landesgesetzgebern ratifiziert werden. Er beinhaltet neben den vereinbarten Defizitquoten (für Gemeinden ist während der Laufzeit 2011 bis 2014 ein neutrales Maastricht-Ergebnis vorgesehen) die neuen Haushaltskoordinierungs- und Informationspflichten sowie ein verändertes Sanktionsverfahren in Artikel 10.

Außerdem ist die Verpflichtung zur Schaffung rechtlich verbindlicher Haftungsobergrenzen für alle Gebietskörperschaften vorgesehen.

Somit muss der Bund für sich und müssen die Länder für sich und die Gemeinden noch heuer Regelung im Verordnungs- bzw. im Einzelfall auch Gesetzeswege treffen. Als Haftungen gelten sämtliche Erklärungen (unabhängig von der Bezeichnung des

Rechtsverhältnisses, wie zum Beispiel Bürgschaften, Garantien oder Patronatserklärungen usw.), nach denen der Haftungsgeber (zum Beispiel eine Gemeinde inklusive ihrer außerbudgetären Einheiten, die gem. ESVG95 dem Sektor Staat zuzurechnen sind) bei Eintritt von Haftungstatbeständen zur Leistung herangezogen werden kann. Daneben sieht Art. 10 ÖStP 2011 vor, dass bei Haftungen, bei denen in Betrachtung der einzelnen Haftung mit „überwiegender Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme angenommen wird“, eine Risikovorsorge zu bilden ist.

## Regelungen müssen bis Jahresende beschlossen werden

Derzeit arbeiten die Länder an den künftigen Haftungsobergrenzen, wobei beschlussreife Vorschläge noch nicht vorliegen. Der Österreichische Gemeindebund wurde zu einzelnen Gesprächen geladen und hat sich unter anderem für ein hohes Maß an bundesweiter Einheitlichkeit, aber dennoch verbleibender Flexibilität zur Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten bei den künftigen Regelungen für Gemeinden eingesetzt. Im Zusammenhang mit der Haftungsobergrenze für die Ein-

Die Haftungen einer Gemeinde könnten künftig mit einem Gewichtungsfaktor von rund fünf bis zehn Prozent bis 100 Prozent in die Haftungsobergrenze eingerechnet werden.

derheiten bei den künftigen Regelungen für Gemeinden eingesetzt. Im Zusammenhang mit der Haftungsobergrenze für die Ein-

zelgemeinden dürfte diesem Ansinnen nach Homogenität in Form des Anknüpfens an die Einnahmen des Abschnitts 92 (öffentliche Abgaben inkl. Ertragsanteile) Rechnung getragen worden sein, wobei der tatsächliche Prozentsatz davon wohl von Land zu Land unterschiedlich sein wird.

Der Bund, der ursprünglich auch für die anderen Gebietskörperschaften eine starre Haftungsobergrenze nach dem Vorbild des eigenen Bundeshaftungsobergrenzengesetzes (BHOG 2011 summiert alle aktuellen Haftungen des Bundes auf – rund das Dreifache seiner Jahreseinnahmen) gefordert hatte, ist von dieser Position ebenso abgerückt wie von der Forderung, dass alle Haftungen gleichrangig der Obergrenze unterzuordnen sind. Daher könnten die Haftungen einer Gemeinde künftig mit einem Gewichtungsfaktor von rund fünf bis zehn Prozent bis 100 Prozent (je nachdem, ob es sich um direkte oder mittelbare Haftungen handelt beziehungsweise wie hoch der Grad der Einflussnahme bei Zweiteren ist) in die Haftungsobergrenze, die sich gemäß dem Vorschlag der kommunalen Interessensvertreter an den Einnahmen der Gemeinde aus öffentlichen Abgaben bemessen dürfte, eingerechnet werden. Schwer abzuschätzen ist derzeit, ab welchem Zeitpunkt und wie (etwa durch die Verpflichtung, Vermögenswerte zu zweckwidmen) die Länder die oben genannte Risikoversorge (etwa durch Zweckbindung von Vermögenswerten) für sich und die Gemeinden vorsehen werden.

### **Genehmigungsvorbehalte und Doppelerfassungen**

Der Österreichische Gemeindebund hat mehrfach dargelegt,

Es muss eine Konsolidierung von Doppelhaftungen sowie Haftungen, die gleichzeitig bereits bei einer anderen Gebietskörperschaft als Schulden erfasst sind, erfolgen.

dass sich eine allfällige Untersagung einer Haftungsübernahme einer Gemeinde durch das Land nur im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommune ergeben darf. Es sollen also neue Genehmigungsvorbehalte aufgrund der Haftungsobergrenze hintangehalten werden, die wirtschaftliche Prosperität der Gemeinden darf nicht einschränkt werden. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass gewisse Haftungsübernahmen nicht aus gemeindeautonomen Handeln resultieren, sondern gesetzlich vorgegeben sind. Beispielfhaft sind hierbei zu nennen:

► Der Bund fordert zum Beispiel im Rahmen der Förderung aus dem Bundeswasserwirtschaftsfonds zur Erlangung von Förderungen die Übernahme von Haftungen einer Gebietskörperschaft z. B. für Unternehmen zur Wasserversorgung, Abwasserableitung, Abwasserbehandlung oder Klärschlammbehandlung, an denen die Gebietskörperschaft zu mehr als der Hälfte beteiligt ist oder die durch Bundes- oder Landesgesetz errichtet worden sind, sowie für Wasserverbände nach dem Wasserrechtsgesetz oder Wassergenossenschaften. In den allermeisten Fällen werden diese Anlagen von Gemeinden gemeinsam errichtet, wofür dann noch zusätzlich eine Haftung erforderlich ist.

► In Förderverträgen zur Altlastensanierung zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (üblicherweise vertreten durch die Kommunkredit Austria) und Gemeinden

(welche sich zur Sanierung Gesellschaften bedienen, an welchen sie zu 100 Prozent Gesellschafter sind) wird eine Haftung der Gemeinden verlangt. Auch hier würden gemäß dem Vorbild des BHOG 2011 Haftungen doppelt erfasst werden, die Haftungssumme würde zum Nachteil der Gemeinden (die Gemeinden müssten quasi für sich selbst haften) und zum Vorteil der Refinanzierungskosten des Bundes erhöht.

Es muss also eine Konsolidierung von Doppelhaftungen sowie Haftungen, die gleichzeitig bereits bei einer anderen Gebietskörperschaft als Schulden erfasst sind, erfolgen, so dass einerseits die Haftungsobergrenzen nicht aufgrund einer solchen Doppelerfassung ausgeschöpft werden und andererseits aufgrund der Ratingproblematik die Summe der übernommenen Haftungen nicht künstlich in die Höhe getrieben wird.

Damit die Gemeinden Artikel 10 des Österreichischen Stabilitätspakts 2011 und der geltenden Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV 1997) Rechnung tragen, müssen sie bereits heuer alle ihnen gemäß ESGV zuzurechnenden Haftungen im Einzelnen und betragsmäßig bestimmt erfassen und die aus der Bestandsrechnung resultierende Gesamtsumme, ebenso wie den Gesamtausnutzungsstand zu Beginn und zum Ende des Finanzjahres im Rahmen ihres Rechnungsabschlusses ausweisen. KOMMUNAL wird weiter berichten.



Getränkesteuerausgleich 2012 bis 2014 fixiert

# Wir sind weit entfernt von einer „optimalen Lösung“

Nach langen Verhandlungen einigten sich Gemeindebund, Städtebund und Finanzministerium auf die Neuregelung des Getränkesteuerausgleichs. Den Beteiligten ist klar, dass es keine endgültige Lösung ist; das Ziel „Verteilung nach aktuellen Getränkeumsätzen und generell am Getränkesteuerausgleich“ ist nach wie vor nicht erreicht.

Anfang November haben sich der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund und das Finanzministerium (BMF) auf die Neuregelung des Getränkesteuerausgleichs 2012 bis 2014 geeinigt. Im Ergebnis konnten finanzielle Nachteile für die Gemeinden weitgehend verhindert werden, aufgrund der Rahmenbedingungen und der Vorgaben von Verfassungsgerichtshof und Finanzministerium gibt es jedoch trotz der stabil wachsenden Mittel des Ausgleichstopfes, der an die Umsatzsteuer gekoppelt ist, leider nicht nur Gewinner dieser FAG-Novelle zum Getränkesteuerausgleich.

## Kaum Verhandlungsspielraum

Die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs, der den Getränkesteuerausgleich basierend auf den Steuereinnahmen der Jahre 1993 bis 1999 mit Jahresende 2010 aufgehoben hat, wurden vom Finanzressort von Anfang an dahingehend ausgelegt, dass der alte Schlüssel der gemeindeweisen Verteilung der landesweisen Mittel innerhalb von zehn Jahren gänzlich ersetzt werden sollte und dass eine finanzausgleichsrechtliche Regelung zur Abmilderung von zu hohen Verlusten durch eine Neuregelung („Verlustdeckel“) nicht allzu eng erfolgen darf. Von diesen Positionen ist das BMF ebenso wenig abgerückt

Da die Bildung der ursprünglichen neun Ländertöpfe durch den VfGH nicht in Frage gestellt wurde, kann die landesweise Relation des Getränkesteuerausgleichs erhalten bleiben.

wie von seinem Nein zur Erhebung aktueller Getränkeumsätze, was wie schon mehrfach betont die gerechteste Verteilungsgrundlage darstellen würde. Daneben wurde der Spielraum für die Neuregelung auch durch das Nicht-Vorhandensein von validen Alternativen über die bereits bekannten Einwohner- und Nächtigungsschlüssel hinaus begrenzt.

Trotz dieser kritischen Worte zur schwierigen Ausgangslage sollen jedoch vor der nun folgenden Darstellung der Inhalte des paktierten Getränkesteuerausgleichs (§ 11 Abs. 2 Z 2 FAG 2008 in der ab 1. 1. 2012 geltenden Fassung) die Bereitschaft und der Arbeitseinsatz der BMF-Mitarbeiter für die Bereitstellung umfangreicher Berechnungen möglicher Verteilungswege nicht unerwähnt bleiben.

## Die Neuregelung im Detail

Jedes Jahr (begonnen wurde bereits im heurigen Jahr mit der befristeten 2011er-Regelung) werden zehn Prozent des alten Verteilungsschlüssels (gemeindegewises Steueraufkommen 1993 bis 1999) abgebaut. Somit

werden 2012 20, 2013 30 und 2014 40 Prozent der derzeit rund 420 Mio. EUR des Getränkesteuerausgleichs (siehe auch Tabelle) nach den nun fixierten neuen Mechanismen auf die Gemeinden verteilt. Um den unterschiedlichen Anteilen von Getränkesteuerausgleichsmitteln an den gesamten Ertragsanteilen der Gemeinden Rechnung tragen zu können (insbesondere Tourismusgemeinden weisen hierbei Anteile von 30, 40 und mehr Prozent auf; bei Gemeinden über 10.000 Einwohner liegt dieser Anteil bei durchschnittlich sechs Prozent) und gleichzeitig keine ungerechtfertigte Verschiebung zugunsten nächtigungsstarker und zulasten von Gemeinden mit geringer Nächtigungszahl pro Einwohner durch diese Neuregelung herbeizuführen, gibt es 2012 bis 2014 erstmals nicht nur einen, sondern zwei Töpfe pro Bundesland. Da die Bildung der ursprünglichen neun Ländertöpfe durch den VfGH nicht in Frage gestellt wurde, kann die landesweise Relation des Getränkesteuerausgleichs erhalten bleiben, weiters bleibt trotz der Neuregelung auch die Relation der Mittel, die Gemeinden bis zu und über 10.000 Einwohner (Grenze der beiden neuen landesinternen Töpfe; Statutarstädte gelten als Gemeinden über 10.000 EW) bisher erhalten haben, unverändert. Diese nun gebildeten zwei Töpfe pro Bundesland ohne Wien, deren Verhältnis (bundesweit etwa) sich lediglich im Falle des Über- oder Unterschreitens der 10.000er-Grenze von Gemeinden ändert, werden wie folgt verteilt: Innerhalb der Töpfe bis 10.000 Einwohner erfolgt in allen Bundesländern in den Jahren 2012 bis 2014 vorweg eine Mittelzu-





Um den unterschiedlichen Anteilen von Getränkesteuerausgleichsmitteln an den gesamten Ertragsanteilen der Gemeinden Rechnung tragen zu können, gibt es 2012 bis 2014 erstmals nicht nur einen, sondern zwei Töpfe pro Bundesland.

## Getränkesteuerausgleichsmittel 2012

	Gemeinden nach Einwohnergrößen		Gesamt
	bis 10.000	über 10.000*)	
Burgenland	9,4	1,1	10,5
Kärnten	19,4	16,3	35,8
Niederösterreich	41,9	22,0	63,9
Oberösterreich	35,2	26,2	61,4
Salzburg	25,2	14,4	39,7
Steiermark	37,7	17,4	55,1
Tirol	46,4	14,6	61,1
Vorarlberg	10,4	9,8	20,2
Wien	--	73,2	73,2
<b>Österreich</b>	<b>225,6</b>	<b>195,2</b>	<b>420,8</b>

\*) Rust wird aufgrund seines Statuts als Gemeinde über 10.000 Einwohner angesehen. Alle Beträge in Millionen Euro.

teilung in Höhe von 20, 30 und 40 Cent pro Nächtigung gemäß der Nächtigungsstatistik des jeweils zweitvorangegangenen Jahres. Die übrigen Mittel des Topfes für die Gemeinden bis 10.000 Einwohner werden nach der Volkszahl verteilt. Die Verteilung der Mittel der landesweisen Töpfe für die Gemeinden ab 10.001 Einwohner erfolgt zu 50 Prozent nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel (aBS) und zu 50 Prozent nach der Volkszahl.

### Mindereinnahmen einzelner Gemeinden nicht zu vermeiden

Trotz der Einführung eines Verlustdeckels von minus vier, minus sechs und minus acht Prozent für die Mindereinnahmen aus dem Getränkesteueraus-

gleich der Jahre 2012 bis 2014 gegenüber jenen aus 2010 und der generell stark positiven Dynamik der Umsatzsteuereinnahmen, an die die Mittel des Getränkesteuerausgleichs geknüpft sind, gibt es nicht nur Gewinner der Neuregelung, sondern auch Verlierer.

Obgleich der Bund den Weiterbestand des Getränkesteuerausgleichstopfs mehrfach zugesagt hat, müssen aber auch Ausweichszenarien wie etwa eine Gemeindeabgabe auf alkoholische Getränke diskutiert werden.

Nominell handelt es sich dabei um Beträge von 40.000 bis knapp 170.000 Euro, die von den rund 200 „Verlierergemeinden“ im Jahr 2014, dem Jahr

der stärksten Auswirkungen, gegenüber dem Getränkesteuerausgleich 2010 aufgrund der vom VfGH verordneten Neuregelung tragen müssen. Insgesamt müssen im Jahr 2014 99 Gemeinden den Verlustdeckel von acht Prozent voll in Anspruch nehmen (d. h. sie erhalten 2014 lediglich 92 Prozent der Getränkesteuerausgleichsmittel, die sie 2010 erhalten haben), weitere 50 Gemeinden verlieren mindestens fünf Prozent. Die Verluste werden insbesondere dort realisiert, wo Einkaufs- und Tagestourismus aufgrund der nicht vorhandenen Verteilungsschlüssels nicht abgebildet werden konnten, und dort, wo es aufgrund spezifischer Besonderheiten im Zeitraum 1993 bis 1999 zu außerordentlich hohen Getränkesteuereinnahmen gekommen ist.

### Fazit und Regelung über das Jahr 2014 hinaus

Die „optimale“ Lösung ohne Verlierer konnte unter den gegebenen Rahmenbedingungen und ohne zusätzliche Mittel des Bundes ebenso wenig erzielt werden, wie man Ausreißer wie Schwechat oder Vösendorf hätte einfangen können. Die Anfang November 2011 erfolgte Einigung auf die Verteilung 2012 bis 2014 sorgt jedoch dafür, dass sich die Befürchtungen jener Gemeinden mit einem hohen bis sehr hohen Anteil von Getränkesteuerausgleichsmitteln an den Ertragsanteilen nicht erfüllen und insgesamt zu große finanzielle Verschiebungen hintangehalten werden.

Im Hinblick auf den Finanzausgleich ab 2015 wird weiterhin am Ziel einer Verteilung nach aktuellen Getränkeumsätzen und generell am Getränkesteuerausgleich festgehalten. Obgleich der Bund den Weiterbestand des Getränkesteuerausgleichstopfs mehrfach zugesagt hat, müssen aber auch Ausweichszenarien, wie etwa eine Gemeindeabgabe auf alkoholische Getränke, diskutiert werden, sollte eine Erhebung von Getränkeumsätzen einmal pro FAG-Periode weiterhin von BMF und Wirtschaftskammer blockiert werden.

Einseitige Gesetzesvorhaben des Bundes treiben Gemeinden auf die Barrikaden

# Das Maß ist voll!

Niemand kann den Gemeinden nachsagen, dass sie ungeduldig seien oder übermäßig empfindlich. Aber was den Gemeinden vom Bund in der jüngsten Vergangenheit serviert wurde – noch dazu praktisch „ohne Worte“, wie es so schön heißt – ist beispiellos.

Konrad Gschwandtner

Nicht nur, dass eine adäquate Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Gesetzgebung des Bundes (aufgrund von Einzelfällen wie etwa beim Kärntner Kinderbetreuungsgesetz kann aus Sicht der Gemeinden die Landesgesetzgebung hierbei nicht ganz ausgenommen werden) auf die anderen Gebietskörperschaften leider nicht die Regel, sondern nur die Ausnahme ist.

Bei Gesprächen am 21. Oktober 2011 haben sich die Finanzausgleichspartner auf die Einrichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen sowie auf die Einführung der Transparenzdatenbank ... geeinigt.

Bei diesem Gespräch waren die Gemeinden weder eingeladen noch informiert.

Nicht nur, dass das Finanzministerium richtungweisende Studien zur Reform des Finanzausgleichs ohne Rücksprache mit den Finanzausgleichspartnern vergibt und nun eine dieser Studien seit Monaten zurückhält – und damit auch den im Vorjahr begonnen Reformprozess blockiert.

Nicht nur, dass die Begutachtungsfristen gemäß der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus nicht ansatzweise eingehalten werden. Nicht nur, dass die Finanzverwaltung nicht unwesentliche Versäumnisse beim Vollzug der für die Gemeinden so wichtigen Grundsteuer zu verantworten hat, aber gleichzeitig keine Reform der

Einheitsbewertung zulässt. Nicht nur, dass die Gemeinden zu Reformgesprächen über das Thema Grundsteuer eingeladen werden, wie sie das Finanzministerium bei der Vollziehung ebendieser Abgabe entlasten können, aber gleichzeitig von der Ressortspitze in den Medien mit einer „Verlängerung“ der Grundsteuer geliebäugelt wird. Nicht nur, dass das aktuelle Finanzausgleichsgesetz um ein Jahr verlängert wurde, ohne alle Materiegesetze entsprechend zu adaptieren (etwa das Umweltförderungsgesetz hinsichtlich der Förderung von Projekten der Siedlungswasserwirtschaft). Nun aber muss zusätzlich über die zwei nachfolgenden Vorkommnisse der letzten Tage berichtet werden, die das Maß voll machen:

## Episode 1 – Die Finanzausgleichspartner

Der Getränkesteuerausgleich für die Gemeinden 2012 bis 2014 (darüber wird in dieser Ausgabe ebenfalls berichtet) ist gerade erst zwischen Gemeindebund, Städtebund und Finanzministerium vereinbart worden, schon liegt eine Woche danach, am 4. November, der Entwurf für die betreffende Novelle zum FAG 2008 zur Begutachtung vor. Bisher kein Grund zur Klage. Doch wenn man bedenkt: parallel dazu wird seit Monaten versucht, den Gemeinden im Rahmen der Transparenzdatenbank einen großen Verwaltungsaufwand ohne jeglichen Nutzen für sie aufzubürden. In Artikel 23

der aktuellen Version des Entwurfs für die betreffende 15a-Vereinbarung ist zu lesen, „die Partner regeln die Tragung der anfallenden Kosten im Rahmen des Finanzausgleichs“. So weit, so gut, doch die erläuternden Bemerkungen zu der neben der Neuregelung des Getränkesteuerausgleichs in Aussicht genommenen Änderung von § 9 Abs. 6 FAG 2008 führt zu Irritationen. Dort heißt es lapidar: „Bei Gesprächen am 21. Oktober 2011 haben sich die Finanzausgleichspartner (*Anmerkung: Die Gemeinden wurden diesbezüglich weder eingeladen noch informiert! Sind sie jetzt keine Finanzausgleichspartner mehr?*) auf die Einrichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen sowie auf die Einführung der Transparenzdatenbank sowie die Einführung eines Bundesamts für Asyl und Migration geeinigt. Dabei wurde auch vereinbart, dass die Ertragsanteile der Länder (*Anmerkung: Den Gemeinden entstehen ja keine Mehrkosten?!*) befristet für die Jahre 2012 bis 2014 um 20 Millionen Euro jährlich erhöht werden.“

## Episode 2 – Die Durchführung von Steuermaßnahmen

Am 3. November 2011 wurde ein Schreiben an Frau Finanzministerin Fekter gerichtet. Dieses trug die Unterschriften aller neun Landesfinanzreferenten (darunter sind auch die Landeshauptleute Josef Pühringer und Herbert Sausgruber) sowie jene der Präsidenten der Gemeindebünde Helmut Mödlhammer und Michael Häupl (*siehe auch Faksimile unten rechts*). Der Schlusssatz dieses Schreibens lautete: „Sehr geehrte Frau Bundesministerin, wir hoffen, dass das korrekte Verhältnis zwischen den Gebietskörperschaften durch das gegenständliche



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

Gesetzesvorhaben nicht unnötig verschlechtert wird und ersuchen um Einhaltung des Pakts über den Finanzausgleich.“ Damit dieser Satz nicht irrtümlich einer anderen steuerpolitischen Maßnahme der jüngeren Vergangenheit zugeordnet wird, noch kurz zur Hintergrundgeschichte:

Anfang Oktober wurde der Ministerialentwurf zum „Bundesgesetz, mit dem das EU-Vollstreckungsamtshilfegesetz erlassen wird und das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Stiftungseinkungsteuergesetz, die Bundesabgabenordnung und das Zollrechts-Durchführungsgesetz geändert werden“ in Begutachtung geschickt. Lediglich der Anfang des sperrigen Namens dieses Entwurfs, das EU-Vollstreckungsamtshilfegesetz, war bekannt und wurde auch bereits akkordiert, die restlichen Änderungsvorhaben kamen schnell und überraschend. Schnell deshalb, als man generell und insbesondere bei derart umfangreichen legislatischen Maßnahmen mehr als vier Werktage Begutachtungsfrist erwarten darf, und überraschend sowohl hinsichtlich der Vorabinformation durch den Finanzausgleichspartner Bund (Anmerkung: es gab keine) und hinsichtlich der durchaus anspruchsvollen legislatischen Verpackung der Änderungen von Passagen des Körperschaftsteuer- und Einkommensteuergesetzes.

Erste Schätzungen der Länder und der Gemeinden zum Resultat dieses Ministerialentwurfs (ab sofort volle Steuerpflicht der Gebietskörperschaften hinsichtlich ihrer Zinseinnahmen) gingen in den dreistelligen Millionen Euro-Bereich. Wohl gemerkt handelt es sich dabei um Mehreinnahmen des Bundes aus dem Finanzausgleich zu-



lasten der Länder und Gemeinden. Trotz vehementer Proteste von Ländern und Gemeinden wurde der Ministerialentwurf fast unverändert zur Regierungsvorlage, lediglich die Wohnbauförderungsdarlehen wurden herausgestrichen, alle anderen Zinseinnahmen etwa aus Förderungsdarlehen blieben voll steuerpflichtig. Dass der Bund in konsequenter Weiterverfolgung des Prinzips „Primus inter Pares“ im Gegensatz zu den anderen Gebietskörperschaften (Anmerkung: FAG-Partnern) seine Finanzgeschäfte und Darlehen weiterhin über seine abgaben- und gebührenbefreite Bundesfinanzierungsagentur oder seinen ERP-Fonds abwickeln kann, sei der Vollständigkeit halber auch noch erwähnt. Nun abschließend noch der vorletzte Satz des genannten Schreibens vom 3. November 2011, der sich hier sowohl inhaltlich als auch atmosphärisch durchaus als Schlusssatz eignet: „Angemerkt wird, dass der vom BMF soeben übermittelte Entwurf eines Abänderungsantrages (Anmerkung: Budgetausschuss) im Falle seiner Beschlussfassung zwar nunmehr teilweise den Vorbringen der Länder und Gemeinden bezüglich der Förderungsdarlehen entgegenkäme, dies aber die oben genannte Kritik an der gewählten Vorgangsweise in keiner Weise schmälert.“



## Lobbygesetz im Parlament

# Jegliche Einschränkung der verfassungsrechtlichen Position ist untragbar

Bernhard Haubenberger

Im Juni 2011 wurde vom Justizministerium der Entwurf für ein Lobbying- und Interessensvertretungs-Transparenz-Gesetz, kurz Lobbygesetz, in Begutachtung geschickt, der nun in geringfügig geänderter Fassung als Regierungsvorlage im Parlament behandelt wird. Das Gesetz soll, zumindest den Erläuterungen nach, für klare Verhältnisse in parlamentarischen oder

administrativen exekutiven Entscheidungsprozessen sorgen. Dies soll durch die Einrichtung eines Lobbying- und Interessensvertretungs-Registers, durch bestimmte Mindestanforderungen für die Ausübung von Lobbying-Tätigkeiten, durch eine Unvereinbarkeitsbestimmung

für Funktionsträger der Gebietskörperschaften und Gemeindeverbände sowie durch Sanktionen und Rechtsfolgen bei Verletzung dieser Regeln bewerkstelligt werden.

Da nach dem derzeitigen Stand sowohl der Österreichische Gemeindebund als auch der Österreichische Städtebund von den

Bestimmungen dieses Gesetzes mit umfasst sind und damit auf eine Stufe mit Lobbying-Unternehmen, Lobbyisten, wirtschaftlichen Interessensvertretungen sowie NGO gestellt werden, wurde dieser Entwurf seitens der kommunalen Spitzenverbände mit aller Entschiedenheit abgelehnt und ein gänzlicher Ausschluss aus dem Anwendungs- und Geltungsbereich dieses Gesetzes gefordert.

Ohne ins Detail zu gehen oder gehen zu müssen: Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund sind verfassungsrechtlich legitimiert und haben von Verfassung wegen den Auftrag (Art. 115 Abs. 3 B-VG), die Interessen der Gemeinden zu vertreten. Da es sich bei der kommunalen Interessensvertretung daher nicht um eine typische sektorenspezifische Angelegenheit, sondern – in Verwirklichung des Konzeptes

eines kooperativen Bundesstaates – um eine Interessensvertretung sui generis handelt, ist jegliche Einschränkung der verfassungsrechtlichen Position und Aufgabenerfüllung untragbar.

*Mag. Bernhard Haubenberger  
ist Jurist im Österreichischen  
Gemeindebund*



Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund sind verfassungsrechtlich legitimiert und haben von Verfassung wegen den Auftrag (Art. 115 Abs. 3 B-VG), die Interessen der Gemeinden zu vertreten.

Foto: Copyright: BMI/Robert Stein

Robert Stein

Ziemlich große Veränderungen für die Gemeinden zieht das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 nach sich, das am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten ist. Von den vier Bereichen, auf die sich die Novelle erstreckt (Neuregelung über die Beantragung und die Ausfolgung von Wahlkarten, geänderte Regelungen für das Rücklangen von Wahlkarten, Änderung der Wahlausschlussgründe aufgrund gerichtlicher Verurteilungen sowie der Wegfall des Wahlausschlussgrundes „Mitglied regierender Häuser ...“ bei Bundespräsidentenwahlen), sind nicht weniger als drei auch für die Vollziehung in den Gemeinden von unmittelbarer Bedeutung.

Bislang war es so, dass Personen, die zu einer mit Vorsatz begangenen Straftat von einer unbefristeten Strafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden sind, „automatisch“ vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden. In Hinkunft ist dieser Grenzwert mit einer fünf Jahre übersteigenden Haftstrafe festgelegt, außerdem muss dem Ausschluss vom Wahlrecht in Hinkunft in jedem Fall die Einzelfallentscheidung eines Gerichts zugrunde liegen. Nur wenn ein „Zusammenhang zwischen der begangenen Straftat und Fragen, die sich auf Wahl- und demokratische Institutionen beziehen, besteht“, gilt weiterhin eine ein Jahr übersteigende unbe-



Wahlkarten: In Hinkunft muss einmal die Identität des Antragstellers nachgewiesen werden.

Das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 ist in Kraft

# Neues bei Briefwahl, Fristen und Ausschließungsgründen

Am 1. Oktober 2011 ist das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 in Kraft getreten. Es bringt unter anderem Neuerungen bei der Briefwahl und bei den Wahlausschließungsgründen. KOMMUNAL hat die Details.

dingte Freiheitsstrafe als Grenze (die Delikte, auf die dies zutrifft, sind in der NRWO präzise angeführt). Für das passive Wahlrecht bleibt die Rechtslage hingegen unverändert. Nicht ganz einfach zu administrieren für die Gemeinden ist die Regelung, wonach eine wahlberechtigte Person mit Hauptwohnsitz in einer Justizanstalt nicht in die Wählerverzeichnis der Gemeinde der Justizanstalt, sondern in die Wählerverzeichnis der Gemeinde des letzten Hauptwohnsitzes einzutragen ist.

„Faustregel“ für den Erwerb einer Wahlkarte ist in Hinkunft, dass zu einem Zeitpunkt die Identität des Antragstellers nachgewiesen werden muss, sei es schon bei der Antragstellung, sei es erst bei der Ausfolgung der Wahlkarte. Bei einer eingeschrie-



Mag. Robert Stein ist Leiter der Abteilung III/6 (Wahlangelegenheiten) im Innenministerium

benen Zustellung der Wahlkarte ist eine Ersatzzustellung grundsätzlich möglich, lediglich bei Personen in Anstaltspflege ist eine eigenhändige Zustellung zwingend vorgeschrieben. Mit „gewöhnlicher Post“ können die Gemeinden eine Wahlkarte nur dann übermitteln, wenn diese mündlich beantragt worden ist, aufgrund eines „Abonnements“ – an Auslandsösterreicher oder an Personen mit besonderen Bedürfnissen – versendet wird oder der Antrag digital signiert war. Die oft kritisierte „Acht-Tage-Frist“ für Briefwahlstimmen wurde abgeschafft. Wahlkarten, die in die Ergebnisermittlung einbezogen werden dürfen, müs-

sen bis zum Wahltag, 17.00 Uhr, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde eingelangt sein oder allenfalls in einem im Stimmbezirk gelegenen Wahllokal abgegeben werden, solange dieses geöffnet hat.

Der Gesetzgeber war sich bewusst, dass vor allem wegen der geänderten Vorschriften für die

Der Gesetzgeber war sich bewusst, dass auf die Gemeinden ein nicht unbedeutender finanzieller Mehraufwand zukommt, und war bemüht, diesem Umstand damit Rechnung zu tragen, dass die Vergütungssätze angemessen angehoben worden sind.

Versendung der Wahlkarten auf die Gemeinden ein nicht unbedeutender finanzieller Mehraufwand zukommt. Der Gesetzgeber war bemüht, diesem Umstand damit Rechnung zu tragen, dass unter Beibehaltung der bestehenden Pauschalierungsregelung die Vergütungssätze angemessen angehoben worden sind.

## Kartelle im österreichischen Kartellrecht

# Auch Österreichs Gemeinden sind unmittelbar betroffen

Als das österreichische „Aufzugskartell“ und wenig später das deutsche „Feuerwehrfahrzeugkartell“ durch die Presse ging, lenkten die Berichte das Augenmerk auf ein Problem, welches auf den ersten Blick die Gemeinden nur wenig angeht. Dass die Kommunen dennoch unmittelbar betroffen sind, zeigt ein Blick von KOMMUNAL auf die Hintergründe.

Christoph Bamberger & Clemes Kriechbaumer

Seit Einführung der Kronzeugenregelung im österreichischen wie auch im europäischen Kartellrecht ist ein rasanter Anstieg der vor der Bundeswettbewerbsbehörde bzw. der Europäischen Kommission anhängigen Kartellverfahren zu verzeichnen. Vor allem die Kommission versucht in den letzten Jahren durch die Verhängung hoher Geldbußen einerseits und die Vereinfachung der Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen der Geschädigten eines Kartells präventiv und abschreckend gegen Kartellanten vorzugehen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Österreich festzustellen. Die Schäden, die – unmittelbaren und mittelbaren – Kunden des Kartells entstehen, sind zum Teil enorm. Gemäß einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie betragen die kartellbedingten Preisaufschläge bei rund 70 Prozent der beobachteten Kartelle zwischen zehn und 40 Prozent des tatsächlich gezahlten Preises. Der durchschnittliche Preisaufschlag beläuft sich auf rund 20 Prozent (Studie „Quantifying antitrust damages“, S. 91, veröffentlicht unter: <http://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/index.html>). Auch Gemeinden sind des öfteren unmittelbar von Kartellen betroffen. So haben mehrere Ge-

Mehrere Gemeinden haben den ihnen aufgrund des sogenannten „Aufzugskartells“ durch die Anschaffung von Aufzügen und Fahrtreppen zu überhöhten Preisen entstandenen Schaden gerichtlich geltend gemacht.

meinden den ihnen aufgrund des sogenannten „Aufzugskartells“ durch die Anschaffung von Aufzügen und Fahrtreppen zu überhöhten Preisen entstandenen Schaden gerichtlich geltend gemacht.

Jüngst wurde in Deutschland das sogenannte „Feuerwehrfahrzeugkartell“ aufgedeckt. Das „Feuerwehrfahrzeugkartell“ führt – zumindest in Deutschland – ebenso zu entsprechenden Schadenersatzansprüchen der Gemeinden gegen die Kartellanten des „Feuerwehrfahrzeugkartells“.

In Österreich wurde – zumindest derzeit – ein derartiges Kartell noch nicht festgestellt. Vor diesem Hintergrund soll in dem folgenden Beitrag ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, was unter einem Kartell zu verstehen ist, wie ein solches aufgedeckt werden kann und was die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das in Österreich geltende Kartellverbot sind.



Dr. Christoph Bamberger ist Partner von PEHB Rechtsanwälte GmbH, in Salzburg  
[www.pehb.at](http://www.pehb.at)

## Kartelle

Als Kartelle gelten gem. § 1 Abs. 1 Kartellgesetz 2005 (KartG) al-

le Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken (Absichtskartell) oder bewirken (Wirkungskartell).

Bei den kartellrechtlichen Vereinbarungen handelt es sich entweder um Verträge (Vertragskartelle) oder um Absprachen (Absprachekartelle). Die Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs kann Gegenstand einer Vereinbarung sein, ohne vorrangiger Zweck derselben zu sein (sogenannte begleitende Wettbewerbsbeschränkung).

Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen von Unternehmen, durch die der Wettbewerb beschränkt werden soll oder eine derartige Wettbewerbsbeschränkung unbeabsichtigt bewirkt wird, sind sog. Verhaltenskartelle. Diese Bestimmung stellt einen Auffangtatbestand dar, wenn konkrete kartellrechtliche Vereinbarungen oder Beschlüsse nicht nachgewiesen werden können. Bei einer Abstimmung verständigen oder benachrichtigen sich die beteiligten Unternehmen untereinander über ihre Absichten. Dabei ist es notwendig, dass sie die Umsetzung dieser Absicht in die Praxis voneinander abhängig machen. Der Empfänger einer Erklärung muss zwar sein Einverständnis zu erkennen geben, die Verständigung beziehungsweise Abstimmung geht aber nicht so weit, dass sie den Grad einer Vereinbarung erreichen würde. Oftmals erfolgt eine derartige Abstimmung im Rahmen von mündlichen Abreden oder durch telefonische Kontaktaufnahme. Unbewusstes Parallelverhalten



Bei dem vor kurzem in Deutschland aufgedeckten „Feuerwehrfahrzeugkartell“ gingen die Kartellanten beispielsweise derart vor, dass bei der Angebotsabgabe von den beteiligten Unternehmen unterschiedliche Rabatte auf die Listenpreise eingeräumt wurden. Die Listenpreise der Unternehmen waren absprachebedingt nahezu identisch. Das Unternehmen, das den Auftrag erhalten sollte, sollte einen höheren Rabatt einräumen als die übrigen Unternehmen.

ist dagegen nicht tatbestandmäßig im Sinne des § 1 Abs. 1 KartG. So ist zum Beispiel die Ankündigung von Preiserhöhungen eines Marktteilnehmers nicht tatbestandmäßig, solange die Empfänger dieser Erklärung (Mitbewerber) nicht deshalb ihre Preise ebenfalls erhöhen.

### Empfehlungskartelle

Einem Kartell iSd § 1 Abs. 1 KartG stehen Empfehlungen zur Einhaltung bestimmter Preise, Preisgrenzen, Handelsspannen oder Rabatte gleich, durch die eine Beschränkung des Wettbewerbs bezweckt oder bewirkt wird (sog. Empfehlungskartelle gem. § 1 Abs. 4 KartG). Von dieser Bestimmung ausgenommen sind solche Empfehlungen, in denen ausdrücklich und unmissverständlich auf ihre Unverbindlichkeit hingewiesen

wird und zu deren Durchsetzung wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Druck weder ausgeübt werden soll noch ausgeübt wird. Unverbindliche Preisempfehlungen sind demnach zulässig.

### Rechtsfolgen von Kartellen

Kartelle im Sinn des § 1 Abs. 1 KartG sind mit wenigen Ausnahmen (unter anderem die sogenannten Bagatellkartelle) verboten. Die vom Kartellverbot unter anderem ausgenommenen Bagatellkartelle sind Kartelle von Unternehmen, die gemeinsam am gesamten inländischen Markt einen Anteil von nicht mehr als fünf Prozent und an einem allfälligen inländischen Teilmarkt einen Marktanteil von nicht mehr als 25 Prozent besitzen. Ob und inwieweit ein Sachverhalt dem Kartellverbot unter-

liegt, hat das Oberlandesgericht Wien als Kartellgericht auf Antrag festzustellen. Wenn ein Verstoß gegen das Kartellverbot vorliegt, sind damit verschiedene Rechtsfolgen verknüpft:

- ▶ Zum einen kann das Kartellgericht gem. § 26 KartG Zuwiderhandlungen gegen das Kartellverbot durch entsprechende Abstellungsaufträge an die beteiligten Unternehmen beenden. Derartige Abstellungsaufträge sind gültige Exekutionstitel.
- ▶ Weiters kann das Kartellgericht auf Antrag der Bundeswettbewerbsbehörde oder des Bundeskartellanwalts bei Verschulden Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von zehn Prozent des im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten Umsatzes verhängen.
- ▶ Nach § 168b StGB ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen, wer bei einem Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag stellt, ein Angebot legt oder Verhandlungen führt, die auf einer rechtswidrigen Absprache beruhen, welche darauf abzielt, den Auftraggeber zur Annahme eines bestimmten Angebots zu veranlassen.
- ▶ Zivilrechtlich sind die verbotenen Vereinbarungen und Beschlüsse nichtig.
- ▶ Schließlich handelt es sich – wie in der Einleitung bereits angedeutet – bei dem Kartellverbot um ein Schutzgesetz im Sinn des § 1311 ABGB, dessen Übertretung einen Schadenersatzanspruch begründen kann. Der im Rahmen eines Zivilverfahrens gel-

Nahezu identische Listenpreise verschiedener Anbieter könnten ein Indiz für Kartellabsprachen sein.

tend zu machende Schaden – den Eintritt eines Schadens und dessen Höhe muss der Kläger beweisen – besteht zum Beispiel bei dem Kunden eines Preiskartells in der Differenz zwischen dem (hypothetischen) Wettbewerbspreis und dem (tatsächlichen) Kartellpreis. Gelingt der Nach-

weis, dass ein Schaden aufgrund eines schuldhaften Verstoßes gegen das Kartellverbot eingetreten ist, kann das Gericht bei der Festsetzung der genauen Höhe des Schadens nach Billigkeit vorgehen (§ 273 ZPO).

### Aufdeckung eines Kartells

Da es in der Regel überaus schwierig ist, Kartellabsprachen nachzuweisen, wurde durch das KartG 2005 ein Kronzeugenprogramm im österreichischen Kartellrecht eingeführt. Demnach können an wettbewerbsbeschränkenden Vereinbarungen beteiligte Unternehmen mit einer „milderer“ Strafe bedacht werden oder sogar vollkommen straffrei ausgehen, wenn sie zur Aufdeckung derselben beitragen. Diese Regelung hat dazu geführt, dass seit Inkrafttreten des KartG 2005 ein sprunghafter Anstieg der Kartellverfahren bei der Bundeswettbewerbsbehörde zu registrieren ist. Der Großteil der anhängigen Kartellverfahren ist auf derartige Kronzeugenaussagen zurückzuführen (prominentestes Beispiel dafür ist das sogenannte Aufzugskartell, im Zuge dessen die führenden Hersteller von Aufzugs- und Fahrtreppenanlagen zu der in Österreich bislang höchsten Geldbuße von 75,4 Millionen Euro verurteilt wurden).

Bei dem vor kurzem in Deutschland aufgedeckten „Feuerwehrfahrzeugkartell“ gingen die Kartellanten beispielsweise derart vor, dass bei der Angebotsabgabe von den beteiligten Unternehmen unterschiedliche Rabatte auf die Listenpreise eingeräumt wurden. Die Listenpreise der Unternehmen waren absprachebedingt nahezu identisch. Das Unternehmen, das den Auftrag erhalten sollte, sollte einen höheren Rabatt einräumen als die übrigen Unternehmen. Nahezu identische Listenpreise verschiedener Anbieter könnten somit ein Indiz für Kartellabsprachen sein. Das gleiche gilt für zeitgleich erfolgende Preiserhöhungen mehrerer Hersteller, wie dies in dem von der EU-Kommission aufgedeckten Waschmittelkartell der Fall war.



Österreichs  
Freiwilligenarbeit

6,9

Sport

6,2  
Religion

Quelle: Mikrozensus 2006; gewichtet; eigene Berechnungen Meyer & Rameder; Darstellung: KOMMUNAL

Ein überraschendes Ergebnis brachte die Frage nach der Anzahl der Freiwilligen und den Stundenvolumina nach Engagementbereichen: Vor allem auf kulturellem Gebiet sind die Österreicherinnen und Österreicher aktiv. In absoluten Zahlen sind das 516.501 Menschen, die jährlich rund 1,76 Millionen Arbeitsstunden leisten. Wohlgemerkt nur für die Tätigkeit auf kulturellem Gebiet.



Österreichs Freiwilligenarbeit im Kontext:  
Individuelle, sozioökonomische und politische Einflussfaktoren<sup>1</sup>

# Nicht in Europas Spitzenfeld, aber unsere Freiwilligen sind engagiert und auf dem Land zu Hause



6,0

Katastrophen-  
hilfe



3,5

Politik



3,3

Soziales



2,6

Umwelt

2,5

Bildung



2,1

Gemein-  
wesen

Anfang November ging im Wiener Rathaus das Symposium „Freiwilligenarbeit 2011“ über die Bühne. Im Rahmen dieses Symposiums forderte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer unter anderem bessere Anreizsysteme für ehrenamtliches Engagement. Um so etwas zu entwickeln, braucht es aber vorher Informationen, welchen Faktoren „Freiwilligenarbeit“ unterworfen ist, wo und wie die Menschen bereit sind, sich zu engagieren. KOMMUNAL war beim Symposium und präsentiert erste Details.

Dieser Beitrag präsentiert und diskutiert in gekürzter Fassung den Aufsatz der WU-Forscher Michael Meyer und Paul Ramecker von der Abteilung für Non-profit-Management empirische Daten zum freiwilligen Engagement<sup>2</sup> und geht ganz generell der Frage nach, welche Faktoren das Freiwilligenengagement beeinflussen.

Insgesamt wurden von Freiwilligen in Österreich – hochgerechnet aus den Daten der Mikrozensus-Zusatzerhebung – im Jahr 2006 wöchentlich knapp 14,7 Millionen Arbeitsstunden geleistet.

### Die Systematik der Einflussfaktoren

Unter Freiwilligenarbeit bzw. freiwilligem Engagement verstehen wir eine Arbeitsleistung, der kein monetärer Gegenfluss gegenübersteht, die also nicht mit Geld bezahlt wird und außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird.

Neben dem politischen Engagement, der Mitgliedschaft bei Vereinen und dem Spenden ist es gerade die Freiwilligenarbeit, die Zivilgesellschaft lebendig macht. Ob und in welchem Ausmaß sich jemand in der Freiwilligenarbeit engagiert, ist von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängig.

In Bezug auf ihre Persönlichkeit zeigt sich, so Meyer, unter anderem, dass Freiwillige eine höhere Soziabilität und Extrovertiertheit aufweisen und offenbar führungsmotivierter und leistungsorientierter sind als Menschen, die sich nicht engagieren. Sie weisen insgesamt eine höhere Lebenszufriedenheit auf, neigen weniger zu Depressionen, nehmen sich selbst als gesünder wahr und erwarten mehr von ihrem Leben. Auch persönliche Einstellungen und Motivationen beeinflussen das Engagement. Wenig überraschend arbeitet man freiwillig eher für solche Organisationen, die mit dem eigenen Selbst-Konzept in hoher Übereinstimmung stehen. Immer wieder zeigt sich, dass die Religiosität, aber auch das generelle Vertrauen in andere Menschen stark mit Freiwilligenarbeit korrelieren.

Freiwilliges Engagement wird aber auch sozial gelernt. Hier leisten die soziale Herkunft und die Rollenmodelle, die die Herkunftsfamilie und das Herkunftsmilieu zur Verfügung stellt, einen wesentlichen Beitrag: die Freiwilligenarbeit der Eltern, der Stellenwert von Freiwilligenorganisationen in der eigenen Sozialisation.

### Empirische Eckdaten zur Freiwilligenarbeit

Die Daten der bislang drei Erhebungen zur Freiwilligenarbeit in Österreich zeigen folgendes Bild: 43,8 Prozent der österreichischen Bevölkerung über 15 Jahren engagieren sich freiwillig – 27,9 Prozent tun dies unter Einbindung in eine Organisation, leisten also sogenannte formelle Freiwilligenarbeit. Den höchsten Beteiligungsgrad weisen 40- bis 49-Jährige (49,5 Prozent) und 50- bis 59-Jährige (48,2) auf. Selbst 19,8 Prozent der über 80-Jährigen engagieren sich noch freiwillig.

In urbanen Gebieten wird wesentlich seltener Freiwilligenarbeit geleistet als auf dem Land. In Wien liegt der Beteiligungsgrad bei lediglich 34,5 Prozent. In Oberösterreich ist er am

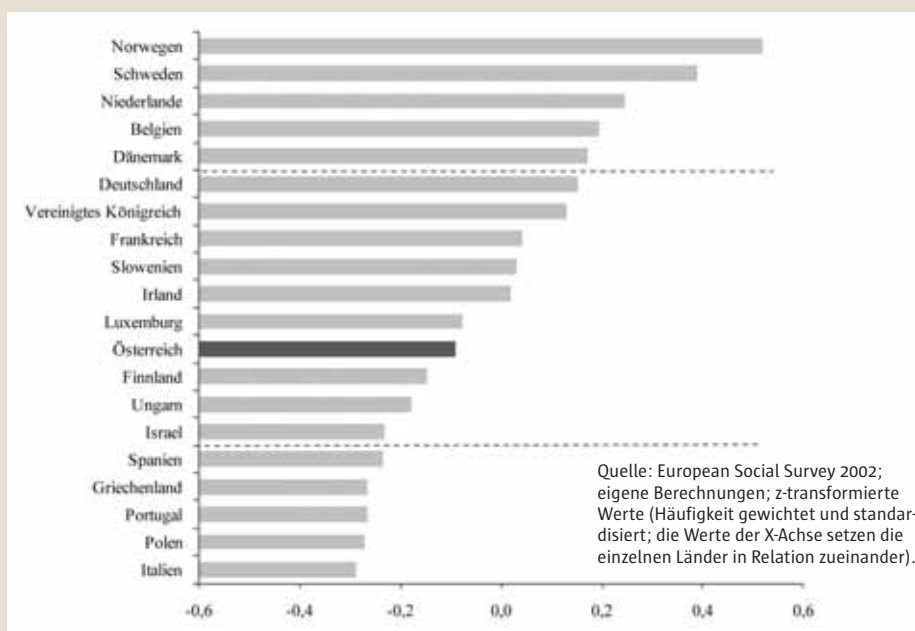
höchsten, dort beträgt er 48,8 Prozent.

Die wichtigsten Bereiche der formellen Freiwilligenarbeit sind Kultur, Sport, Religion und Katastrophenhilfe (siehe auch Grafik auf Seiten 24/25).

Insgesamt wurden von Freiwilligen in Österreich – hochgerechnet aus den Daten der Mikrozensus-Zusatzerhebung – im Jahr 2006 wöchentlich knapp 14,7 Millionen Arbeitsstunden geleistet: knapp acht Millionen Stunden unter Einbindung in eine Organisation, also in Form von formeller Freiwilligenarbeit, und 6,7 Millionen Stunden in Form von informeller Freiwilligenarbeit. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente entspricht dies einem Arbeitsvolumen von rund 405.000 Vollzeitwerbstatigen (40 Stunden/Woche) bzw. 13 Prozent der unselbstständig Erwerbstatigen in Österreich, die entweder informell oder in NPO Freiwilligenarbeit leisten.

Die geschlechterspezifischen Befunde können wie folgt zusammengefasst werden: Unter den rund 1,9 Millionen formellen Freiwilligen finden sich 57 Prozent Männer und 43 Prozent Frauen. In den einzelnen Bereichen der Freiwilligenarbeit zeigen sich starke Ungleichgewich-

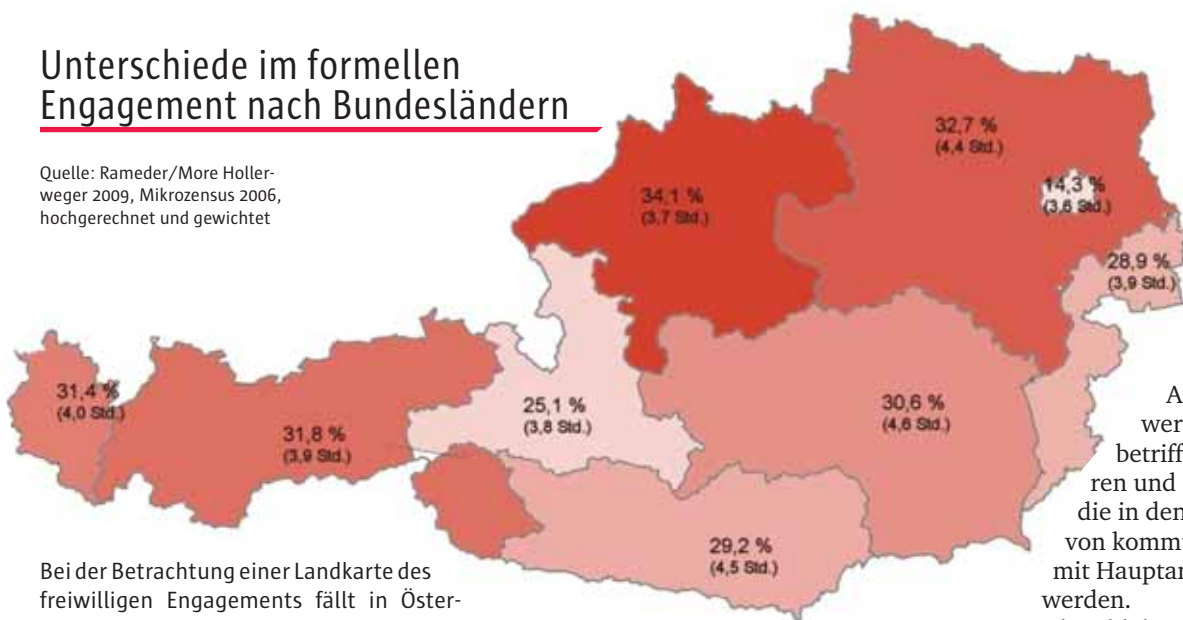
## Freiwilligenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement in Europa



Auf der Makro-Ebene zeigen Vergleiche der Engagement-Niveaus zwischen den EU-Mitgliedstaaten immer wieder ähnliche Muster: Sehr hohe Engagement-Niveaus in Skandinavien, mittlere Niveaus in Deutschland, Österreich und Frankreich, sehr niedrige Niveaus in Süd- und Osteuropa.

# Unterschiede im formellen Engagement nach Bundesländern

Quelle: Rameder/More Hollerweger 2009, Mikrozensus 2006, hochgerechnet und gewichtet



Bei der Betrachtung einer Landkarte des freiwilligen Engagements fällt in Österreich zuerst einmal die enorme Diskrepanz zwischen der Bundeshauptstadt Wien, die mit einer formellen Engagementquote von 14,3 Prozent abgeschlagen das Schlusslicht bildet, und den acht anderen Bundesländern auf.

te: So überwiegen in der Katastrophenhilfe, also bei den Rettungsdiensten und Feuerwehren, in der politischen Freiwilligenarbeit und im Bereich des Sports klar die Männer (82; 72; 72 Prozent), während in den Bereichen Religion, Bildung und Soziales die Frauen den größeren Anteil der Engagierten darstellen (69; 65; 53 Prozent).

## Bevölkerungsdichte und Beteiligungsquote

In ganz Europa und auch in vielen außereuropäischen Ländern zeigt sich beim freiwilligen Engagement ein Stadt-Land-Gefälle. So zeigt die Abbildung unten die Anteile der freiwillig Tätigen nach Gemeindegrößenklassen auf Basis des European Value

Survey 2008: Während in Kommunen zwischen fünf- und zehntausend Einwohnern die Beteiligungsquote mit 23 Prozent am höchsten ist, ist sie in den Großstädten über 500.000 Einwohnern mit 15 Prozent am geringsten.

Dafür bietet sich eine ganze Reihe von Erklärungen an, von denen zwei hervorzuheben sind:

- Angebotsseitig gibt es in kleineren Gemeinwesen einen stärkeren sozialen Druck, sich zu engagieren. Persönliche Nähe, eine hohe Interaktionsdichte und Face-to-face Kontakte tragen dazu bei, dass man sich in kleineren Gemeinwesen schwerer von der freiwilligen Mitarbeit in Vereinen ausschließen kann.

- Nachfrageseitig liegen in kleineren Gemeinwesen mehr an öf-

fentlichen Aufgaben in der Hand von Vereinen, die dann wiederum zu einem höheren Anteil über freiwillige Arbeit ausgeführt werden. In Österreich betrifft das die Feuerwehren und das Rettungswesen, die in den Großstädten oft von kommunalen Betrieben mit Hauptamtlichen geleistet werden.

Obwohl der Zusammenhang zwischen Engagementquote und Kommunengröße in den meisten europäischen Ländern negativ ist, sich also in kleineren Kommunen ein höher Anteil der BürgerInnen freiwillig engagiert, unterscheidet er sich erheblich in seiner Stärke. In Österreich und in Deutschland ist der Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und Gemeindegröße fast zehnmal so

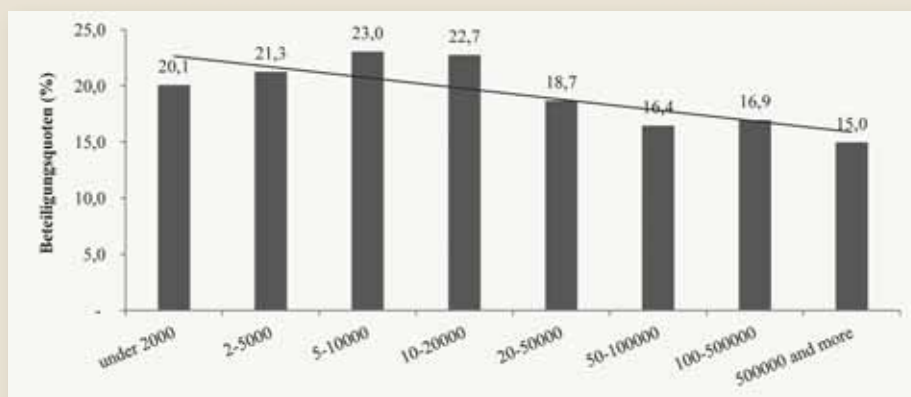
Die geschlechterspezifischen Befunde können wie folgt zusammengefasst werden: Unter den rund 1,9 Millionen formellen Freiwilligen finden sich 57 Prozent Männer und 43 Prozent Frauen.

stark wie in Frankreich und immerhin noch fünfmal stärker als in der Schweiz.

## Regionale Unterschiede in Österreich

Bei der Betrachtung einer Landkarte des freiwilligen Engagements fällt in Österreich zuerst einmal die enorme Diskrepanz zwischen der Bundeshauptstadt Wien, die mit einer formellen (gewichteten) Engagementquote von 14,3 Prozent abgeschlagen das Schlusslicht bildet, und den acht anderen Bundesländern auf. Innerhalb dieser bleibt aber beispielsweise die noch immer beachtliche Divergenz zwischen dem Bundesland Salzburg mit bloß 25,1 Prozent formeller Freiwilligenquote und dem benachbarten Bundesland Oberösterreich mit dem Rekordwert von 34,1 Prozent unerklärt. Zwischen diesen beiden Bereichen finden sich keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich Bevölkerungsdichte

## Formelles Engagement in Europa nach Gemeindegröße



Quelle: European Value Survey 2008; eigene Berechnungen

Anteile der freiwillig Tätigen nach Gemeindegrößenklassen auf Basis des European Value Survey 2008: Während in Kommunen zwischen fünf- und zehntausend Einwohnern die Beteiligungsquote mit 23 Prozent am höchsten ist, ist sie in den Großstädten über 500.000 Einwohnern mit 15 Prozent am geringsten.

und Sozialstruktur. Was die im Durchschnitt wöchentlich pro Freiwilligem geleisteten Stunden betrifft, schwanken die Werte zwischen 3,6 Stunden in Wien und 4,5 Stunden in der Steiermark.

Der in Österreich hoch signifikante Zusammenhang zwischen Freiwilligenarbeit und Wohnort bei der Engagementsquote ist in kleinen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 500 und 1000 mehr als doppelt so hoch als in der Bundeshauptstadt.

Auffällig an dieser Verteilung ist aber vor allem der geringere Anteil an Freiwilligen in den ganz kleinen Gemeinden. Bei diesen

Die Befürchtung ist, dass der Zusammenbruch der sozialen und ökonomischen Infrastruktur in sehr kleinen Gemeinden langfristig auch zum Zusammenbruch des Freiwilligenengagements führt.

Gemeinden unter 500 Einwohnern handelt es sich in Österreich immerhin um 183 Gemeinden (acht Prozent aller Gemeinden), in denen aber nur knapp 62.000 Einwohner leben, das sind lediglich ca. sieben Promille der Wohnbevölkerung. In Bezug auf die durchschnittliche Gemeindegröße liegt Österreich mit 3437 zwischen Deutschland (5931) und der Schweiz (2488). Wie kann man nun diesen Knick bei diesen Mini-Gemeinden erklären?

Wir vermuten, dass der Zusammenbruch der sozialen und ökonomischen Infrastruktur in sehr kleinen Gemeinden langfristig auch zum Zusammenbruch des Freiwilligenengagements führt. Einzelfallstudien zeigen, dass sich die Vereine in kleinen Gemeinden zwar einige Zeit vehement gegen die Konsequenzen der Erosion öffentlicher und privater Infrastruktur wehren und die Abwanderung bremsen, dass zum Beispiel Dorfläden eingerichtet werden, um die Nahversorgung nach der Schließung des örtlichen Einzelhandels aufrechtzuerhalten, dass Kinderbetreuung mit Freiwilligenarbeit organisiert wird, um den Rückzug öffentlicher Kindergärten und Schulen zu kompensieren. Langfristig aber, so ist zu be-

fürchten, kann hier der Abwanderung und Landflucht kein Einhalt geboten werden, da auch für das Funktionieren der Freiwilligenstrukturen eine gewissen kritische Einwohneranzahl im Erwerbsalter erforderlich ist.

### Bildung, soziale Schicht und Erwerbstätigkeit

Zivilgesellschaftliches Engagement ist auch von der individuellen Ressourcen- und Kapitalausstattung der einzelnen BürgerInnen abhängig. Bei der Freiwilligenarbeit sind das konkret das Bildungsniveau sowie die Beschäftigungssituation und die berufliche Stellung. Auf individueller Ebene ist es zusätzlich der sogenannte „generalized trust“, also das grundsätzliche Vertrauen in die Mitmenschen und die

Institutionen, die ein freiwilliges Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen wahrscheinlicher machen. Zwei Aspekte scheinen hier auf nur den ersten Blick paradox: Es sind hochentwickelte Staaten mit hohem Urbanisierungsgrad, aber gleichzeitig Bürger und Bürgerinnen mit Wohnsitz auf dem Land, die sich besonders häufig freiwillig engagieren. Mit Blick auf Europa findet sich Freiwilligenarbeit häufiger in Staaten mit geringeren Einkommensunterschieden, stärkerer Urbanisierung und höheren Sozialausgaben.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass Freiwilligenarbeit derzeit kaum zu gesellschaftlicher Inklusion benachteiligter Gruppen beiträgt, sondern eher Exklusion verstärkt. Geringeres Engagement führt, so argumentiert auch Putnam (1995: 167), zu einem Abbau von sozialem Kapital (Vertrauen, Normen, Netzwerke) und bei jenen Gruppen mit geringerem Engagement zu einem Verlust der Fähigkeit, dieses auf andere Bereiche der Gesellschaft zu übertragen (Braun 2007: 202). Insgesamt wird also das Problem der ungleichen Beteiligungsmöglichkeiten und der zumindest partiellen Geschlossenheit

der Zivilgesellschaft durchaus gesehen – ohne jetzt auf deren „dunkle“ und auf andere Art geschlossene Ecken wie z. B. fundamentalistische und politisch-radikale Organisationen näher eingehen zu wollen.<sup>3</sup>

### Freiwilligenarbeit und Demokratiebewusstsein

Neben der Frage, welche Faktoren freiwilliges Engagement beeinflussen, soll der Blick auch auf jenen Beitrag gerichtet werden, den Freiwilligenarbeit zum Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens zu leisten imstande ist. Eine der meistdiskutierten Thesen in diesem Zusammenhang betrachtet im besonderen Freiwilligenarbeit und aktive Mitgliedschaft bei Vereinen als einen jener Faktoren, die politische Einstellungen und demokratische Mitbestimmungskompetenz fördern. Wenn Individuen in zivilgesellschaftlichen Organisationen mitarbeiten und dort an wichtigen Entscheidungen mitwirken können, oftmals im Unterschied zu den meist erwerbswirtschaftlichen und/oder bürokratischen Organisationen, in denen sie Erwerbsarbeit leisten und in denen ihre Mitwirkungsrechte begrenzt sind, dann entwickeln sie Vertrauen zur Demokratie im allgemeinen und schärfen ihre demokratischen Einstellungen, Kompetenzen und Verhaltensweisen. So lautet grob die Annahme, die in der Li-

Bei der Freiwilligenarbeit in Österreich zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Die Beteiligungsquoten im urbanen Bereich sind signifikant geringer als die in kleineren Gemeinden.

teratur meist als „School of Democracy“-These diskutiert wird. Es ist aber auch eine gegenteilige Wirkung denkbar. Menschen, die sich in unpolitischen Vereinen engagieren, betrachten dies als Ersatz für ein demokratiepolitisches Engagement, wie dies am besten durch das Modell „Biedermeier“ beschrieben werden kann: Individuen engagieren sich in Vereinen und verzichten auf darüber hinausgehendes politisches Engagement.

Generell zeigt sich, dass freiwillig Engagierte in allen drei Dimensionen höhere Werte aufweisen als Menschen, die keine Freiwilligenarbeit leisten: Sie sind politisch interessierter, haben eine positivere Einstellung zur Demokratie und mehr Vertrauen in die Politik.

### Drei zentrale Befunde

Die Autoren haben mit diesem Beitrag zwei Ziele verfolgt: Zum einen sollte dargestellt werden, in welchem multidimensionalen Wirkungsgeflecht Freiwilligenarbeit eingebettet ist und welche Vielfalt von Faktoren es beeinflusst, ob sich Menschen überhaupt in Freiwilligenarbeit engagieren und in welchem Ausmaß sie das tun. Zum zweiten sollte auf der Basis unterschiedlicher empirischer Erhebungen ein Bild der Freiwilligenarbeit in Österreich skizziert werden.

Zur Freiwilligenarbeit in Österreich lassen sich drei zentrale Befunde zusammenfassen: Erstens, Österreich ist in Bezug auf das freiwillige Engagement der BürgerInnen nicht im europäischen Spitzenfeld, obwohl sich der Beitrag unserer Freiwilligen durchaus sehen lassen kann. Es sind die skandinavischen Staaten, die in Bezug auf das Engagement der BürgerInnen führend sind.

Zweitens, Freiwillige leisten in Österreich pro Jahr die Arbeit von 405.000 Vollzeitäquivalenten. Dabei ist zwar der Anteil der Freiwilligen in Österreich mit rund 44 Prozent der Bevölkerung, die sich prinzipiell engagiert, und rund 28 Prozent der BürgerInnen, die sich in Vereinen engagieren, durchaus beachtlich, der Zugang zur Freiwilligenarbeit jedoch ungleich verteilt: Zum Beispiel leisten erwerbstätige Menschen mit höherer Bildung auch überproportional viel Freiwilligenarbeit. Es gibt offenbar keinen ganz „freien“ Zugang zur Freiwilligenarbeit, zumindest sind bestimmte Bevölkerungsgruppen wenig integriert: die ganz Jungen und die Älteren, die schlechter Gebilde-

Menschen, die sich in unpolitischen Vereinen engagieren, betrachten dies als Ersatz für ein demokratiepolitisches Engagement, wie dies am besten durch das Modell „Biedermeier“ beschrieben werden kann.

ten und die BürgerInnen mit Migrationshintergrund.

Drittens, bei der Freiwilligenarbeit in Österreich zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Die Beteiligungsquoten im urbanen Bereich sind signifikant geringer als die in kleineren Gemeinden.

Zum Stand der Freiwilligenforschung kann man eine Reihe von Forschungslücken konstatieren. Anhand des präsentierten Modells, welches die Freiwilligenarbeit in einen mehrdimensionalen Kontext stellt, lassen sich einige dieser Lücken besonders deutlich erkennen. So gibt es noch immer zu wenig international vergleichende Forschung, die den jeweiligen politisch-kulturellen Kontext analysiert.

Auf der Mikroebene verfügen wir zwar schon über viele Einzelbefunde zu individuellen Einstellungen, Motiven und Persönlichkeitsmerkmalen und können damit ein dichtes Profil der typischen Freiwilligen zeichnen. Unbeantwortet bleibt aber bislang die Kernfrage, was von diesem Profil auf Selektions- und was auf Sozialisierungseffekte zurückzuführen ist: Sind es typische Persönlichkeitsmuster, die zur Freiwilligenarbeit führen, oder verändert die Freiwilligenarbeit Einstellungen und Persönlichkeiten? Um diese beiden Effekte gegeneinander abzuwägen, bedarf es experimenteller, quasiexperimenteller oder zumindest longitudinaler Untersuchungen.

chungen, die bislang noch kaum durchgeführt wurden.

Wie dieser Beitrag verdankt auch die Freiwilligenforschung insgesamt den großangelegten europäischen Surveys (ESS, EVS) viel. Diese Forschung ist freilich arbeitsaufwendig und kostspielig. Nur sie kann aber die Datenbasis für Multi-Level-Analysen liefern, die auch das Zusammenspiel unterschiedlicher Kontextfaktoren beleuchten können. Zu hoffen ist hier zum einen, dass wieder Zusatzmodule wie jenes zum ESS 2002 lanciert werden. Zum anderen aber auch, dass sich die Freiwilligenforschung stärker theoretisch erdet, um in solchen Fragebögen möglichst viel an kontextbezogenen Einflussfaktoren zu erfassen.

Methodisch konzentrierte sich die Freiwilligenforschung bislang auf quantitative Analysen. Dies mag auch einen Grund für systematische Forschungslücken darstellen.

Die Rolle der Organisation bei der Auswahl von Freiwilligen, der Einfluss der Herkunftsfamilie und der sozialen Bezugsgruppen, aber auch so manche schwer erklärbare regionale Unterschiede im Engagement werden nur mit intensiver qualitativer Forschung zu erhellen sein. Im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit stellt sich zum Abschluss die Frage nach dem Einfluss der Politik. Ob und inwieweit die staatliche oder kommunale Politik Freiwilligenarbeit fördern kann, lässt sich aber aufgrund der derzeitigen Befundlage zumindest „evidence-based“ vermuten: Kommunal-

Generell zeigt sich, dass freiwillig Engagierte in allen drei Dimensionen höhere Werte aufweisen als Menschen, die keine Freiwilligenarbeit leisten: Sie sind politisch interessierter, haben eine positivere Einstellung zur Demokratie und mehr Vertrauen in die Politik.



nen, die aufgrund ökonomischer Krisen zunehmend Handlungsspielräume verlieren, dürfen sich nicht darauf verlassen, dass die fallengelassenen Aufgaben von Freiwilligen und deren Organisationen übernommen werden. Der Staat muss im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips seine Verantwortung für die Basisfinanzierung von Vereinen wahrnehmen und die entsprechenden Rahmenbedingungen für das Gedeihen des Vereins- und Freiwilligensektors schaffen.

Die Politik kann Freiwilligenarbeit sicherlich nicht verordnen, für die Rahmenbedingungen ist sie aber allemal verantwortlich.

Das bedeutet Investitionen in die Infrastruktur, das Schaffen geeigneter arbeits- und steuerrechtlicher, aber auch sozialversicherungsrechtlicher Rahmenbedingungen als Zeichen öffentlicher Wertschätzung des Engagements und der Arbeitsleistungen von Freiwilligen. Der Präsenz- und Zivildienst stellt ein wesentliches Potenzial für Freiwilligenengagement dar. Die Politik kann Freiwilligenarbeit sicherlich nicht verordnen, für die Rahmenbedingungen ist sie aber allemal verantwortlich.

1 Teile dieses Textes wurden bei der Vereinskonferenz des Bundesministeriums für Inneres, veranstaltet unter dem Titel „Die Bedeutung des Vereins- und Freiwilligenengagements“, am 16. März 2011 in Wien vorgestellt.

2 Der komplette Aufsatz ist im Tagungsband „Freiwilligenarbeit 2011“, herausgegeben von der Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft, erschienen im MANZ-Verlag, nachzulesen.

3 Der Diskurs über die Zivilgesellschaft hat gehörige Probleme mit diesen Bereichen (z. B. religiös-fundamentalistische oder rassistische NPO), weil in ihm nach wie vor normative Aussagen (mehr zivilgesellschaftliches Engagement ist per se wünschenswert) neben deskriptiven Befunden stehen.

Dieser Beitrag wurde redaktionell überarbeitet und gekürzt und ist auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) als Volltext zugänglich.



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Preisträgerin Renate Fuchs und KWG-Vorstand Karl Weber bei der Überreichung des Preises.

## Erstmals zeichnet KWG-Jury nur eine Arbeit aus

Die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) hat den Wissenschaftspreis 2011 an die Linzer Rechtswissenschaftlerin Renate Fuchs vergeben. Ihre an der Universität Linz eingereichte Dissertation mit dem Titel „Kommunale Pflichtaufgaben – dargestellt am Beispiel des Abfallwirtschaftsrechts“ wurde vom Vorstand der KWG unter zahlreichen Einsendungen ausgewählt und mit 1500 Euro prämiert. Die Preisverleihung fand am 3. November im Wiener Rathaus im Rahmen des kommunalwissenschaftlichen Symposiums zum Thema „Freiwilligenarbeit“ statt.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, KWG-Vorstand Karl Weber von der Uni Innsbruck und Sabine Marchart vom Österreichischen Städtebund (in Vertretung von Generalsekretär Thomas Weninger) begrüßten die Teilnehmer. Helmut Mödlhammer wies auf die Bedeutung der Freiwilligen für die Gemeinden sowie auf die Tatsache hin, dass die Politik eine Art Anreizsystem für das Engagement schaffen müsse. Karl Webers Appell an die Wissenschaft ging eher in die Richtung, dass der Aufruf zum Einreichen der Arbeiten wohl falsch verstanden worden sein müsse. Die Qualität der Arbeiten reiche wohl aus, als Diplomarbeiten und auch als Dissertationen „durchzugehen“, nicht aber um einen „Wissenschaftspreis der Kommunen zu erhalten“.

Dazu brauche es mehr, und dies

sei auch der Grund, warum die Jury heuer erstmals in der Geschichte des Preises nur eine Arbeit ausgezeichnet hat.

Das Symposium selbst wurde getragen von den Vorträgen von Michael Meyer (WU Wien), „Dimensionen der Freiwilligenarbeit“ (siehe auch Beitrag auf den Seiten 24 bis 30 dieser Ausgabe), „Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Freiwilligenarbeit“ von Thomas Müller (Uni Innsbruck), „Sozialversicherungsrechtlicher Schutz und zivilrechtliche Haftung bei Freiwilligenarbeit“ von Matthias Neumayr (Hofrat des OGH) und Johannes Kepler (Uni Linz) und „Arbeitsrechtliche Fragen der Freiwilligenarbeit“ von Reinhard Resch (Johannes-Kepler-Uni Linz). Die Vorträge des Symposiums sind soeben in Buchform bei MANZ erschienen.

Die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) wurde im November 2009 vom Österreichischen Gemeindebund, dem Österreichischen Städtebund und dem Verlag MANZ gegründet. Sie bildet und verwaltet einen kommunal relevanten, interdisziplinären „Pool“ von WissenschaftlerInnen.

Durch diese ExpertInnen-tätigkeit soll eine Förderung und Steigerung der Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung in Bezug auf Kommunen in allen relevanten Wissenschaftsdisziplinen auf internationaler, europäischer, innerstaatlicher und rechtsvergleichender Ebene erwirkt werden.

AdR-Präsidentin Bresso: EU darf ländliche Gebiete nicht im Stich lassen

# Gemeinden und Regionen Europas, beteiligt euch

Gemeinden haben europaweit mit den gleichen Problemzonen zu kämpfen. Beim Kongress des Ausschusses der Regionen in Warschau waren sich die „Kleinen“ einig, eine größere Rolle spielen zu wollen. Und: Stadt und Land sollen integrativ betrachtet werden.

Der Kongress der ländlichen Gemeinden in Warschau wurde vom Ausschuss der Regionen (AdR) und dem polnischen Verband ländlicher Gemeinden im Rahmen des polnischen EU-Ratsvorsitzes veranstaltet. Unter der Schirmherrschaft des polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski nahmen der stellvertretende Premierminister Polens, Waldemar Pawlak, der Marschall der Woiwodschaft Masowien, Adam Struzik, der Präsident des polnischen Verbands ländlicher Gemeinden, Mariusz Poznański, Mitglieder des AdR, und mehr als 1000 Vertreter ländlicher Gemeinden teil.

## EU-Reformvorschläge sind gut, aber nicht gut genug

Trotz Vielfalt stehen die ländlichen Gebiete Europas gemeinsamen Herausforderungen gegenüber, wie Arbeitslosigkeit, Mangel an Infrastruktur und Landflucht, erklärte AdR-Präsidentin Mercedes Bresso. „Der Ausschuss der Regionen wird



Foto: Federación Española de Municipios y Provincias (FEMP)

Mercedes Bresso, Präsidentin des AdR, setzt sich für eine Stärkung ländlicher Gebiete und Gemeinden ein.

sich mit all seiner Energie dafür einsetzen, dass die politischen Maßnahmen der EU weiterhin allen ländlichen Gebieten eine Zukunft und die Mittel bieten, mit denen sie ihre Trümpfe bestmöglich nutzen können.“ Die Reformvorschläge für die Regionalpolitik und Landwirtschaft der EU seien ein Schritt in die richtige Richtung. Michel Delebarre, Vorsitzender der AdR-Fachkommission für Kohäsionspolitik, begrüßte die vorgeschlagene Schaffung eines einheitlichen strategischen Rahmens für alle großen EU-Fonds,

der eine echte Koordinierung ermöglichen werde. Er plädierte auch für integrierte lokale Entwicklungsprojekte: „Wir dürfen nicht in die Falle tappen und städtische und ländliche Gebiete gegeneinander ausspielen. Ihre Herausforderungen und ihr Finanzbedarf sind nämlich nicht miteinander zu vergleichen.“

## Gemeinden sollen auch die „erste Geige“ spielen

Trotz positiver Tendenzen werden die „kleinen“ Gebietskörperschaften bei den EU-Programmen nicht gleich behandelt, so Präsidentin Bresso: „Die ländlichen Gebiete und Gemeinden dürfen sich nicht mehr länger damit zufrieden geben, bloß an der Kofinanzierung beteiligt zu sein und keine aktive Rolle bei der Festlegung von Prioritäten und Umsetzung von Maßnahmen zu spielen.“ Schließlich haben Gemeinden das Know-how, um einen bedarfsgerechten Einsatz der Finanzmittel zu sichern. Bresso warnte, dass eine größere Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Zuweisung der Gelder aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung zu einem „schleichenden Nationalismus“ führe. Bresso will, dass ein fixer Satz des Fonds für die Förderung des ländlichen Raums gewidmet werden muss. Mit der Verabschiedung der „Warschauer Erklärung“ wollten die Teilnehmer die Rolle der ländlichen Regionen bei der Politikgestaltung der EU hervorheben: Die Bedürfnisse des ländlichen Raums müssen stärker Eingang finden und es braucht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Städtepolitik sowie einen territorialen Ansatz, der Land und Stadt integrativ betrachtet.

EU-Politiken vor Neugestaltung – Ansatzpunkte für den ländlichen Raum

# EU-Förderung für alle Regionen steht im Raum

Im Oktober präsentierte die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur grundlegenden Neugestaltung der europäischen Regionalpolitik und der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums, welche Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik ist. KOMMUNAL hat die Details.

Daniela Fraiss

Die Details sind im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zu beschließen, neu ist aber allen Vorschlägen, dass Gebietskörperschaften, Sozialpartner und Zivilgesellschaft stärker in die Programmplanung einbezogen werden müssen. Dieser Ansatz ist aus Sicht des Gemeindebundes zu begrüßen, denn damit erkennt die EU-Kommission die Rolle der Gemeinden bei der Projektprüfung auf ihre Praxistauglichkeit und der Umsetzung vor Ort an.

Wichtig ist nun, dass kommunale Anliegen in den beginnenden Verhandlungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ausreichend berücksichtigt werden.

## EU-Regionalpolitik: Rahmenverordnung weist den Weg

Die Einführung einer Rahmenverordnung, die sowohl für die Regionalpolitikfonds als auch für den Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums gilt, ist ein Novum der Vorschläge. Die Rahmenverordnung enthält

Grundsätze und Bedingungen, die aus Sicht des Gemeindebundes sinnvoll erscheinen. Insbesondere die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der nationalen Programmplanung ist hier zu erwähnen, denn in der Vergangenheit war die Einbeziehung der Gemeinden und ihrer Verbände auf Bundes- und Länderebene nicht immer zufriedenstellend. Die Rahmenverord-

Mittlerweile steht außer Streit, dass auch nach Auslaufen der gegenwärtigen Förderperiode alle europäischen Regionen in den Genuss von EU-Regionalförderung kommen können.

nung legt nun fest, dass jeder Mitgliedstaat Partnerschaften mit kompetenten regionalen, lokalen und städtischen Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartnern und Zivilgesellschaftsorganisationen organisieren soll und diese Partner in die Vorbereitung des nationalen Programms und in dessen konkrete Umsetzung einzubeziehen sind. Das bedeutet, der Gemeindebund ist ebenso wie Länder und Sozialpartner bei der Vorberei-

tung der nächsten Programmgeneration ab 2014 zu konsultieren, den Landesverbänden wiederum sollte bei der Umsetzung in den Bundesländern eine wichtige Rolle zukommen.

## Womit ist zu rechnen?

Mittlerweile steht außer Streit, dass auch nach Auslaufen der gegenwärtigen Förderperiode alle europäischen Regionen in den Genuss von EU-Regionalförderung kommen können. Gemäß dem derzeitigen Vorschlag wird es in Österreich geben: Das Burgenland als sogenannte Übergangsregion und die übrigen Bundesländer als sogenannte besser entwickelte Regionen. Für alle Bundesländer gilt jedoch, dass von den elf vorgeschlagenen Förderkategorien in Österreich nur drei anwendbar sein werden, nämlich Forschung und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Die EU-Kommission macht kein Geheimnis daraus, dass die Regionalpolitik in besser entwickelten Regionen zur Erreichung der Ziele der Strategie





Über die Hälfte aller in Österreich (40 Prozent im Burgenland) ausbezahlten Strukturfondsmittel sollen aus dem ESF kommen. Dies bedeutet, dass Arbeitsmarkt- und Bildungsprojekten eine wesentlich stärkere Bedeutung beigemessen wird.

Europa 2020 beitragen muss und dass aus ihrer Sicht nur eine klare Prioritätensetzung dazu führen kann. 80 Prozent aller im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) vergebenen Mittel müssen zur Finanzierung dieser drei Prioritäten beitragen, die frei bleibenden 20 Prozent können für anderweitige Projekte verwendet werden. Fünf Prozent der Mittel sind für städtische Entwicklungsprojekte vorgesehen.

Unklar ist nach wie vor, mit welchem Fördervolumen in Österreich zu rechnen ist. Der Kommissionsvorschlag sieht EU-weit 38,9 Milliarden Euro für rund 57 Übergangsregionen sowie 53,1 Milliarden Euro für die besser entwickelten Regionen vor. Da sich die Verhandlungen zum EU-Budget aber auf jeden Fall schwierig gestalten werden, ist wohl frühestens in einem Jahr abschätzbar, welche Beträge in die einzelnen Staaten fließen werden.

Neu ist auch, dass dem Europäischen Sozialfonds (ESF) eine prominentere Rolle zukommen wird. Über die Hälfte aller in Österreich (40 Prozent im Bur-

genland) ausbezahlten Strukturfondsmittel sollen aus dem ESF kommen. Dies bedeutet, dass Arbeitsmarkt- und Bildungsprojekten eine wesentlich stärkere Bedeutung beigemessen wird als bisher, womit ebenfalls zur Erreichung der Europa 2020-Ziele beigetragen werden soll.

### Ländliche Entwicklungspolitik als Teil des Ganzen

Grundsätzlich orientiert sich auch die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums an den Europa 2020-Zielen, das heißt, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit steht selbst hier im Vordergrund. Der Kommissionsvorschlag lässt jedoch viele Freiräume und gibt insgesamt weniger die Richtung vor als die oben besprochene Rahmenverordnung. Die Europa 2020-Ziele dominieren zwar, Sondermaßnahmen des aktuellen Programms müssen dennoch nicht aufgegeben werden, was letztlich wohl wieder zu Diskussionen um die Verteilung der knappen Mittel führen wird. Auch hier sind jedoch Partner und nationale Netzwerke für die ländliche Entwicklung in die

Programmplanung einzubeziehen, was das Interesse der EU-Kommission an ausgewogenen Diskussionen auf nationaler Ebene verdeutlicht.

Aus kommunaler Sicht enthält der Kommissionsvorschlag gute Ansätze zur gesamtwirtschaftlichen Belebung des ländlichen Raums, wie zum Beispiel die Unterstützung von Lokalvermarktungsprojekten, KMU-Förderung im ländlichen Raum, Existenzgründungsbeihilfen für nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten, Dorferneuerungsmaßnahmen, Investitionen in Freizeitinfrastruktur und Fremdenverkehrsinfrastruktur, aber auch Breitbandausbau und Investitionen in erneuerbare Energie. LEADER-Projekte werden auch nach 2013 eine zentrale Rolle spielen; die Kommission schlägt vor, fünf Prozent aller national vergebenen Mittel zweckgebunden für LEADER zu verwenden. Zu hoffen bleibt nur, dass es nicht allein bei diesen fünf Prozent bleibt. Eine Mindestdotierung für bestimmte Maßnahmen, wie sie die derzeitige Achenstruktur der ELER-Verordnung vorsieht, gibt es im neuen Vorschlag nämlich nicht mehr.



Mag. Daniela Fraiss  
ist Leiterin des  
Brüsseler Büros des  
Österreichischen  
Gemeindebundes

# Österreich geht neue Wege

## Bundshaftungsobergrenzengesetz (BHOG)



### Haftungen von Gebietskörperschaften – ein aktuelles Thema

Das Thema Haftungen hat in letzter Zeit stark an Relevanz gewonnen. Die im EU-Sixpack<sup>1</sup> enthaltene Richtlinie des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten (kurz: Fiskalrahmen-RL) schreibt vor, dass künftig öffentliche Haftungen auszuweisen sind. Das EU-Sixpack wurde Anfang Oktober 2011 auf europäischer Ebene beschlossen.

Im Gemeindefinanzbericht 2010 wurde erstmals eine Schätzung des Haftungsstandes der österreichischen Gemeinden erstellt. Der Bericht kommt auf Basis der getroffenen Annahmen im Jahr 2009 auf einen Haftungsstand von rund 6,4 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr und damit zu einem stärkeren Anstieg als der Finanzschuld (Anstieg der Finanzschuld von 2008 auf 2009 um 0,4 %).

### Der ÖStP 2011 als Rahmen

Der im Mai 2011 im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz von allen drei Gebietskörperschaftsebenen unterzeichnete Stabilitätspakt 2011 sieht erstmals verbindliche Haftungsgrenzen für die jeweiligen Ge-

bietskörperschaftsebenen inklusive der Regelung des Verfahrens bei Haftungsübernahmen und Regelung von Risikovorsorgen für den Fall von Ausfällen vor. Der Bund setzt die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP) 2011 durch sein Bundshaftungsobergrenzengesetz (BHOG) um, dessen Begutachtung im Oktober 2011 durchgeführt wurde.

### Art. 10 ÖStP: Haftungsgrenzen

Das Thema der Haftungen wurde – soweit der Umfang zum Zeitpunkt der Verhandlungen bereits absehbar war bereits in die Gespräche über einen ÖStP einbezogen. Mit „Artikel 10 (Haftungsgrenzen)“ wurde eine gänzlich neue Vereinbarung getroffen, dass alle Gebietskörperschaften künftig Haftungsgrenzen definieren werden, wobei der Bund für sich, die Länder für sich und für ihre Gemeinden rechtlich verbindliche Haftungsgrenzen festlegen. Nach einer Risikobeurteilung ist bei überwiegender Wahrscheinlichkeit, dass eine Haftung schlagend wird, eine Risikovorsorge zu bilden, wobei gleichartige Haftungen hinsichtlich der Risikovorsorgebildung zu Gruppen vergleichbaren Risikos zusammengefasst werden können. Haftungsrahmen und Ausnutzungsstand sind im

<sup>1</sup>Fünf Verordnungen und eine Richtlinie zur Verschärfung des europäischen Stabilitätspaktes mit der Zielsetzung, die europäische Schuldenkrise zu überwinden.



BMF

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN

Rechnungsabschluss auszuweisen.

### **Bund, Länder und Gemeinden tragen gemeinsam Verantwortung**

Der ÖStP 2011 stellt auf den Verantwortungsbereich der Gebietskörperschaften nach dem ESVG ab. Das ESVG (Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft; ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1) unterteilt den Sektor Staat in die vier Subsektoren Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Nach Artikel 10 Abs. 3 sind von der Haftungsobergrenze die jeweiligen Kernhaushalte und jene dem Sektor

Staat zugehörenden Ausgliederungen umfasst, die im Verantwortungsbereich der jeweiligen Gebietskörperschaft liegen.

Die Ermittlung der Haftungsstände erfolgt durch die Bundesanstalt Statistik Österreich (StatÖ).

### **BHOG-Entwurf 2011, bundesgesetzliche Umsetzung als Beispiel für kommende Regelungen**

Die Bundesregelungen zur Limitierung der Haftungen des Bundes sind im Bundeshaftungsobergrenzenengesetz (BHOG) enthalten, dessen Begutachtungsfrist mit 27. Oktober 2011 geendet hat. Der Legistikprozess erfolgte durch die Expertinnen und Experten der BMF-Sektion III, feherführend durch Gruppenleiter Mag. Alfred Lejsek und Mag. Re-

gina Reitböck. Das BHOG schreibt für die Dauer der ÖStP-Periode (bis Ende 2014) eine Haftungsobergrenze für alle vom Bund übernommenen Haftungen fest.

Der Bundesebene werden nach dem ESVG auch Einheiten zugerechnet, für die nach österreichischem Recht der Bund keine Verantwortung zu tragen hat wie etwa die Bundeskammern, die österreichische Hochschülerschaft oder die Universitäten.

Die staatlichen Einheiten im Bereich der Bundesebene, die mit dem BHOG erfasst werden, sind daher nicht deckungsgleich mit der Liste staatlicher Einheiten, wie sie von StatÖ für den jeweiligen Subsektor erstellt wird, sondern haben einen geringeren Umfang. Welche Bundeseinheiten konkret vom Haftungsschirm erfasst werden, wird jährlich bis Ende Okto-

ber von der Bundesministerin für Finanzen per Verordnung kund gemacht.

Für sämtliche Haftungsübernahmeermächtigungen des Bundes bestanden bereits bisher durch Bundesgesetze festgelegte Haftungsobergrenzen. Die Obergrenze für die Haftungsermächtigungen des Bundes ergibt sich somit aus der Summe der Haftungsobergrenzen in den einzelnen materiellen Haftungsgesetzen. Neben diesen direkt vom Bund selbst übernommenen Haftungen werden auch Haftungsobergrenzen für sogenannte außerbudgetäre Einheiten des Bundes eingezogen.

### **Haftungsobergrenze 2012 bis 2014: rund 175 Mrd. Euro**

Der BHOG-Entwurf legt die Gesamtobergrenze an Bundeshaftungen mit 193,1





Mag. Gerlinde Zimmer ist Referentin in der Abteilung Finanzverfassung und Finanzausgleich im BMF

### Ranking der größten Posten

- **95 Mrd. Euro:** Exportförderung (Ausfuhrförderungsgesetz + Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz)
- **21,7 Mrd. Euro:** Haftungen für den Euro-Rettungsschirm EFSF (Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz)
- **20 Mrd. Euro:** ÖBB Infrastruktur AG
- **14,4 Mrd. Euro:** Bankenhilfspaket (Interbankmarktstärkungsgesetz)
- **13 Mrd. Euro:** ASFINAG

Mrd. Euro für die Jahre 2012 bis 2014 fest. Da diese Summe allerdings auch sogenannte „abreifende Haftungen“ inkludiert, die für neue Haftungsübernahmen nicht mehr verwendet werden dürfen, liegt die gesamte Obergrenze schlussendlich bei lediglich rund 175 Mrd. Euro.

Bei den sukzessive abreifenden Haftungen handelt es sich im Wesentlichen um Haftungen für Banken (Interbankmarktstärkungsgesetz) und Garantien für Kredite für mittelgroße und

große österreichische Unternehmen (Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz). Von den 193 Mrd. Euro sind rund 191 Mrd. Euro für jene Haftungen vorgesehen, die der Bund derzeit eingegangen ist. Mit 95 Mrd. Euro entfällt der mit Abstand größte Teil der Haftungen in den Bereich der Exportförderung.

Für außerbudgetäre Einheiten wird durch das BHOG eine Haftungsobergrenze von 100 Mio. Euro vorgeschrieben. Diese Einheiten trifft eine Meldeverpflich-

tung an StatÖ hinsichtlich des Gesamtstandes ihrer Haftungen. Verletzungen der Meldepflicht sind mit Verwaltungsstrafe bedroht. Das BHOG wird mit 1. Jänner 2012 in Kraft treten und einen Überblick verschaffen, welche Haftungen des Bundes im Worst Case Szenario schlagend werden könnten. Im Sinne der international geforderten Transparenz hat das BHOG Vorbildfunktion für die landesrechtlichen Regelungen.



Audit familienfreundlichegemeinde

# Familie – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Gemeinde

Das Konstrukt „Familie“ hat sich in den letzten 50 Jahren stetig geändert. Familienleben muss heute nicht mehr in einem Haushalt stattfinden, sondern wird in verschiedenen Wohnungen und Orten gelebt.

Der Rückgang der Geburten, Veränderungen bei der Haushaltsgröße und das Ansteigen des Alters der Bevölkerung hatten wesentliche Auswirkungen auf die Form der Familien, dies berichtete Mag. Rudolf Schipfer vom Österreichischen Institut für Familienforschung anlässlich eines Netzwerktreffens *Audit familienfreundlichegemeinde* für Prozessbegleiter/innen und Gutachter/innen Mitte Oktober in Wien. Der sich abzeichnende „demografische Wandel“ ist ein wichtiges Thema auf Gemeindeebene. Die Bestandserfassung im *Audit familienfreundlichegemeinde* macht die Bedürfnisse der Gemeinden vor allem bei der Versorgung der Senior/innen, Migrant/innen und Jugendlichen sichtbar. Die Betreuungsformen betreubares Wohnen, Mobile Dienste und Seniorenwohnheim, aber auch der Bedarf an flexiblen, nachbarschaftlichen (Selbst-)Hilfeange-



Foto: FBG

Die Bestandserfassung im *Audit familienfreundlichegemeinde* (hier am Beispiel der Auditgemeinde Gabersdorf/Stmk) macht die Bedürfnisse der Gemeinden sichtbar.

bzw. neue Modelle der Nahversorgung und die Einbindung der Jugend in Projekte vor Ort sind die aktuellen Entwicklungstrends der Auditgemeinden. Im Bereich Integration werden Sprachkurse für türkischstämmige Frauen angeboten, interkulturelle Treffpunkte geschaffen und Dolmetscherdienste angeboten. Weitere integrative Maßnahmen sind Mütterkreise für türkischstämmige Mütter, Schaffung eines Gemeinschaftsgartens, eines

Freizeitbereiches für interkulturellen Austausch, Migrant/innen-Frühstück als Sprech- und Sprachtraining, Gesundheitsvorträge mit türkischsprechender Ärzten. Hervorzuheben ist das „Projekt Rucksack“ einer Gemein-

de, bei dem fremdsprachige Mütter mit guten Deutschkenntnissen andere interessierte Mütter unterrichten und Kinder dazu

Alltagsthemen ausarbeiten. Die Gemeinden setzen aktiv immer mehr Maßnahmen, um die Gemeinde als Wirtschaftsstandort zu stärken. Diese sind u. a. die Erhaltung und Ansiedelung von

Familien als weicher Standortfaktor, Kooperationsvereinbarungen mit Unternehmen hinsichtlich Kinderbetreuung, günstige Baugründe für Jungfamilien, Informationen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (wie Gleitzeitregelungen, Telearbeit, Weiterbildungsangebote für Wiedereinsteiger/innen, Audit berufundfamilie) und vor allem Kooperationen mit örtlichen Unternehmen (Angebote zur Berufsorientierung, Ferialpraktika, Ausbildungspraktika, z. B. Bewerbungcoachings, Schnupperlehre). Die Bereiche Integration, Freiwilligenarbeit, aktives Altern, Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Generationenprojekte sind die Zukunftsthemen des *Audit familienfreundlichegemeinde*.



Das *Audit familienfreundlichegemeinde* fördert die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen.

Dr. Reinhold Mitterlehner  
Familienminister

boten wie Dienstleistungsbörse, Nachbarschaftshilfe, „Zeitbank 55 +“ steigt. Die Mobilität für alle Generationen, der Erhalt

## Informieren Sie sich

Familie & Beruf  
Management GmbH

audit@familieundberuf.at  
Web: [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at)  
Tel.: 01/218 50 70



Österreichischer Gemeindebund  
audit@gemeindebund.gv.at  
Web: [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

Tel.: 01/512 14 80-20

Bei Auswahl von Christbaum, Geschenken und Co. auf die Umwelt achten!

# O du schöne, nachhaltige Weihnachtszeit

Das Fest der Liebe beschert uns nicht nur leuchtende Kinderaugen, köstliche Festessen und prächtig geschmückte Häuser – alle Jahre wieder verursacht das Weihnachtsfest auch Berge von Müll und viel verschwendete Energie. Dabei gibt es zahlreiche Tipps und Tricks, mit denen die Adventzeit und das Weihnachtsfest nachhaltig gestaltet werden können.

Mit einem nachhaltigen Weihnachtsfest macht man der Umwelt eine Freude: Vom Christbaumkauf über eine nachhaltige Geschenkeauswahl und -verpackung bis hin zu regionalen Produkten auf dem Gabentisch.

## Ein wirklich grüner Christbaum

Die Auswahl des passenden Christbaums, der seine Pracht auf allen Seiten gleichmäßig entfaltet, nimmt oft viel Zeit in Anspruch. Ein großer Bogen sollte dabei um Plastikbäume gemacht werden. Jedoch auch

bei echten Bäumen lohnt ein Blick auf Etikette oder Siegel. „Mit dem Kauf von Christbäumen aus Österreich spart man durch die kurzen Transportwege unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen und tut so dem Klima etwas Gutes. Darüber hinaus werden die heimischen Christbaumzüchter unterstützt und wird ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des ländlichen Raumes geleistet“, erklärt Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich. Auch beim Christbaumschmuck liegt Nachhaltigkeit im Trend: Lametta und Plastikhänger können durch natürliche Deko-

ration wie Strohsterne oder Kugeln aus Glas ersetzt werden. Die passende Beleuchtung – egal ob Christbaum, Fenster oder Vorgarten – sollte unbedingt mit energiesparenden Lampen ausgestattet werden.

## Nachhaltig schenken

Wer kennt sie nicht, die Suche nach dem passenden Geschenk? Nachhaltig schenken bedeutet auch, nachhaltig Freude zu bereiten und zwar am besten mit bewusst gewählten, hochwertigen Produkten.

Die Plattform [www.bewusstkaufen.at](http://www.bewusstkaufen.at) bietet einen tollen Überblick über nachhaltige Produkte und zwar von Kleidung über Kosmetika, Essen und Trinken, bis hin zu Einrichten und Wohnen.

Wenn es doch ein neuer Fernseher oder ein neues Handy sein soll, so lohnt ein Blick auf [www.topprodukte.at](http://www.topprodukte.at). Dort finden umweltbewusste Christkinder und Weihnachtsmänner die energieeffizientesten Elektro-

Mit dem Kauf von Christbäumen aus Österreich spart man durch die kurzen Transportwege unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen und tut so dem Klima etwas Gutes. Darüber hinaus werden die heimischen Christbaumzüchter unterstützt und wird ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des ländlichen Raumes geleistet.

Minister Niki Berlakovich



Mit einem Christbaum aus Österreich macht man der Umwelt und den heimischen Christbaumzüchtern einen großen Gefallen, weiß Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich.



Lebensmittel aus der GENUSS REGION ÖSTERREICH sorgen auf dem Weihnachtstisch für Genuss mit gutem Gewissen. Arbeitsplätze werden gesichert und kurze Transportwege schützen die Umwelt.

produkte, die derzeit in Österreich erhältlich sind. Rund 2600 Produkte in den Kategorien Beleuchtung, Büro, Haushalt, Heizung/Warmwasser, Kommunikation, Mobilität und Unterhaltung können unter die Lupe genommen und verglichen werden. Hat man das richtige Geschenk gefunden, geht es ans Einpacken. Auch hier gilt: Weniger ist mehr! Verpackungen aus recykliertem Papier und Bastschnüren sind hübsch anzusehen und lassen den Inhalt wirken. Eine gute Alternative stellen auch wiederverwendbare Geschenksackerl dar.

### Ganz aus der Region

Das gemütliche Beisammensein an festlich geschmückten Tischen und das gemeinsame Genießen der traditionellen weihnachtlichen Gerichte machen Weihnachten erst zu dem, was es ist. Lebensmittel aus Österreich sorgen dabei für Genuss



Foto: BMLFUW/ Newman

mit gutem Gewissen:  
Mit dem Kauf von regionalen,

[www.bewusstkaufen.at](http://www.bewusstkaufen.at)  
Lebensministerium & Partner

das bringt's  
nachhaltig.

saisonalen Produkten bleibt die Wertschöpfung in der Region, Arbeitsplätze werden geschaffen und gesichert und durch die kurzen Transportwege wird die Umwelt geschont. Die kulinari-

schen Schätze und Spezialitäten unserer heimischen Bäuerinnen und Bauern eignen sich darüber hinaus hervorragend als Geschenke für große und kleine Genießer und Genießerinnen.

Mit den liebevoll zusammengestellten Geschenkboxen aus dem neuen GENUSS REGION ÖSTERREICH-Online-Shop kommen die besten Produktkreationen in innovativen Verpackungen direkt zu Ihnen nach Hause. Nähere Informationen dazu finden Sie unter [www.genuss-region-shop.at](http://www.genuss-region-shop.at). Machen Sie sich und der Umwelt eine Freude und feiern Sie fröhliche, nachhaltige Weihnachten.

**Veranstaltungsmesse:** Innovationen im Mittelpunkt

## „Lernen von Kollegen“ heißt das neue Motto

„Das Motto heißt ‚Lernen von Kollegen‘. Das ist in der österreichischen Verwaltung etwas Neues. Denn bisher wurden Innovationen oft nur deswegen von einer Behörde abgelehnt, weil sie von einer anderen Behörde entwickelt wurden.“ Mit diesen Worten begrüßte Sektionschef Manfred Matzka die Gäste der ersten Verwaltungsmesse, die vom Bundeskanzleramt in Wien veranstaltet wurde. Die Messe sollte dem Informations- und Wissensaustausch von Entscheidungsträgern und Projektverantwortlichen aus Bund, Ländern, Städten und Gemeinden dienen. Der inhaltliche Rahmen der Messe konzentrierte sich auf die Bereiche Personal-

wesen, E-Government sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Neben mehreren Ministerien und Bundesländern waren auch einige Bezirkshauptmannschaften mit einem Stand vertreten. So präsentierte beispielsweise die BH Innsbruck ihr Projekt „Mobile Bezirkshauptmannschaft“. Dabei besuchen Mitarbeiter regelmäßig Messen und größere Betriebe. Die Besucher bzw. Mitarbeiter können sich dann gleich vor Ort Reisepässe, Personalausweise und Scheckkartenführerscheine ausstellen lassen. Die Bezirkshauptmannschaften von Eisenstadt-Umgebung, Hallein, Hermagor, Rohrbach und Zell

Foto: KOMMUNAL/Reindl



Die Messe sollte dem Informations- und Wissensaustausch von Entscheidungsträgern dienen.

am See stellten ihre Kooperation vor: Gemeinsam wurden in den Bereichen Jugendschutz, Fremdenwesen, Großschadensereignisse, Baustellenmanagement und Veranstaltungswesen einheitliche Standards entwickelt. So wurde etwa ein Baustellenmanagement entwickelt. Ziel: „Kein Stau in unseren Bezirk“. Dies wur-

de durch die Koordination der Bauunternehmen und durch die Einführung eines Baustellen-Controllings der Bezirkshauptmannschaften möglich. Das Projekt der fünf Bezirkshauptmannschaften wurde von den Besuchern der Verwaltungsmesse mit dem Publikumspreis ausgezeichnet.



Foto: Siemens

Auch die Ausstattung der neuen Betriebsleitzentrale lag in den Händen der Bahnautomatisierungssparte von Siemens.

**Automation:** Siemens installiert Trainguard MT CBTC

## Metro-Linie 1 künftig ohne Fahrer

Ab sofort verkehren auf der traditionsreichsten Linie der Pariser Metro die ersten Züge fahrerlos. Siemens rüstete hierfür die Linie 1 mit dem vollautomatischen Zugsicherungssystem vom Typ Trainguard MT CBTC aus. Die Metro-Linie 1 der französischen Hauptstadt ist die traditionsreichste und zugleich am stärksten

frequentierte Linie. Sie verbindet auf rund 17 Kilometern den Osten und Westen der Stadt und befördert bis zu 725.000 Fahrgäste täglich. Auch die Umrüstung der Fahrzeuge sowie die Ausstattung der neuen Betriebsleitzentrale lag in den Händen der Bahnautomatisierungssparte von Siemens [www.siemens.com/mobilitylogistics](http://www.siemens.com/mobilitylogistics)

**Bürgerbeteiligung:** Tullner Budget mit Bevölkerung

## Kybernetische Budgetsanierung

Die nö. Bezirkshauptstadt Tulln geht neue Wege zur Budgetsanierung. 42 Personen aus der Bevölkerung, der Politik und der Stadtverwaltung werden – unter professioneller Leitung – ihr spezifisches Wissen, unterschiedliche Ansichten und Interessen einbringen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: ein Erarbeiten finanzieller Spielräume für Zukunftsprojekte.

„Wir haben vergangenes Jahr trotz schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein ausgeglichenes Budget geschafft und werden das auch heuer wieder erreichen. Mit der Syntegration wollen wir darüber hinaus finanzielle Spielräume für Zukunftsprojekte schaffen“, betont Bürgermeister

Peter Eisenschenk. In einer Gemeinderatssitzung Mitte Oktober 2011 wurde mehrheitlich beschlossen, dabei innovative Wege einzuschlagen. Mit dem Pilotprojekt „Syntegration“ (Synergie und Integration) sollen binnen kürzester Zeit unterschiedliche Ansichten, Interessen und spezifisches Wissen von 42 Personen in kleinen, produktiven Gruppen vernetzt und danach zu einer gemeinsamen Sichtweise zusammengefügt werden.

Die Methode wurde bereits erfolgreich in der deutschen Stadt Fürth angewandt, wo das ausgearbeitete Maßnahmenpaket den Haushalt in den nächsten Jahren um 20 Millionen entlastet wird. Mehr auf: [www.tulln.at](http://www.tulln.at)



**Energieeinsparung** auf kommunaler Ebene: Umweltfreundlich und effizient

## Der Fluss schickt keine Energierechnung

Das Wasser der Lauter lädt mit seinen zehn Grad nicht gerade zum Baden ein. Trotzdem liefert es so viel Wärme, dass damit in der rheinland-pfälzischen Stadt Lauterecken öffentliche Gebäude beheizt werden können. Ein innerstädtisches Nahwärmenetz und die neuartige Hochtemperaturwärmepumpe thermeco2 machen es möglich. Die Maschine, das Herzstück des Systems, wurde im September in Betrieb genommen. Sie entzieht dem Flusswasser Wärmeenergie und nutzt diese, um Heizwasser zu erzeugen. So können etwa 77 Prozent der benötigten Heizwärme umweltfreundlich und Ressourcen schonend zur Verfügung ge-



Foto: Thermea

Nahwärmenetz Lauterecken (ca. 200 m Gesamtlänge): 1. Entnahmestelle an der Lauter, 2. Standort der Nahwärmezentrale, 3. Schloss Velden, 4. Veldenturm, 5. Kreisparkasse, 6. Rathaus, genannt Stadthaus, 7. Nebengebäude Rathaus, 8. Haus Hauptstraße 60 und 9. Haus Hauptstraße 62.

stellt und rund 53 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr vermieden werden. Mit einer Heizleistung von 232 kW kann die Wärmepumpe thermeco2 HHR 260 den Energiebedarf dieser Gebäude den größten Teil des Jahres abdecken. Nur bei ganz niedrigen Tempe-

raturen wird eine Gaskesselanlage zugeschaltet.

„Der Gasverbrauch lässt sich so drastisch senken und die Lauter schickt keine Rechnung“, freut sich Bgm. Heinrich Steinhauer über die wirtschaftlichen Vorteile. [www.thermea.de/praxis/praxisbeispiele](http://www.thermea.de/praxis/praxisbeispiele)

**Innovationspreis 2011**

## Austrotherm siegt im Burgenland

Die Austrotherm GmbH, einer der führenden Anbieter von Polystyrol-Dämmstoffen in Mittel- und Osteuropa, wurde als innovativstes Großunternehmen mit dem „Burgenländischen Innovationspreis 2011“ ausgezeichnet. Austrotherm wird das Burgenland mit dieser Entwicklung auch beim Innovationsstaatspreis vertreten.

LH Hans Niessl, LH-Stv. Mag. Franz Steindl, WK-Vizepräsident und Sponsor des Hauptpreises, Raiffeisenlandesbank Burgenland, Generaldirektor Dr. Julius Marhold, und die WiBAG-Vorstände Peter Schmitl und Franz Kast würdigten im Rahmen der Gala die Preisträger.

**2E-Government Monitor**

## Zweiter von Vier bei E-Governance

Beim 2E-Government Monitor 2011, einem Vierländervergleich, konnte Österreich den zweiten Platz erzielen. Mit einem Nutzeranteil von 68 Prozent bei elektronischen Bürgerdiensten liegt Österreich nur ein Prozent hinter dem Siegerland Schweden. An dritter Stelle ist Großbritannien und an letzter Stelle Deutschland.

**Standortabsicherung** mit „Marke Österreich“

## Umsetzungsplan beschlossen

Auf Initiative von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat der Ministerrat den Umsetzungsplan für die neue „Marke Österreich“ und die Entwicklung einer modernen „Nation Brand“ beschlossen.

**Landesförderung**

## Tirol fördert Ein-Personen-Betriebe

„Unsere neue EPU-Kooperationsförderung, die Anfang 2012 startet und in Österreich einzigartig ist, erleichtert die Zusammenarbeit von Ein-Personen-Unternehmen maßgeblich und trägt zu einer deutlichen Verbesserung der Unternehmenssituation bei“, erklärt Tirols LR Patrizia Zoller-Frischauf. [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

„Ziel ist es, in einem strukturierten Prozess eine Vision und Markendefinition von Österreich zu erarbeiten, die nach außen und innen wirkt“, erläutert Mitterlehner. [www.bmwfj.gv.at](http://www.bmwfj.gv.at)

**High-Speed-Bahn** im Marchfeld

## EU-Millionen für TEN-Ausbau

Nach den jüngsten Plänen der EU-Kommission zum Ausbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN) sollen in Österreich nicht nur die Tunnelprojekte an der Südbahn mit Fördergeldern der Gemeinschaft vorangetrieben werden. Berechtigte Hoffnungen auf kräftigen Euro-Regen aus Brüssel darf man sich laut NÖ Wirtschaftspresseamt auch im Bezirk Gänserndorf machen, soll doch die Haupt-Schienenverbindung zwischen Wien und Bratislava als Teil des Kernnetzes nach den Vorstellungen der EU-Verkehrsexperten nördlich der Donau verlaufen. „Die Kommission will die Zentren Europas auf kürzestem und funktional richtigem Weg miteinander verbinden“, erklärt dazu Helmut Andels-



Foto: wikia.com

Nach EU-Plänen könnte der deutsche ECE bald im Marchfeld flitzen.

berger, nationaler TEN-Bauftragter des Infrastrukturministeriums. Hält die EU an ihrem Vorhaben fest, wird sie den Ausbau des TEN bis 2020 mit rund 32 Milliarden Euro fördern. [http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/index_en.htm) oder [www.bmwit.gv.at](http://www.bmwit.gv.at)

Önorm B3417: Mehr Sicherheit bei Arbeiten auf dem Dach

## OGH-Urteil nimmt Bauherren in die Pflicht!

Gerade bei Bauarbeiten ist es eine besondere Herausforderung, den gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen gerecht zu werden. Speziell Arbeiten auf Dachflächen sind gefährliche Tätigkeiten. Daher ist gerade hier die Zusammenarbeit mit erfahrenen Partnern wichtig. Dies gilt für die Bauphase, aber auch für Arbeiten auf fertiggestellten Dächern.

### Gesetzliche Verpflichtung

Die Grundlagen für die Schutzmaßnahmen sind gesetzlich bzw. in Normen geregelt. Viele Bauherren sind sich aber nicht bewusst, dass sie bei Unfällen voll haftbar sind, wenn kein Planungs- und Baustellenkoordinator beauftragt wird, der



Dacharbeiten sind gefährlich. Sicherheit ist daher oberstes Gebot.

vor Baubeginn die Sicherheitsmaßnahmen festlegt. Ein aktuelles OGH-Urteil bestätigt, dass die Verantwortung beim Bauherrn oder beim von ihm beauftragten Projektleiter liegt.

### Sicherheit durch Planungsgrundlagen

Die INNOTECH Arbeitsschutz GmbH befasst sich

seit Jahren umfassend mit dem Thema Absturzsicherungen. Geschäftsführer Gerald Reiter: „Entscheidend ist, sich der Verantwortung bewusst zu sein und schon bei der Gebäudeplanung die optimalen Maßnahmen zu treffen. Dies sorgt für größtmögliche Sicherheit und spart

Geld.“ Reiter ist einer der Mitautoren der von der AUVA herausgegebenen Planungsgrundlagen von Anschlageneinrichtungen auf Dächern, welche in der neuen Önorm B3417 Berücksichtigung fanden.

### Neue Önorm schafft Klarheit

„In dieser Önorm ist die Sicherheitsausstattung von Dachflächen für Nutzung, Wartung und Instandhal-

tung klar definiert“, verweist Reiter auf das seit Juli 2010 in Kraft getretene Regelwerk. So werden erstmals Dachflächen nach deren Nutzung und Wartungsintensität klassifiziert und klare Regeln für Ausschreibung und Vergabe geschaffen. „Und dies“, so Reiter, „bedeutet letztendlich eine wesentliche Verbesserung der Rechtssicherheit für Bauherren und Auftragnehmer.“

### Information

INNOTECH Arbeitsschutz GmbH  
Ehrendorf 4  
4694 Ohlsdorf  
Tel.: 07612/476 00  
E-Mail: [office@innotech.at](mailto:office@innotech.at)  
Web: [www.innotech.at](http://www.innotech.at)

E.E.

Reges Interesse am Auftaktkongress

## Starker Start für die IG Lebenszyklus Hochbau

Der Bau- und Immobilienmarkt diskutiert Nachhaltigkeit, Green- oder Bluebuilding und neue rechtliche Anforderungen bisher in keiner gesamtheitlichen Betrachtungsweise. Dies wird sich nun ändern.

### 200 Teilnehmer dabei

Beim Auftaktkongress der IG Lebenszyklus Hochbau in der Siemens City in Wien bestätigte die rege Teilnahme von mehr als 200 Expertinnen und Experten aus der Bau- und Immobilienbranche den Bedarf an einem branchenübergreifenden, umfassenden Konzept für Bauunternehmungen.

Im Zentrum stehen ökologische, ökonomische und soziale Kriterien.



Mit 200 Teilnehmern war der Auftaktkongress in Wien gut besucht. Am 8. November 2012 findet die nächste Veranstaltung statt.

Das Lebenszyklus-Modell führt die Verantwortungsbereiche Bestellqualität, Architektur und Fachplanung, Finanzierung, Bau- und Haustechnik sowie Facility Management von der Projektinitiierung bis zum Betrieb zusammen und minimiert dadurch die Reibungsverluste bei

Projekten im Hochbau. Die IG Lebenszyklus Hochbau richtet sich an öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Bauherren und Nutzer sowie an alle Akteure, die im Lebenszyklusprozess eines Hochbaus beteiligt sind. Zum Beispiel im Bereich der Entwicklung, Planung, Finan-

zierung, Realisierung oder dem Betrieb von Gebäuden.

### Anmelden für 2012

Auch im kommenden Jahr erwarten sich die Initiatoren wieder eine erfolgreiche und gut besuchte Veranstaltung. Anmeldungen zum Kongress am 8. November 2012 sind bereits jetzt unter [www.ig-lebenszyklus.at](http://www.ig-lebenszyklus.at) möglich.

### Information

IG Lebenszyklus Hochbau  
Pillweinstraße 48  
4020 Linz  
E-Mail: [office@ig-lebenszyklus.at](mailto:office@ig-lebenszyklus.at)  
Web: [www.ig-lebenszyklus.at](http://www.ig-lebenszyklus.at)

E.E.

Modernes Design, beste Qualität, langfristige Werthaltigkeit

## Im Fokus: Lebenszyklus ALU-FENSTER

Mehr Lebensqualität und werthaltige Bauweise verbunden mit allen Aspekten der Wirtschaftlichkeit – diese Anforderungen stellen Bauherren von mehrgeschossigen Wohnbauten an die Architekten. Diese müssen mit ihrer Planung den Bedürfnissen der Bewohner gerecht werden. Und dazu gehört unter anderem das Verbinden des Außen, der Natur, mit dem Inneren einer behaglichen Wohnung. Optimal umsetzen lässt sich dies durch großzügige Fenster- und Türlösungen. Dabei ist es jedoch wichtig, besonderes Augenmerk auf die Wahl des Werkstoffes zu legen. Eine Entscheidungshilfe bietet das Positionspapier ALU-FENSTER, herausgegeben von AFI Alumi-



Foto: www.alufenster.at/ Harald Gregger

Beim geförderten Wohnbau Kundratstraße in Wien sorgen großzügige Fenster, und Türlösungen für ein lichtdurchflutetes Wohnen.

um-Fenster-Institut und der AMFT, Arbeitsgemeinschaft der Hersteller von Metall-Fenster/Türen/Tore/Fassa-

den. Die Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle der Stadt Wien (MA 39) hat die Funktions-

fähigkeit auch nach 50.000 Öffnungs- und Schließzyklen erfolgreich nachgewiesen – und dies ohne Wartung. Die TU Wien hat eine durchschnittliche Nutzungsdauer von über 60 Jahren bestätigt. Das Ergebnis: ALU-FENSTER sind die wirtschaftlichsten Konstruktionen. Zudem können mit Aluminium aufgrund der Materialeigenschaften die unterschiedlichsten Wünsche erfüllt werden: modernes Design, beste Qualität und langfristige Werthaltigkeit.

### Information

[www.alufenster.at/positionspapier](http://www.alufenster.at/positionspapier)

E.E.

**Euro5+EEV ohne AdBlue®.**

**Autorisiert von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG).**

**KONSEQUENT EFFIZIENT** 



MAN Truck & Bus Vertrieb Österreich AG  
Ein Unternehmen der MAN Truck & Bus AG

**Der TGM 13.290 4x4 von MAN.  
Einer für alles.**

Made in Austria-Nutzfahrzeuge: Ob Winterdienst, Müllabfuhr oder Kanalreinigung - mit österreichischem Know-how leise, sauber, zuverlässig und wirtschaftlich auch im schwersten Einsatz. Erfüllen Euro5 und EEV ohne Zusätze.

Der TGM 13.290 4x4 von MAN, MAN ist als Erster autorisiert für Gemeinden und öffentliche Bedarfs-träger von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG). Informieren Sie sich bei Ihrem MAN-Partner oder unter [www.mantruckandbus.at](http://www.mantruckandbus.at)

**MADE IN AUSTRIA**

MAN Truck & Bus



## Neudoerfler weiter im Aufschwung

# „Einfach mehr Büro“ im Büro

Die Maschinen fräsen im Sekundentakt, die Fertigungsstraße gleicht einem koordinierten Ameisenhaufen und die Lkw verlassen täglich bis an den Rand gefüllt die Verloaderampe: Der burgenländische Leitbetrieb Neudoerfler Office Systems mit Sitz in Neudörfel/Leitha befindet sich konstant im Aufwind.

Geschäftsführer Mag. Helmut Sattler (CEO), der im Unternehmen für die Bereiche Vertrieb, Marketing, Einkauf und Entwicklung zuständig ist, freut sich über die gute Auslastung: „Neudoerfler hat sich sehr rasch vom allgemeinen Krisenjahr 2009, das vor allem die Büromöbelbranche sehr stark betroffen hat, erholt und im vergangenen Jahr mit 30,3 Millionen Euro Umsatz ein tolles Ergebnis abgeliefert.“ Sichtlich stolz präsentiert Sattler die aktuellen Marktzahlen: „Der heimische Büromöbelmarkt ist 2010 um knapp drei Prozent gestiegen, wir sind um mehr das Doppelte gewachsen und liegen mit knapp 12 Prozent Marktanteil in Österreich auf Überholkurs. Klares Ziel ist es, das Un-



Foto: Neudoerfler/Redtenbacher

Sattler zum BBG-Auftrag: „Der BBG-Vertrag ist ein perfekter Startschuss in das Jahr 2011 gewesen, in dem wir noch dazu das 65-jährige Gründungsjubiläum unserer Firma feiern. Dieser Rahmenvertrag bestätigt unsere harte und innovative Arbeit der letzten Monate und stellt auch für unsere knapp 250 Mitarbeiter einen kräftigen Motivationsschub dar. Zudem ermöglichte der Auftrag, 14 neue Mitarbeiter einzustellen und in die weitere Ausbildung unserer Mannschaft zu investieren.“

### Stichwort Ausbildung

Neudoerfler ist einer der bur-

genländischen Betriebe, die großen Wert auf eine eigene Lehrlingsausbildung legen. Mag. Doris Bock (CFO), als Geschäftsführerin für die Bereiche Produktion, Finanzen, Personal, IT und Logistik zuständig, konnte vor wenigen Wochen den 3. Platz beim burgenländischen Landesjugendbeschäftigungspreis entgegennehmen: „Neudoerfler beschäftigt aktuell 49 Personen unter 25 Jahren, das entspricht mehr als 20 Prozent der kompletten Belegschaft. Dieser Preis hat für Neudoerfler eine ganz besondere Bedeutung und zeigt, dass unser Weg mit jungen, engagierten und gut ausgebildeten Mitarbeitern inklusive der Schwerpunktsetzung auf innerbetriebliche Lehrlingsausbildung sehr erfolgsversprechend ist und auch von öffentlicher Seite honoriert wird.“ Neben der guten Ausbildung der Mitarbeiter sind es vor allem die hochqualitativen Produkte des Unternehmens, die bei den unzähligen Kunden punkten können und in fast jedem burgenländischen Unternehmen zu finden sind. Das 65-Jahr-Jubiläum, das Neudoerfler im Oktober 2011 mit einer großen Ausstellung im neu umgebauten Schau- raum in der Firmenzentrale gefeiert hat, ist auch ein Startschuss für eine weitere Offensive des Unternehmens. Sattler: „Bei Neudoerfler bekommen Sie weit mehr als nur eine Einrichtung für Ihr Büro. Unsere Projektberater werden in Zukunft noch stärker auf den Wohlfühlfaktor im Büro eingehen und unsere Kunden auch perfekt in den Bereich Ergonomie, Farbe, Akustik und Licht

beraten. Damit bringen wir unser Unternehmensmotto ‚Einfach mehr Büro‘ in jedes Büro in Österreich.“ Mehr auf [www.neudoerfler.com](http://www.neudoerfler.com) **E.E.**

Unser Weg mit jungen, engagierten und gut ausgebildeten Mitarbeitern inklusive der Schwerpunktsetzung auf innerbetriebliche Lehrlingsausbildung ist sehr erfolgsversprechend.

CFO Mag. Doris Bock



Foto: Neudoerfler/Hombauer



Klares Ziel ist es, das Unternehmen als Nummer 2 in Österreich zu positionieren.

Neudoerfler CEO  
Mag. Helmut Sattler

ternehmen als Nummer 2 in Österreich zu positionieren und unseren Kunden die beste und unkomplizierteste Beratung in der Branche zu bieten.“ Mitgrund für die guten Umsatzzahlen sind unzählige Neukunden aus Österreich und den Exportländern und der größte Einzelauftrag in der Geschichte von Neudoerfler: Ende 2010 konnte die Firma den Rahmenvertrag der Bundesbeschaffungsbehörde (BBG) für die Ausstattung von Standardbüromöbel gewinnen.

## Niederösterreichs größter privater Kindergarten aus mobilen Raummodulen wird Sieben! Tag der offenen Tür im IZIBIZI kids corner

Diese private Kinderbetreuungseinrichtung wurde auf Initiative der ecoplus NÖ, der vier Standortgemeinden Wiener Neudorf, Guntramsdorf, Laxenburg und Biedermannsdorf sowie dank Sponsoring vieler angesehelter Betriebe für die Berufstätigen des Industriezentrums NÖ-Süd errichtet. Mit den mobilen Raumlösungen der Firma Containex wurde dieser Kindergarten innerhalb weniger Wochen in Betrieb genommen. Die weitläufige Anlage, bestehend aus insgesamt 42 flexiblen Raummodulen – sechs Meter lang, 2,5 Meter breit und 2,8 Meter hoch – bietet Platz für zwei Krabbelstuben und zwei Kindergartengruppen, einen Bewegungsraum, eine Küche, Büros sowie kin-



Kindern und Betreuern sagt die helle Atmosphäre zu.

dergerechte Toiletten und Garderoben. Die hellen, freundlichen Räume sind modern ausgestattet und, wie Irmgard Balint, die zuständige Projektmanagerin bei „IZIBIZI“, bestätigt, würde niemand daran denken, dass er sich in einer Container-

anlage befindet: „Das Raumklima ist – ob im Sommer oder im Winter – hervorragend. Alle Räume sind dank der vielen Fenster gut belüftet. Sowohl die Kinder als auch die Betreuerinnen fühlen sich sehr wohl.“ Das „IZIBIZI“ und viele an-

dere Projekte liefern den Beweis, dass man „mit einem Raumgefühl wie in einem Wohnzimmer den Bedürfnissen der Kommunalkunden gerecht werden kann“, betont Josef Heißenberger, Geschäftsführer von Containex. Die mobilen Raumlösungen können österreichweit zur Verfügung gestellt werden. Heißenberger ist überzeugt, dass der Einsatz flexibler Raummodule auch für Sportvereine, Jugendzentren, Bauhöfe, die Feuerwehr und natürlich für Veranstaltungen die ideale Lösung darstellt.

### Information

Web: [www.containex.at](http://www.containex.at)

EL:

## CONTAINEX - der führende Anbieter für mobile Kindergärten und Schulen!



CONTAINEX - ein Unternehmen der LKW WALTER-Gruppe, ist der führende Anbieter für Container und mobile Raumsysteme.

### Das Produktprogramm umfasst:

- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

### Kauf - Miete - Leasing

### Ihre Vorteile:

- flexible Raumlösungen
- attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort



AT-2355 Wiener Neudorf, IZ NÖ-Süd, Straße 14  
Tel.: +43 2236 601, E-Mail: [ctx@containex.com](mailto:ctx@containex.com)  
[www.containex.com](http://www.containex.com)



Neue Perspektiven für leerstehende Bauten im ländlichen Raum

# Gemeinsam gegen den „Donut“-Effekt

Seit langem schon kämpfen die Gemeinden gegen den sogenannten „Donut“-Effekt in vielen Ortszentren an. Die Zentren veröden und die Ränder blühen auf und werden immer „fetter“ – und so stehen die bekannten US-amerikanischen Krapfenvariationen mit dem charakteristischen Loch in der Mitte sinnbildlich für die oft dramatische Situation in unseren Gemeinden. KOMMUNAL stellt Strategien gegen diesen Donut-Effekt vor.

Von 20. bis 21. Oktober 2011 fand in Ottensheim bei Linz die erste österreichische Leerstandskonferenz statt. Die von „non-conform architektur vor ort“ initiierte und organisierte Veranstaltung bot ein dichtes Programm an Vorträgen und Workshops, um das Problem leerstehender Bauten im ländlichen Raum zu beleuchten und die Vielfalt des Themas sowie praxisnahe Strategien im Umgang mit der Problematik aufzuzeigen. „Leerstand ist mehr als das Aussterben der Ortskerne landauf, landab. Von Verfall und Unternutzung betroffen sind genauso nicht mehr genützte Höfe, Speicherbauten, Ställe und verlassene Fabriken aufgrund des Strukturwandels in

Landwirtschaft und Industrie sowie aufgelassene öffentliche Bauten oder in die Jahre gekommene Einfamilienhaussiedlungen und Gewerbegebiete der letzten Jahrzehnte“, so Judith Leitner von den Veranstaltern. Durch die rapide Überalterung im ländlichen Raum und die jahrzehntelange monofunktionale Siedlungserweiterung an den Ortsrändern kommt es schnell zum Donut-Effekt. Das bedeutet, dass sich zuerst die identitätsprägenden Ortszentren entleeren. Wo die Einwohner fehlen, rutschen auch die Handelsflächen mit ins Donut-Loch. Was in Österreich als große Gefahr im Raum steht, hat sich in manchen Teilen Deutschlands zur traurigen Realität

entwickelt. „Wo ganze Regionen langsam ausbluten, hilft auch ein auf Konkurrenz setzendes Stadtmarketing nicht mehr viel – die Erfolge liegen hier in der Vernetzung“, erklärte Hilde Schröteler von Brandt, Professorin an der Universität Siegen. Die KonferenzteilnehmerInnen nahmen diesen Aufruf ernst und brachten sich nicht nur intensiv in die Diskussionen und Arbeitsgruppen ein, sondern beschlossen, künftig gemeinsam nach vorne zu blicken. Spontan gründeten die Anwesenden das Netzwerk Leerstand, um weiterhin über Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg Probleme wie die Umnutzung leerstehender Bauten, die kommunale Entwicklung und insbesondere Best Practice-Beispiele auszutauschen und damit dem Donut-Effekt entgegenzuwirken. Die Beschäftigung mit Schrumpfungprozessen und mit der Transformation des baulichen Bestands stellt die Planung vor

Wo ganze Regionen langsam ausbluten, hilft auch ein auf Konkurrenz setzendes Stadtmarketing nicht mehr viel – die Erfolge liegen hier in der Vernetzung.

Hilde Schröteler von Brandt, Professorin an der Universität Siegen

vollkommen neue Herausforderungen. „Die Raumplanung, eine Disziplin, die sich unter den Bedingungen fordristischen Wachstums entwickelt hat, steht angesichts des tiefgreifenden strukturellen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels vor großen



Foto: nonconform

Ein Tag war der Diskussion verschiedener Modelle österreichischer Gemeinden im Umgang mit Leerstand gewidmet. Die TeilnehmerInnen diskutierten fünf kommunale Strategien im Umgang mit Leerstand: Silz, Eisenerz, Haag, Waidhofen und Ottensheim.

Herausforderungen. Dies vor allem dann, wenn die Voraussetzungen des steten Wachstums nicht mehr zutreffen“, stellt

Rudolf Scheuven, Professor für Örtliche Raumplanung und Stadtentwicklung an der Technischen Universität Wien, fest. Die wissen-

schaftliche, planerische und politische Auseinandersetzung mit der Leerstandsproblematik betrifft komplexe Fragen über die Produktion und den Gebrauch der gebauten Umwelt: Welche Ursachen liegen diesem immer häufiger auftretenden Phäno-

men zugrunde? Wie kann Leerstand erfasst werden?

Welche Planungsmethoden müssen entwickelt werden, um einen konstruktiven Umgang mit den Potenzialen leerstehender Räume zu fördern? Welche Strategien können Gemeinden ergreifen, um Leerständen vorzubeugen?

## Neue Perspektiven

Der Vielfalt des Themas entsprechend war das Podium interdisziplinär besetzt: Die Referate reichten von einem Rückblick in die Geschichte der Besiedelung des ländlichen Raums, über die Unternutzung der ländlichen Infrastruktur am Beispiel der Wasserversorgung in Ostdeutschland bis zu kommunalen

Geförderter Wohnbau  
Wien, Kundratstraße



Initiativen und Vereine, die mit viel Engagement an der Vermittlung und Sichtbarmachung von Leerständen sowie an der Öffnung leerstehender Räume für neue Nutzungen arbeiten.

### Strategien der (Um)Nutzung: Fokus Südwestfalen und Ostdeutschland

Stephanie Arens stellte das über fünf Jahre laufende Strukturförderprogramm der REGIONALE 2013 in Südwestfalen vor, eine der Regionen Westdeutschlands,

Neben Spezialförderprogrammen für Bauen im Ortskern ist einer unserer Schwerpunkte die Investition in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger.

Aus dem Strukturförderprogramm der REGIONALE 2013 in Südwestfalen

die am stärksten von demografischen Veränderungen geprägt sind. „Die REGIONALE arbeitet in einer Region gemeinsam mit 59 Kommunen und ist zeitlich auf fünf Jahre begrenzt. Wir sehen uns als ein Labor, um richtungweisende nachhaltige Projekte in den Dörfern zu entwickeln. Neben konkreten Maßnahmen wie beispielsweise das Labor Leerstandsentwicklung oder Spezialförderprogramme für Bauen im Ortskern ist einer unserer Schwerpunkte die Investition in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten mit ihnen neue Ideen und Perspektiven für die Zukunft der Dörfer entwickeln und sie fit machen, diese Ideen auch



Foto: Herta Hurnaus



Foto: sue Architekten

Vorher und Nachher: Durch geschickt gesetzte Eingriffe wurden die alten Gemäuer für die Benutzer und Besucher einladend, klar und übersichtlich, zudem sind nun alle Bereiche barrierefrei erschlossen. Schon im ursprünglichen Konzept des „Forums am Platz“ bedeutet aber das „offene Amtshaus“ das Einbeziehen des öffentlichen Raumes in das Gebäude – und im Falle Ottensheim eine gelungene Koexistenz des alten Rathauses und den Neubaus mit dem offenen Gemeindeforum (KOMMUNAL berichtete in der Ausgabe 7&8/2010 über das Projekt Ottensheim).

und regionalen Strategien im Umgang mit Leerstand. Es wurden sowohl Fördermodelle

in Österreich und Deutschland zur Neubelebung der Ortskerne vorgestellt als auch jüngere

## „ALU-FENSTER RECHNEN SICH AUF DAUER.“

TU Wien rechnet – MA 39 Wien testet:

- Längste Lebensdauer
- Dauerhaft hohe Dämmwerte
- Geringste Lebenszykluskosten

Mehr über nachhaltigen Wohnbau auf [www.alufenster.at](http://www.alufenster.at).

Ihr Metallbaubetrieb macht's möglich. Im Zeichen der Werthaltigkeit.



Bau-Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel im KOMMUNAL-Interview

# Plädoyer für „Bau auf A“ und das Bestbieter-Prinzip

Die Bauwirtschaft erwartet von den Gemeinden mehr oder weniger eine Festlegung auf das Bestbieter-Prinzip. Dies soll vor allem Lohn- und Sozialdumping und oft langwierige Mängelverfahren verhindern. Wie das finanziert werden könnte, erzählt Bau-Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel im KOMMUNAL-Interview.

Katharina Lehner

**Ihre neue Kampagne „Bau auf A“ soll vor unmoralischen Angeboten ausländischer Firmen schützen. Was verstehen sie unter „unmoralischen“ Angeboten?**

**Hans-Werner Frömmel:** Unmoralische Angebote sind jene, welche österreichisches Recht – sprich das Lohnniveau gemäß dem Kollektivvertrag und das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz – nicht einhalten. Unmoralisch ist auch, wenn Haftung und Schadensbehebung nicht gewährleistet sind. Das kann in einem seriösen Unternehmen nicht passieren.

**In der Praxis wird von öffentlichen Auftraggebern in der Regel nach dem Billigstbieter- anstatt dem Bestbieterprinzip ausgeschrieben. Wie stehen Sie dazu?**

Grundsätzlich ist nach österreichischem Vergaberecht eine Ausschreibung nach dem Bestbieterprinzip möglich und von uns als Interessensvertretung auch gewünscht. In diesem Fall gibt es nämlich Qualitätsgarantien, Personalressourcen und Terminhaftungen. Billigangebote sind immer gefährlich, weil Kunden zu Schaden kommen können, wenn dann das Unternehmen, das zu billig angeboten hat, Insolvenz anmelden muss oder um Nachträge gestritten wird.

**Wie wichtig sollen soziale Aspekte, wie die Sicherung kommunaler Arbeitsplätze, sein?**

Sehr wichtig. Die Schwellenwertverordnung ermöglicht, dass eine unkomplizierte Vergabe erfolgen kann, bei der regionale Unternehmen zum Zug kommen können. Laut einer OGM-Studie sind 95 Prozent der Bürgermeister für eine Verlängerung der Schwellenwertverordnung nach dem 31. 12. 2011. Angesichts der mit 1. Mai eingetretenen Arbeitnehmerfreizügigkeit und erweiterten Dienstleistungsfreiheit wäre das eine wichtige Maßnahme.

**Wie stehen Sie zum Ansatz „Wohnen daheim statt im Heim“ für Pflegebedürftige?**

Vor zwei Jahren hat die Bundesinnung Bau in einer Studie von Bmstr. Rudolf Leitner festgestellt, dass erstens die Menschen daheim alt werden wollen. Zweitens ist es ein konjunktureller Impuls. Drittens gibt es große Einsparpotenziale, denn jährlich kostet die Pflege einer Person der Pflegestufe 4 im Heim rund



Hans-Werner Frömmel (Mitte) im Gespräch mit KOMMUNAL-Redakteur Helmut Reindl (links) und Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimmer.

30.000 Euro. Die Menschen sind grundsätzlich bereit, zu investieren, um die Wohnung senioren-gerecht zu adaptieren. Eine GfK-Umfrage zeigt, dass 33 Prozent bis 5000 Euro in die Hand nehmen würden, ein weiteres Drittel 10.000 und ein Viertel sogar 20.000 Euro. Sollte die Politik den von uns geforderten Sanierungsscheck nach dem Muster der Thermischen Sanierung als Anreiz einführen, wäre daher die Wirkung eine deutlich höhere.

**Aber müsste die Bauwirtschaft nicht eher für Neubauten sein? Immerhin ist hier mehr Geld drin als bei Sanierungen.**

Ich rede von den tausenden Menschen, die in Pflegeheime müssen, weil die alten Wohnsitze nicht geeignet sind. Diese Wohnungen werden einfach aufgegeben! Dadurch gehen massive Werte verloren. Für die Bauwirtschaft ist es insgesamt gut, wenn neben den Neubauten auch Sanierungen vorgenommen werden. Weil man natürlich nicht alles sanieren kann, braucht es Mut zum Abriss und Wiederaufbau.

**Wieso treten Sie bei der Wohnbauförderung für eine Zweckwidmung ein?**

Mit dem Ende der Zweckwidmung 2008 sind die Förderungen massiv zurückgegangen: 2009 waren es 34.000 Zusagen, 2010 nur noch 28.000. Dabei brauchen wir demografischen Prognosen zufolge ab 2020 jährlich 45.000 bis 55.000 Wohnungen. Um Wohnen auch in Zukunft leistbar zu gestalten, um den sozialen Wohnbau zu sichern, ist eine bedarfsgerechte Mittelzuteilung erforderlich. Um diesen Mittelbedarf zu erhalten, schlagen wir eine bundesweite Bedarfsprognose – länderspezifisch – vor, die durch ein anerkanntes, neutrales Institut errechnet wird. Zusätzlich sind neue Wege zu beschreiten, um privates Kapital mit fiskalischen Anreizen zu akquirieren.

**Auch heuer wird es den Baukulturpreis „LandLuft“ in Kooperation mit dem Gemeindebund geben. Wie finden Sie solche Initiativen?** Solche Bewerbe sind gut für die

Bewusstseinsbildung. Entscheidend ist, dass sich die Menschen einbringen.

**Finden Sie, dass Gemeinden generell öfter Wettbewerbe für die Gestaltung öffentlicher Bauten ausschreiben sollten?**

Wettbewerbe sind eine sinnvolle Initiative. In die Jury gehören vor allem jene, die mit Ortsbildung und Raumplanung in der Umgebung vertraut sind. Moderne Architektur sollte mit dem vorhandenen Ensemble in Einklang stehen.

**Es wird immer schwieriger, junge Menschen für den Lehrberuf zu begeistern. Unternehmen stemmen mit der Ausbildung den größten Brocken. Wie unterstützt die WKÖ?**

Die Bauwirtschaft ist beispielhaft und verzeichnet steigende Lehrlingszahlen. Leider haben wir immer noch zu wenig junge Fachkräfte. Durch die triale Ausbildung erwirbt der Maurer seine praktischen Kenntnisse im Betrieb, in der Berufsschule und zusätzlich in eigens eingerichte-

Es sind neue Wege zu beschreiben, um privates Kapital mit fiskalischen Anreizen zu akquirieren.

Hans-Werner Frömmel über die notwendige Mittelaufbringung

ten Bauakademien, die von den Unternehmen der Bauindustrie und des Baugewerbes finanziert werden. Bis zu neun Wochen im Jahr erlernen und vertiefen die zukünftigen Facharbeiter alle notwendigen praktischen Fertigkeiten, die in der betrieblichen Ausbildung nicht gedeckt werden. Wir zahlen die Ausbildung und die Zuschüsse von 1500 Euro pro Lehrling und Jahr an die Auszubildenden. Auch die Weiterbildung unserer Baumeister – wie zum Beispiel im Bereich des barrierefreien Wohnens – ist uns sehr wichtig. Zwischenzeitlich haben beispielsweise 70 Baumeister ein Zertifikat für senioren-gerechtes Adaptieren erworben und können über die Homepage [www.bau.or.at](http://www.bau.or.at) kontaktiert werden.

anzugehen und in Projekten umzusetzen.“

Noch dramatischer ist die Situation bekanntlich in der ehemaligen DDR, doch auch hier haben sich einige positive Initiativen entwickelt: Beispielsweise hat sich das Wächterhauskonzept des Vereins HausHalten als ein erfolgreicher Baustein der Leipziger Stadterneuerung erwiesen. Das Modell bietet EigentümerInnen von Verfall bedrohter Gebäude intensive Beratung und nicht-kommerziellen Zwischen-nutzerInnen, die die Bauten vor einem weiteren Verfall bewahren, mietfreie Räumlichkeiten.

**Arbeitswerkzeug vor ort ideenwerkstatt**

Mit der vor ort ideenwerkstatt hat das Veranstalterbüro non-conform ein partizipatives Modell entwickelt, das kommunale Gestaltungsvorhaben unter größtmöglicher BürgerInnenbeteiligung voranbringt. Im Rahmen des Abendprogramms des ersten Kongresstages der Leerstandskonferenz in Ottensheim wurde erstmals die Online-Plattform [www.vor-ort.at](http://www.vor-ort.at), eine digitale Erweiterung der vor ort ideenwerkstatt, präsentiert, die im Rahmen eines Forschungsprojekts von departure – Die Kreativwirtschaftsagentur der Stadt Wien entwickelt wurde. Sie dient als Vernetzungs- und Informationsdrehscheibe rund um das Thema Ortskernentwicklung und unterstützt die Einbindung der BürgerInnen in kommunale Projekte. Für die gelungene musikalische Umrahmung sorgte das ortsanässige papplab-Orchester, das unter anderem mit Instrumenten aus Wellpappe experimentiert und diese in einem ehemals leerstehenden Erdgeschosslokal im Ortszentrum von Ottensheim selbst produziert.

**Fünf Strategien im Umgang mit Leerstand**

Während der erste Konferenztag ein dichtes Vortragsprogramm bot, war der zweite Tag der Diskussion verschiedener Modelle österreichischer Gemeinden im Umgang mit Leerstand gewidmet. Im Rahmen eines Früh-



Fotos: nonconform

Während Konferenz-Kurator Roland Gruber (links) die Idee kommunaler Gestaltungsvorhaben unter größtmöglicher BürgerInnenbeteiligung erläuterte, berichtete Hausherrin und Bürgermeisterin Uli Böker (rechts) über die Erfahrungen „ihrer“ Gemeinden Ottensheim mit der Ortskernentwicklung. Oben: In Kleingruppen wurden die verschiedenen Ansätze diskutiert.

stückworkshops konnten die TeilnehmerInnen in kleineren Gruppen fünf kommunale Strategien im Umgang mit Leerstand diskutieren: Silz, Eisenerz, Haag, Waidhofen und Ottensheim.

In Silz im Inntal hat in den letzten Jahren vor allem durch intensive Sanierungsberatung eine

In den beiden niederösterreichischen Städten Haag und Waidhofen wurde ein gezieltes Leerflächenmanagement betrieben, das sich mittlerweile nicht nur mit den Räumen im Erdgeschoss sondern auch mit den Obergeschossen befasst.

Ottensheim, Ort der Leerstandskonferenz, hat in den letzten

Jahren eine Reihe von Initiativen gestartet, die sich der Ortskernentwicklung, der Vermittlung zwischen Raumsuchenden und EigentümerInnen bzw. der Neunutzung des baulichen Be-

stands widmen.

Der letzte Programmpunkt war eine Exkursion nach Haslach an der Mühl, wo die den Ort dominierende ehemalige Textilfabrik vom Verfall bewahrt werden und in ein lebendiges kulturelles

Welche Ideen haben Sie, um Ihrer Gemeinde das Donut-Schicksal zu ersparen? Schreiben Sie uns: [leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

Zentrum mit vielfältigen Nutzungen umgewandelt

werden konnte.

„Leerstand ist mehr als das Aussterben der Ortskerne landauf, landab. Von Verfall und Unternutzung betroffen sind genauso nicht mehr genützte Höfe, Speicherbauten, Ställe und verlassene Fabriken aufgrund des Strukturwandels in Landwirtschaft und Industrie sowie aufgelassene öffentliche Bauten oder in die Jahre gekommene Einfamilienhaussiedlungen und Gewerbegebiete der letzten Jahrzehnte“, so Judith Leitner von nonconform architektur vor ort.



## Die Veranstalter

„nonconform architektur vor ort“ arbeitet seit 1999 in Wien und Moosburg im Schnittfeld von Architektur, Städtebau und kommunaler Entwicklung im ländlichen Raum. Kuratiert und konzipiert wurde die Konferenz von Judith Leitner und Roland Gruber. Projektpartner waren unter anderem die Gemeinde Ottensheim, der Fachbereich für Örtliche Raumplanung der TU Wien, und die REGIONALE 2013, Südwestfalen. Projektteam: DI Judith Leitner, Mag. arch. Roland Gruber, MBA, MAS

E-Mail: [leerstandskonferenz@nonconform.at](mailto:leerstandskonferenz@nonconform.at)

[www.nonconform.at](http://www.nonconform.at)

Web: [www.nonconform.at](http://www.nonconform.at)

Web: [www.nonconform.at](http://www.nonconform.at)

Web: [www.leerstandskonferenz.at](http://www.leerstandskonferenz.at)

Web: [www.vor-ort.at](http://www.vor-ort.at)

Die Raumplanung, eine Disziplin, die sich unter den Bedingungen fordistischen Wachstums entwickelt hat, steht angesichts des tiefgreifenden strukturellen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels vor großen Herausforderungen.

Rudolf Scheuvs, Professor für Örtliche Raumplanung und Stadtentwicklung an der Technischen Universität Wien

Aktivierung des Ortskerns stattgefunden.

In Eisenerz, der shrinking city Österreichs, wurde vor etwa fünf Jahren ein ambitioniertes Rückbau- und Umsiedlungsprogramm gestartet.

Aktuelle Studie über barrierefreies Wohnen vorgestellt

# Großes Interesse an senioren-gerechter Wohnversorgung

Laut einer aktuellen GfK-Studie planen 41 Prozent der „Generation 40+“ eine Adaptierung ihrer Wohnsituation und jeder zweite möchte zu Hause gepflegt werden. Allerdings sind 63 Prozent der Bestandswohnungen nicht barrierefrei ausgeführt. Förderung und Steueranreize sind dabei wichtige Motivation für die Adaptierung.

In der vorliegenden Untersuchung nennen vier von fünf Befragten die vertraute Umgebung und die höhere Lebensqualität als Hauptmotive für Umbaumaßnahmen. Jeder zweite der Generation 40+ möchte bei Pflegebedürftigkeit in höherem Alter zu Hause gepflegt werden. Nur 19 Prozent würden eine Betreuung in einer Seniorenresidenz und 15 Prozent in einem Pflegeheim bevorzugen. Bei 63 Prozent der Probanden ist das aktuelle Wohnumfeld nicht barrierefrei, was das anstehende Anpassungspotenzial verdeutlicht. Ganz oben auf der Wunschliste für Umbauarbeiten stehen die Neugestaltung des Sanitärbereichs, die rollstuhlgerichte Verbreiterung der Türen, der Einbau eines Treppenlifts, eine barrierefreie Küche und der Ein- oder Anbau eines Aufzugs.

## Jeder Vierte würde 20.000 Euro investieren

Für die notwendigen Arbeiten sind jeweils zwei Drittel der Befragten bereit, bis zu 5000 beziehungsweise 5000 bis 10.000 Euro aufzuwenden, 23 Prozent bis zu 20.000 Euro. Als Anreiz halten 53 Prozent der Befragten eine unbeschränkte steuerliche Absetzbarkeit sowie 28 Prozent eine reduzierte Mehrwertsteuer für ihre Investition für wünschenswert. Mit Aussicht auf ei-



Ganz oben auf der Wunschliste für Umbauarbeiten steht die rollstuhlgerichte Verbreiterung der Türen und der Einbau eines Treppenlifts,

nen Sanierungsscheck in Form eines staatlichen Einmalzuschusses von bis zu 6500 Euro wären 22 Prozent sicher und 48 Prozent der Befragten eher be-

reit, die notwendigen Maßnahmen zu beauftragen. Dazu Fessel-GfK-Leiter Prof. Rudolf Bretschneider: „Es besteht großer Bedarf für baufachliche Beratung, die in Verbindung mit einem Anreizsystem wesentlich zur Überwindung von Hindernissen beitragen kann.“

## Für die Hälfte ist die Bürokratie ein Hindernis

Als hinderlich für die senioren-gerechte Adaption bezeichnet jeder zweite Befragte die Bürokratie bei Förderansuchen und Genehmigungen sowie etwaige Probleme bei der Bauabwicklung. Für die bauliche Umsetzung würden 25 Prozent sicher und 42 Prozent eher einen Fachmann heranziehen. 61 Prozent wünschen sich als Ansprechpartner einen Experten für alle Leistungen, wobei 52 Prozent sämtliche Arbeiten an ein gewerbliches Unternehmen vergeben würden. Mit einer entsprechenden Förderung wären sogar 65 Prozent der Befragten bereit, die Umbauten offiziell mit einem speziell ausgebildeten Profi zu realisieren. Die jüngste Untersuchung betrachtet das Baugewerbe auch als schlüssige Ergänzung einer im Vorjahr präsentierten volkswirtschaftlichen Studie, welche die Adaptierung von Bestandswohnungen im Vergleich mit Pflegeeinrichtungen als die kostengünstigste Wohnversorgung dokumentiert. Mit einem eigens entwickelten Fortbildungsprogramm können sich Baumeister an den österreichischen BAUakademien auf das barrierefreie Bauen und Wohnen bzw. die senioren-gerechte Adaptierung von Wohnungen spezialisieren.

## Nie mehr im Dunkeln mit dem neuen Licht – wann und wo

Das neue Beleuchtungssystem QLT H40 von Atlas Copco verfügt über einen 8-kW-Generator, zwei 16 A-230 V-Steckdosen und vier 1000 W-Halogen-Metall-dampflampen. Diese Halogen-Metall-dampflampentechnologie ist einer der

effizientesten Wege, elektrische Energie in Licht umzuwandeln. Der neue QLT H40 ist mit einem vollautomatischen hydraulischen Mast ausgestattet, welcher in nur 15 Sekunden bis in 9,2 m Höhe ausgefahren wer-

## Atlas Copco QLT H40 mit Lichtmast immer Sie wollen

den kann und bis zu 350° drehbar ist. Der extrem leichte hydraulische Mast ist einfach zu manövrieren, mit einer Sicherheitsbremse ausgestattet und sorgt somit für optimale Lichtverhältnisse. Vier ausziehbare Stützfüße sowie ein gebremstes Fahrgestell sorgen für perfekte Stabilität. Die einzelnen bedienbaren Lichtschalter sorgen für ein Maximum an Lichtkapazität für Ihre Baustelle, Sportveranstaltung oder sonstiges Event – jederzeit und überall. Der QLT H40 zeichnet sich weiters durch seinen niedrigen Geräuschpegel sowie

einfachen Transport aus. Portable Energy ist eine Abteilung im Geschäftsbereich Kompressortechnik der Atlas Copco Group; diese bietet nachhaltige Lösungen für höchste industrielle Ansprüche an. Der 1873 gegründete Konzern hat seinen Hauptsitz in Stockholm, Schweden, und ist weltweit in über 170 Ländern vertreten. 2010 hatte Atlas Copco rund 33.000 Mitarbeiter und setzte rund 70 Milliarden schwedische Kronen um (7,3 Milliarden Euro). [www.atlascopco.at](http://www.atlascopco.at)

### Technische Daten

#### Generator

Fabrikat Sincro SK 160 SA 1  
Leistung 9 kVA

#### Motor

Typ Perkins 403D-11G  
3-Zylinder-Dieselmotor  
Nennleistung bei 1500 U/min 8,4 kW  
Schallleistungspegel (LWA) gemäß 2000/14/EG OND 90dBA



### Information

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.atlascopco.at](http://www.atlascopco.at)

E.E.

BAUEN MIT

iQ



## HARTL HAUS

## PROJEKTMANAGEMENT - OBJEKTBAU

Ihr kompetenter Partner im Siedlungsbau und Objektbau -  
auf Wunsch auch als Totalunternehmer.



- individuelle Planung
- individuelle Ausführung als GU

- Fixpreis
- Fixtermin

- 1 Ansprechpartner
- Höchste Qualitätskontrolle

Ihr Ansprechpartner: BM Erwin Nechwatal, 0664/4138100 oder 02849/8332-246

HARTL HAUS Holzindustrie GmbH., Haimschlag 30, 3903 Echtsenbach, [info@hartlhaus.at](mailto:info@hartlhaus.at), [www.hartlhaus.at](http://www.hartlhaus.at)

KOMSIS als Service für Standortanbieter und Suchende

## Kommunales Standortmarketing verbessern

In Anbetracht der knappen Gemeindefinanzen und des Wettbewerbs zwischen den Kommunen ist Standortvermarktung als kommunale Kernaufgabe sehr ernst zu nehmen.

Es reicht nicht aus, gut erschlossene Gewerbeflächen oder ein attraktives Wohnangebot zu haben. Ausschlaggebend ist es, das Angebot an Immobilien und Leerflächen zu sammeln, zu verwalten und dieses für Interessent/innen zur Verfügung zu stellen und attraktiv darzustellen. UND das Angebot muss (auch in Suchmaschinen) gut auffindbar sein. Heute gilt: Wer oder was im Internet nicht präsent ist, wird immer weniger nachgefragt. Es ist selbstverständlich geworden, sich vor einer



GF Josef Wallenberger empfiehlt den Einsatz neuer Medien in der kommunalen Standortvermarktung.

Standortentscheidung umfassend im Internet zu informieren.

**Standorte online managen**  
Darin liegt die Stärke des Kommunalen Standort Informationssystems

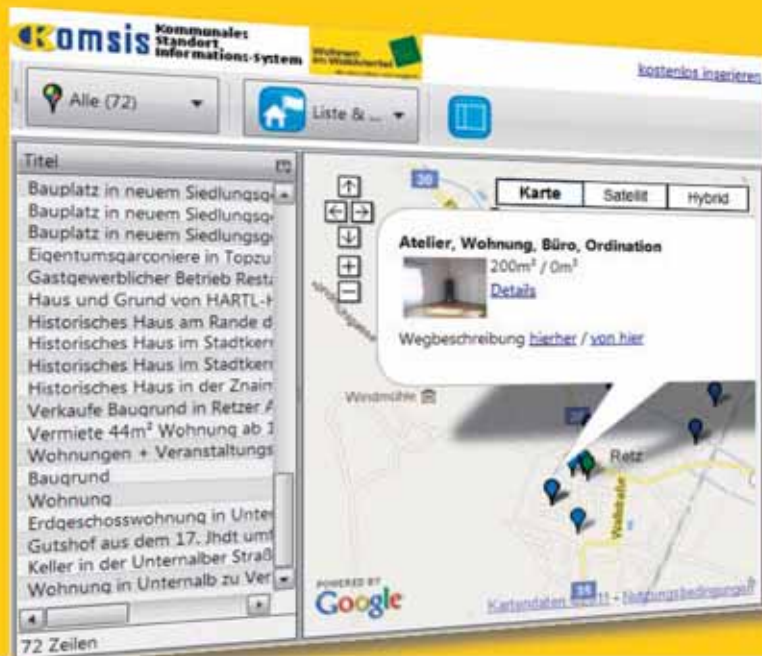
(KOMSIS), das in 80 Gemeinden (mit 600 bis 59.000 Einwohner/innen) und auch Regionen eingesetzt wird (z. B. [www.wohnen-im-waldviertel.at](http://www.wohnen-im-waldviertel.at)). Mit KOMSIS können Gemeinden und Organisationen (wie z. B. Stadtmarketing Wels) zur Verfügung stehende Häuser, Wohnungen, Geschäftslokale, Gewerbeobjekte, Baugründe und Gewerbegrundstücke zum Kaufen oder Mieten übersichtlich verwalten und direkt auf ihrer Website anbieten. Unterstützt werden sie durch Schnittstellen zur ecoplus und zu Immobilienmaklern. Ein optimaler Service für Standort-Suchende. Gleichzeitig wird das Angebot auf der überregionalen Plattform [www.komsis.at](http://www.komsis.at) präsentiert.

Optimal implementiert, schaffen Sie es mit KOMSIS auch in die Suchergebnisse von Google und werden damit besser gefunden. Gerne senden wir Ihnen einen Testzugang und weitere Infos zu. Entscheiden Sie sich für KOMSIS und erhalten Sie eine kostenlose Nutzung bis Jahresende.

### Information

Wallenberger & Linhard  
Regionalberatung GmbH  
Ihre Ansprechperson:  
Mag. Nina Sillipp  
Tel.: **02982/4521**  
E-Mail: [office@regionalberatung.at](mailto:office@regionalberatung.at)  
Web: [www.regionalberatung.at](http://www.regionalberatung.at)  
[www.komsis.at](http://www.komsis.at)

E.F.



[www.komsis.at](http://www.komsis.at)

**Bieten Sie Standort-Suchenden ein optimales Service – direkt auf Ihrer Webseite.**

**WALLENBERGER & LINHARD**  
REGIONALBERATUNG GMBH

Florianigasse 7, 3580 Horn, Tel. 02982/4521, Mail: [office@regionalberatung.at](mailto:office@regionalberatung.at), [www.regionalberatung.at](http://www.regionalberatung.at)

ASFINAG für den Wintereinsatz gerüstet

## Sichere Fahrt durch den Winter



Foto: ASFINAG

Streiffahrzeuge bringen Sicherheit.

Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür und mit ihr oftmals schwierige Wetterverhältnisse. Für die ASFINAG sind österreichweit 1400 Mitarbeiter in 43 Autobahnmeistereien rund um die Uhr im Einsatz, um bei Nebel, Schnee und Glatteis für sichere Autobahnen und Schnellstraßen zu sorgen.

### ASFINAG Winterdienst-Fahrzeuge stehen bereit

420 Lkw mit Schneepflügen warten auf ihren Einsatz, Salzsilos und Soletanks sind

gefüllt. Doch auch Autofahrer können mit wenig Aufwand einen wichtigen Beitrag leisten. Ein Wintercheck für das Auto, die rechtzeitige Montage von Winterreifen, eine gewartete Scheibenwischanlage und das Mitführen von Schneeketten erhöhen die Sicherheit ungemein. Besonders wichtig ist bei winterlichen Verhältnissen eine angepasste Fahrweise: Die Geschwindigkeit verringern, Abstände einhalten und abrupte Brems- oder Lenkmanöver vermeiden.

### Information

ASFINAG Service Center  
Tel.: **0800 400 12 400**  
E-Mail: [info@asfinag.at](mailto:info@asfinag.at)  
Web.: [www.asfinag.at](http://www.asfinag.at)

E.E.

## Urnen-Gedenksteine schaffen Platz im Friedhof Stilvoll und kostengünstig



Immer mehr Menschen werden in Urnen bestattet. Dafür gibt es jetzt die neuen patentierten Urnen-Gedenksteine. Darin können einzelne oder mehrere Urnen aufbewahrt werden. Für die Gemeinde ist diese Form der Bestattung ideal, weil deutlich weniger Platz als für ein traditionelles Grab benötigt wird. Die Ausführung der Gedenksteine ermöglicht es, einen

nengraber zu schaffen, der beliebig erweiterbar ist.

### Information

Andreas Aigner,  
Grabstätten für Urnen,  
Wandbeschichtungen  
Oberweißburg 112  
5582 St. Michael  
Mobil: 0660/464 80 16  
Mail: [info@a-aigner.com](mailto:info@a-aigner.com)  
Web: [www.a-aigner.com](http://www.a-aigner.com)

E.E.

ÖVGW- Ausbildungsprogramme auf Top-Niveau

## Trinkwasser im Zentrum

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und setzen auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach. Das ÖVGW-Schulungsprogramm hat eine Standardisierung auf bundesweit einheitlich hohem Niveau zum Ziel – dem kommt im sensiblen Bereich der Wasserversorgung besonderer Stellenwert zu.

### Wassermeisterschulungen und Spezialseminare

Unter den auf die Bedürfnisse der Versorger abgestimmten Seminaren sind die Wassermeisterschulun-



Die Kompetenz der ÖVGW ist gefragt.

gen hervorzuheben. Diese bilden die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Ausbildung anerkannte ÖVGW-Wassermeister-Zertifikat. Eben solche Anerkennung finden die Seminare, die das gesamte Spektrum von Technik und Hygiene über Wasserverluste und Leckortung, Sanierung von Wasserbehältern und anderen Bauwerken bis hin zur effizienten Führung eines Wasserversorgungsbetriebes abdecken. Die Schulungsinhalte sind stets auf die aktuellen Praxisanforderungen abgestimmt.

### Symposien und Kongresse

Die von der ÖVGW organisierten Symposien, Tagungen und Kongresse sind ein weiterer Beitrag, um im Fachbereich up to date zu bleiben. Sie bilden exzellente Rahmenbedingungen für Erfahrungsaustausch und Diskussion.

Ein weiterer Pluspunkt: Bei allen Schulungen und Veranstaltungen gelten reduzierte Teilnehmergebühren für ÖVGW-Mitglieder!

### Information

ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

Tel.: **01/513 15 88**  
E-Mail: [office@ovgw.at](mailto:office@ovgw.at)  
Web.: [www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

E.E.



Investitionen in die Zukunft mit der Erste Group Immorent

# Neuer Kindergarten für Gemeinde Mauerbach

Gemeinden sind immer wieder mit der Notwendigkeit des Neubaus oder der Sanierung öffentlicher Gebäude konfrontiert. Oftmals verfügt die öffentliche Hand aber nicht über die Ressourcen, um die Bauprojekte selbst abzuwickeln. Als privater Partner unterstützt die Erste Group Immorent Gemeinden durch ihr bewährtes All-inclusive-Service.



Die Fertigstellung des Kindergartens ist für Jänner 2012 geplant.

Die Entwicklung und Realisierung von Immobilien- und Infrastrukturprojekten gehört zu den Spezialgebieten der Erste Group Immorent. Das Unternehmen bietet alle Finanzierungslösungen und Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette für Gewerbe-, Wohn- und Gemeindeimmobilien aus einer Hand: Immobilien- und Mobilienleasing, Investment, Projektentwicklung, Baudienstleistungen und Infrastrukturfinanzierungen. Durch jahrelange Erfahrung und umfassendes Know-how, das bei der Realisierung von über 10.000 Immobilienprojekten generiert werden konnte, verfügt die Erste Group Immorent über die nötige Kompetenz, Bauvorhaben aus ganzheitlicher Sicht zu konzipieren und umzusetzen. Diese umfassende Kompetenz machte sich kürzlich auch die Gemeinde

Mauerbach beim Bau ihres neuen Kindergartens zunutze.

## Projektmanagement vom Profi

Zur Realisierung des Bauvorhabens musste zunächst das mit der Schlossparkhalle verbundene Restaurant abgebrochen werden. An diesen Bestand, beziehungsweise aufgesetzt auf den vorhandenen Keller, sollte der neue Kindergarten bei laufendem Betrieb der Schlossparkhalle errichtet werden. Bei diesem anspruchsvollen Projekt beauftragte die Gemeinde die Erste Group Immorent mit Projektmanagement und Planungsleistungen. Zunächst kümmerte sich der Immobilienprofi um die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs, aus dem das ZT-Büro Taumberger.Laimer Architekten als Sieger hervor-

ging. Darüber hinaus übernahm die Erste Group Immorent die gesamte Führung des Bauvorhabens inklusive Aufbau- und Ablauforganisation, Vertragsgestaltung, Termin- und Kostensteuerung und -kontrolle, baukaufmännische Aufgaben und Dokumentation. Neben der Funktion des Projektmanagers wurde die Erste Group Immorent mit den ergänzenden Generalplanungsleistungen betraut. Somit hat die Gemeinde vom Entwurf bis zur schlüsselfertigen Übergabe des Objekts einen zentralen Ansprechpartner in Sachen Planung und Bauüberwachung und kann darüber hinaus sicher sein, dass das Projekt im Zeit- und Budgetplan umgesetzt wird.

## Gesteigerte Betreuungsqualität

Nach nur fünf Monaten Bauzeit konnte der Rohbau im August dieses Jahres fertiggestellt werden. Bürgermeister Gottfried Jelinek zeigte sich bei der traditionellen Gleichfeier ebenso begeistert von dem modernen, weitläufigen und zweckmäßigen Gebäude wie die Kindergartenleitung. Die Gemeinde nutzte die Gelegenheit, um sich persönlich vom Baufortschritt zu überzeugen und den Handwerkern bei einem kleinen Umtrunk für die erbrachte Leistung zu danken.

## Information

Erste Group Immorent  
Mag. Brigitte Bruckmüller  
Tel.: 05 0100-27261  
E-Mail:

[brigitte.bruckmueller@immorent.com](mailto:brigitte.bruckmueller@immorent.com)  
[www.erstegroupimmorent.at](http://www.erstegroupimmorent.at)

## Zuschlag für Stangl Kommunaltechnik Salzburgring erhält neuen Hako Citymaster 2000

Nach dem kürzlich fertiggestellten Neubau des Fahrerlagers wurde auch der Austausch des bisherigen Kehr-Lkw aktuell. Stangl wurde zu ausgiebigen Tests am Salzburgring eingeladen, unter anderem während einer Motorsport-Veranstaltung im Juli. Außerdem besuchte das Management des Rings auch den neu gebauten „Red Bull Ring“ in Spielberg und erkundigte sich dort



genau nach der im Mai dieses Jahres übergebenen Citymaster Kehrmaschine von Stangl. Das positive Feedback der Red-Bull-Betreiber in Spielberg sowie Leistungsfähigkeit und hoher Bedienkomfort der Kehrmaschine haben schließlich auch am Salzburgring den Ausschlag für die Hako Citymaster 2000 von Stangl gegeben. Die Maschine verfügt über ein robustes und leistungsfähiges Frontkehraggregat mit 3 Besen – der dritte Frontkehrbesen ist in alle Richtungen schwenkbar. Der 100PS 2.0 Liter VW-Motor arbeitet extrem treibstoffsparend und ist nach der neuesten Euro 5-Abgasnorm und dem strengen EEV Abgasstandard zugelassen, ein aktiver, wartungsfreier Rußpartikelfilter sorgt zusätzlich für möglichst saubere Abluft. Die Hako Citymaster 2000 ist außerdem nach der Feinstaubrichtlinie PM10 zertifiziert.

### Information

Stangl Kommunaltechnik  
Gewerbegebiet Süd 1  
5204 Straßwalchen  
[info@kommunalmaschinen.at](mailto:info@kommunalmaschinen.at)  
[www.kommunalmaschinen.at](http://www.kommunalmaschinen.at)

E.E.

Kompetenter Partner für Ihr individuelles Bauvorhaben

## HARTL HAUS OBJEKTBAU

HARTL HAUS Objektbau ist der verlässliche Partner für Großprojekte – sowohl für den kommunalen Objektbau, für Bauträger, Siedlungsgenossenschaften als auch in Zusammenarbeit mit Architekten. Die hohe Qualität der Arbeit, die langjährige Erfahrung und die Kompetenz im Fertighausbau garantieren die perfekte Umsetzung des Projektes. Die Vielzahl der Projekte, die erfolgreich von der individuellen Planung bis zur Schlüsselübergabe betreut wurden, zeugen von Verantwortung, dem Qualitätsverständnis und der Termintreue, die man vom HARTL HAUS Objektbau erwarten darf.

**Versprochen – gehalten.**  
Nach diesem Motto wird bei HARTL HAUS alles ter-

mingerecht und in bester Qualität umgesetzt. Darauf kann man zählen.



Wohnhausanlage in Krems.

HARTL HAUS Objektbau garantiert Topqualität, zum Fixpreis und in kürzestmöglicher Zeit.

### Information

HARTL HAUS  
Holzindustrie GmbH  
Haimschlag 30  
3903 Echsenbach  
[www.hartlhaus.at](http://www.hartlhaus.at)

E.E.

**KOMMUNALLEASING**

**WIR UNTERSTÜTZEN  
ÖSTERREICHS GEMEINDEN.  
UND SIE PROFITIEREN DAVON.**

**Kommunalleasing**  
Infos unter: 0810 20 52 51

[www.leasing.at](http://www.leasing.at)

Die HYPO NOE Gruppe analysiert Gemeindefinanzen und bietet neue Lösungen

# Sonderaktion für innovative Infrastrukturprojekte

Die HYPO NOE Gruppe hat eine Sonderaktion gestartet, um Gemeinden auch in der derzeit angespannten Lage die Möglichkeit zu geben, wichtige Infrastrukturprojekte umzusetzen. Wolfgang Viehauser, Stv. Vorstand und Leiter Public Finance der HYPO NOE Gruppe, erläutert im Interview mit KOMMUNAL die Details.

**Wir erleben nahezu täglich immer neue Herausforderungen durch die angespannte Situation auf den Finanzmärkten, insbesondere im Euro-Raum. Wie schätzen Sie die Lage aus Bankensicht ein?**

**Wolfgang Viehauser:** Aus meiner Sicht ist ein langfristiger, nachhaltiger Umgang mit der Staatsschuldenkrise erforderlich. Finanzierungshilfen allein werden sicher nicht ausreichen; konkrete Prognosen zu treffen, wäre jedoch aufgrund der sich nahezu stündlich ändernden Lage reines „Kaffeesudlesen“.

**Welche Auswirkungen kann die Krise im Euroraum auf die Finanzhaushalte der Gemeinden haben?**



Wolfgang Viehauser, Stv. Vorstand und Leiter Public Finance der HYPO NOE Gruppe.

Die Einnahmensituation der Gemeinden ist alles andere als einfach, dazu kommen nicht steuerbare Ausgaben, die von den Ländern und vom Bund auf die Gemeinden überwältigt werden.

Ausgehend von einer kostengünstigen Analyse schauen wir uns gemeinsam mit der Gemeinde an, ob das Projekt auch nachhaltig sinnvoll ist.

Wolfgang Viehauser

Aber: Jede Krise ist ein „Qualitätsfilter“, und durch das niedrige Zinsniveau sind Finanzierungen derzeit sehr attraktiv. Wichtige Investitionen müssen nun den Vorzug erhalten. Gute und unaufschiebbare Projekte sollten oft gerade jetzt angegangen werden.

**Wie kann hier eine Bank einer Kommune unter die Arme greifen?**

Österreichs Gemeinden sind durchwegs variabel finanziert. Das ist in einem Niedrigzinsumfeld nachvollziehbar, man sollte sich jedoch am internationalen Standard – rund 60 Prozent der Portfolios sind fix finanziert – orientieren. Gute Alternativen sind Caps, quasi Versicherungen gegen steigende Zinsen, oder einfache Zinsswaps.

**Vor kurzem hat die HYPO NOE Gruppe eine „Finanzierungs-sonderaktion“ gestartet. Warum?**

Mit unserer Sonderaktion wollen wir innovative Infrastrukturprojekte unterstützen. Ausgehend von einer kostengünstigen Analyse schauen wir uns gemeinsam mit der Gemeinde an, ob das Projekt auch nachhaltig sinnvoll ist. Begleitet von einer fachlich fundierten Beratung bieten wir dann Kredite zu attraktiven Konditionen an. Unser Motto: „Alles aus einer Hand für den öffentlichen Hochbau.“

**Was sind die Hintergründe für dieses Angebot?**

Wir kommen damit unserer regionalen Verantwortung nach und wollen ganz klare Impulse setzen. Wichtig bei Vergaben ist die Tatsache, dass ein Großteil der Wirtschaftsleistung in der Region gehalten werden kann.

**Welche Vorteile haben die Gemeinden dadurch?**

Oft fehlt den Kommunen ein guter „Sparringpartner“ als objektiver Dritter. Wir liefern eine unabhängige Analyse und erarbeiten Verbesserungsvorschläge auf Augenhöhe. Die Bandbreite an Projekten kann vielfältig sein – vom Aus- bzw. Umbau einer bestehenden Sporthalle über den Neubau von Kindergärten und Schulen bis hin zur Errichtung eines Pflegeheimes.

**Welche Voraussetzungen müssen seitens der Kommunen erfüllt werden? Wie sieht der Ablauf aus?**

Wir wollen diese Aktion ganz bewusst unbürokratisch und unkompliziert handhaben. Interessierte Gemeinden mit einer Projektidee im Hinterkopf können unverbindlich bis spätestens 31. März 2012 mit unserem Public Finance-Experten in Kontakt treten: Dr. Christian Koch / (05) 90910-1245 oder [christian.koch@hyponoe.at](mailto:christian.koch@hyponoe.at)

## Kolumne: Pitters Kommuntrend

**Die Zweischneidigkeit kommunaler Steuern**

Derzeit vergeht kein Tag, an dem nicht von finanziellen Problemen die Rede ist. Die globale Finanzkrise, der Schlingerkurs des Euro, nationale Sparpakete und die Zunahme von Privatinsolvenzen prägen den medialen Diskurs. Auch die österreichischen Kommunen stöhnen unter immer größerer finanzieller Belastung. Die Gründe hierfür liegen nicht zuletzt im ständig zunehmenden und breit gefächerten Aufgabenspektrum der Gemeinden. Kaum ein Lebensbereich oder -abschnitt kommt ohne kommunale Versorgungs- und Dienstleistung aus. Es bedarf daher dringender Überlegungen, wie die finanzielle Schiefelage wieder in den Griff zu bekommen ist. Dabei ist es



Transparenz ist das höchste steuerpolitische Gut.

gängige Praxis, dass öffentliche Körperschaften versuchen, zunächst einmal einnahmenseitig eine Lösung zu finden. Auf Österreichisch heißt das

neue Steuern und der aktuelle Pitters-KOMMUNALTrend ist dieser Frage nachgegangen. „Unsere Gemeinde sollte zusätzlich eigene Steuern einheben können“, wird von 58% der kommunalen Entscheidungsträger bejaht, 42% der Befragten verneinen dies. Das vordergründig unerwartete und ambivalente Ergebnis lässt sich bei genauer Betrachtung folgendermaßen interpretieren: Einerseits würden zusätzliche Steuern zwar Einnahmen bringen, die allerdings mit weiterem Verwaltungsaufwand verbunden wären. Demgegenüber steht ande-

rerseits eine hochgradig sensibilisierte Bevölkerung, die permanent mit neuen Belastungen konfrontiert wird. Unabhängig von der formalen Ausgestaltung solcher neuen kommunalen Abgaben müsste jedenfalls eine inhaltliche Zweckwidmung auf Gemeindebasis erfolgen. Laut

Experten ist Transparenz das höchste steuerpolitische Gut. Nur die sichtbare Verwendung dieser Mittel in Kombination mit unumgänglichen Strukturmaßnahmen schafft Vertrauen und würde von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert.



Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher. E-Mail: [office@pitters.at](mailto:office@pitters.at) [www.pitters.at](http://www.pitters.at)

## WIR VERMIETEN LÖSUNGEN



## MÄNNER AM TRESEN REDEN IMMER NUR ÜBER DAS EINE.

Stimmt. Über die professionelle Mietlösung für den nächsten Job. Und das Tag für Tag in ganz Österreich. Bei über 42.000 Maschinen und Geräten gibt es ja auch jede Menge Gesprächsstoff. Und „mann“ bekommt genau das, was gerade gebraucht wird.

[www.mvs-zeppelin.at](http://www.mvs-zeppelin.at)

**0800-1805 8888**

(kostenfrei anrufen)



**MVS ZEPPELIN**



## Kolumne

Kooperationsmodelle zahlen sich vor allem für Gemeinden aus

## Mittel- und langfristige Planung von Vorteil

Die immer knapperen Budgetmittel in öffentlichen Haushalten zwingen die Kommunen zu immer drastischeren Maßnahmen. Es ist ein Gebot der Stunde, nicht nur Einmalaktionen zu setzen. In Zukunft werden jene Körperschaften erfolgreich sein, die sich ganz grundsätzlich und langfristig damit auseinandersetzen, welche Leistungen sie noch selbst erbringen können und welche sie sich nicht mehr leisten wollen.

Da aber fast alle Leistungen ihre Berechtigung haben, sind innovative Kooperationskonzepte gefragt. Die Kommunen müssen sich die Frage stellen, welche Leis-

tungen sie selbst erbringen und mit welchen sie einen Dritten beauftragen.

**Immer wesentlicher wird Kooperation bei laufenden (Dienst-)Leistungen.**

*Zur Hebung der Reserven müssen zunächst alle Leistungen analysiert und die damit in Zusammenhang stehenden Kosten erhoben werden.*

Bei Infrastrukturinvestitionen sind die PPP-Modelle diesem Gedanken bereits gefolgt. Diese Modelle sind jedoch erfahrungsgemäß nur für maximal 20 Prozent der Anschaffungen von Vorteil

für die öffentliche Hand. Neu und immer wesentlicher wird Kooperation bei laufenden (Dienst-)Leistungen. Zur Hebung der Reserven in diesem Bereich müssen zunächst systematisch alle Leistungen einer Kommune analysiert und die damit in Zusammenhang stehenden Kosten erhoben werden. Der wichtige Schritt: die Entscheidung darf nicht auf kurz-, sondern muss auf mittel- und langfristig fundierter Planung aufbauen. Die Arbeitsteilung kann sich zwischen Öffentlich und Privat, aber auch zwischen zwei öffentlichen Stellen als vorteilhaft herausstellen.

Eines ist gewiss: Das Leis-

tungsspektrum der Kommunen und die Art der Erbringung werden sich in den nächsten Jahren deutlich verändern.

### Information & Kontakt

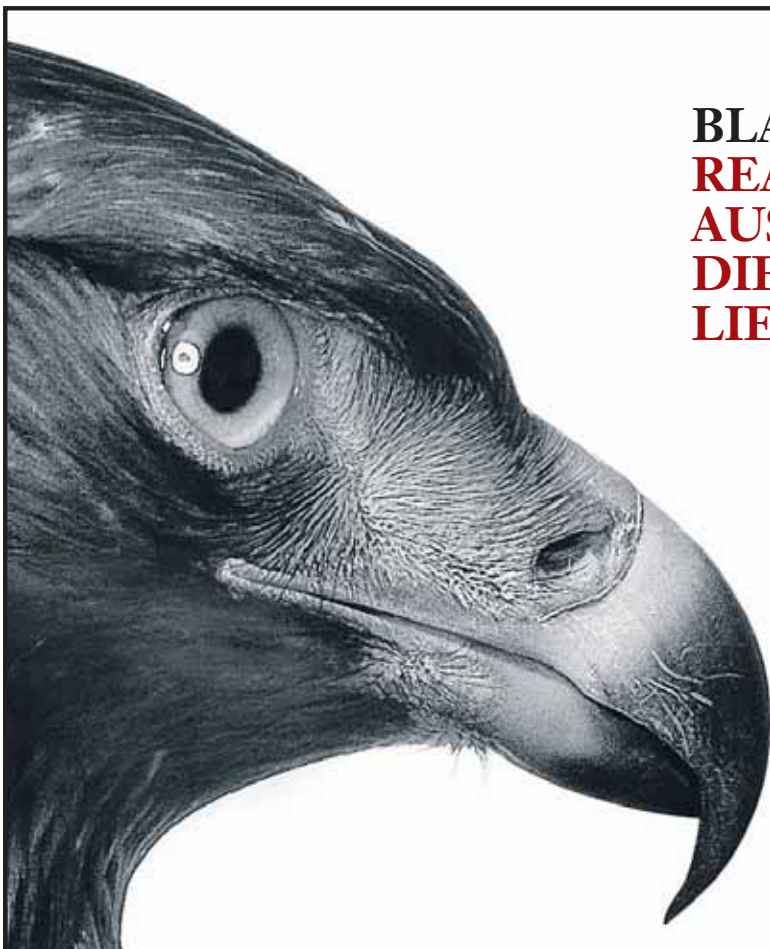


Miklós Révay,  
Leiter Öffentlicher  
Sektor, PwC Österreich

Erdbergstraße 200  
1030 Wien  
Tel.: 01/501 88 2920

[miklos.revay@at.pwc.com](mailto:miklos.revay@at.pwc.com)  
[www.pwc.at](http://www.pwc.at)

E.E.



**BLAHA INSTINCT®  
REAKTIONSSCHNELL.  
AUS DER REGION FÜR  
DIE REGION. 9 TAGE  
LIEFERZEIT.**

[www.blaha.co.at](http://www.blaha.co.at)

**blaha**  
OFFICE

Paketmarke, Aviso-SMS und alternative Empfangsorte

## Die Post wird komfortabler

Der Versand und Empfang von Paketen soll noch einfacher und schneller werden. Dieses Ziel hat sich die Österreichische Post AG gesetzt und dafür gleich mehrere komfortable Lösungen entwickelt:

### Die Paketmarke

Wie die Briefmarke für den Brief gibt es nun auch eine Wertmarke für die Paketbeförderung. Einfach im Internet von daheim auszudrucken, kann das damit frankierte Paket in der nächsten Postfiliale, beim Post-Partner, aber auch beim Landzusteller oder einer OMV-Tankstelle mit Viva-Shop abgegeben werden. So einfach geht es: Vom fertigen Paket die kürzeste und die längste Seite abmessen und die

Werte addieren. Die Paketmarke gibt es in drei Tarifstufen, die sich nach der Packerl-Größe richten. Neben den günstigen Tarifen kann man das Paket über das Internet nachverfolgen und ist bis 510 Euro versichert. Für die persönliche Note werden ein Bild oder Logo mit wenigen Klicks kostenlos aufgedruckt.



Die Paketmarke komfortabel daheim ausdrucken.

### Das Aviso-SMS

Seit Anfang Oktober werden die ersten Post-Paket-Empfänger in Wien und Linz per SMS oder E-Mail über den Status ihrer Sendung auf dem Laufenden gehalten, wenn sie bei der Bestellung Mobilnummer oder Mail-Adresse bekanntgeben. Die Post benachrichtigt, wenn das Paket vom Zusteller übernommen wird. Künftig soll dieser Service ausgebaut werden: Ist der Empfänger bei der Zustellung nicht daheim, kann man eine individuelle Hinterlegung, etwa bei Nachbarn, vereinbaren.

### Alternative Empfangsorte

Wer untertags nicht zuhause ist, aber schnell seine Sendung erhalten will,



Per SMS und Mail informiert.

hat genügend Möglichkeiten: Von der Hinterlegung am Wunschort bis zur Aufbewahrung in einer Post24-Station. Gerne hinterlegt der Post-Zusteller Sendungen an dem gewünschten Ort. Bequem ist auch die Angabe einer Wunschfiliale, etwa in der Nähe der Arbeit. Übrigens: Alle diese Angebote kann man persönlich in den Post-Geschäftsstellen und ganz bequem auf der Homepage [www.post.at](http://www.post.at) bestellen.

Kennzahlen „Passantenfrequenz“ sind wesentliche Entscheidungsgrundlagen

## Die Frequenzwelle 2012 von Infrapool zeigt's auf

Seit 2000 erhebt Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing in Österreichs Städten und Gemeinden die Passantenfrequenz am bestbesuchten Standort in der Innenstadt. Die Höhe der Passantenfrequenz in Ihrer (Stadt-)Gemeinde bestimmt maßgeblich die Umsätze in den lokalen Betrieben: wo Frequenz vor der Türe ist, können Umsätze erzielt werden.

Unberücksichtigt bleibt jedoch oft, ob das Sortiment in den angesiedelten Geschäften auch den Wünschen der Altersschichten vor der Türe entspricht. Mittels einer Frequenzerhebung nach Alter und Geschlecht können Frequenzströme in Innenstädten genau analysiert werden.

Durch einen attraktiven Wochenmarkt kann eine we-



Die Höhe der Passantenfrequenz bestimmt die Umsätze in den lokalen Betrieben: Wo Frequenz vor der Türe ist, sind Umsätze möglich.

sentliche Steigerung der Wochenfrequenz generiert werden. Viele Frischemärkte ziehen allerdings wegen mangelndem Erlebnischarakter und herkömmlichem Angebot keine junge Zielgruppe, sondern nur mehr Senioren an. Die exakte Mehrfrequenz und Besucherstruktur von Märkten oder sonstigen Veranstaltungen wie zum Beispiel langen

Einkaufsnächten in der Innenstadt kann durch eine Passantenfrequenzerhebung erfasst werden.

### Frequenzwelle 2012

Die Frequenzwelle 2012 von Infrapool bietet Ihnen eine besonders preiswerte Erhebung Ihrer Innenstadtfrequenz und einen Vergleich mit den Daten von

über 100 österreichischen (Stadt-)Gemeinden. Gemessen werden die Passanten mindestens eine Woche lang (Mo.–Fr. 8.00 bis 19.00 Uhr und Sa. 8.00 bis 18.00 Uhr) in Ihrem Wunschzeitraum mit Videokamera, auch eine händische Zählung ist möglich.

### Information

Für individuelle Angebote für Ihre (Stadt-) Gemeinde wenden Sie sich an: Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V.  
Mag. Constanze Schaffner  
Tel.: 0699/19449404  
E-Mail: [marketing@infrapool.com](mailto:marketing@infrapool.com)  
Web: [www.infrapool.com](http://www.infrapool.com)

Finanzierung kommunaler Bauten – die BAWAG P.S.K. bietet Lösungen

# Gemeinsam analysieren und das Beste herausholen

Gerade in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld wird von den Gemeinden erwartet, dass sie die Bautätigkeit fördern. KOMMUNAL sprach mit Mag. Peter Rauscher, BAWAG P.S.K. Vertriebsdirektor für die Öffentliche Hand, woher die Kommunen das Geld dafür nehmen sollen.

**Derzeit wird das Thema „Bauen in der Gemeinde“ von Seiten der In- und verschiedenen anderen Organisationen mit dem Ziel forciert, die Wirtschaft zu animieren. Finanzieren sollen diese Aufträge die Gemeinden. Können Sie den Gemeinden einen Tipp geben, woher die das Geld nehmen könnten?**

**Peter Rauscher:** Österreichs Gemeinden haben verschiedene Möglichkeiten und können unterschiedliche Finanzierungsmodelle für ihre Zwecke nutzen. Hier bietet die BAWAG P.S.K. maßgeschneiderte Lösungen an. Das betrifft vor allem Modelle, die sich durch entsprechende kommunale Einnahmen, z. B. Mieteinnahmen, Nutzungsgewehrgen oder förderwürdige Investitionen, refinanzieren. In diesem Sinne ist es besonders wichtig, sich auch bezüglich

Die BAWAG P.S.K. bietet eine Reihe unterschiedlicher Finanzierungsmöglichkeiten an, die sich an den Rahmenbedingungen der konkreten Bauprojekte orientieren.

Mag. Peter Rauscher, BAWAG P.S.K. Vertriebsdirektor/Öffentliche Hand



möglicher Förderungen, beispielsweise durch die EU, beraten zu lassen.

**Welche verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten beim Thema „Bau“ gibt es von der BAWAG?**

Die BAWAG P.S.K. bietet bezüglich eine Reihe unterschiedlicher Finanzierungsmöglichkeiten an, die sich an den Rahmen-

bedingungen der konkreten Bauprojekte orientieren. Ich denke dabei beispielsweise an den klassischen Kredit, eine maßgeschneiderte Leasingfinanzierung, zielgerichtete Projektfinanzierungen oder auch Private Public Partnerships – also eine Finanzierungs-Kooperation zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand.

**Die thermischen Sanierungen fallen teils unter die Kategorie „Bauen“, teils unter „Energieoptimierung“. Unter welchem Titel gibt es eher Geld, wenn diese Frage erlaubt ist?**

Trotz theoretischer Unterschiede werden diese beiden Projektkomplexe hinsichtlich der Finanzierung sehr ähnlich behandelt. Grundsätzlich ist es erforderlich, die Projekte individuell

zu bewerten und mit den jeweiligen Förderbestimmungen abzugleichen, um für alle Seiten optimale Lösungen zu finden. Schließlich liegt es im Interesse der Allgemeinheit,

dass solche Arbeiten durchgeführt werden.

**Sanierungen über thermische Sanierung hinaus sind ebenfalls ein Thema – Stichwort „Belebung der Ortszentren“. Es geht dabei aber oft um mehr als die Sanierung eines Hauses. Hat die BAWAG ein Angebot zur eher großflächigen Sanierung für die Gemeinden?**

In dem Moment, wo strukturelle Projekte in Angriff genommen werden, arbeiten wir eng mit den Planern und ausführenden Baurägern zusammen – es handelt sich dabei stets um maßgeschneiderte Lösungen. Gemeinsam erarbeiten wir ein Konzept, das alle Details wie z. B. den ef-



Fotos: Nikolaus Formanek

Peter Rauscher: „In dem Moment, wo strukturelle Projekte in Angriff genommen werden, arbeiten wir eng mit den Planern und ausführenden Baurägern zusammen.“

fizienten Einsatz von Energie berücksichtigt. Auf diese Weise kann eine Reihe von Förderungen vom Land, vom Bund oder der EU nutzbar gemacht werden. Unser konkretes Angebot lautet also, gemeinsam das jeweilige Projekt sehr genau zu analysieren, um das Beste für die Gemeinde und ihre Bürger herauszuholen.

**Zum Schluss eher Allgemeines: Geben Sie ein Statement zu den Wirtschaftsprognosen ab, die alle eher pessimistisch lauten?**

Die Situation ist im Moment generell sehr wechselhaft – sowohl für die Weltwirtschaft als auch für Staatshaushalte. Das bedeutet, dass die Kommunen derzeit in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld agieren. Unsere Aufgabe ist es, in diesem wechselhaften Umfeld ein starker Partner zu sein, auf den man sich in jeder Situation verlassen kann.

Ein Preisvergleich zahlt sich aus – auch bei den Strom- und Gaspreisen

# Wenige Minuten für ganz viele Einsparmöglichkeiten

Seit Oktober 2011 kann sich jeder Stromkunde und seit Oktober 2002 auch jeder Gaskunde aussuchen, von wem er seinen Strom bzw. sein Gas beziehen möchte und ist nicht mehr auf das angestammte Unternehmen angewiesen. So müssen die Konsumenten nicht mehr jede Preiserhöhung des Energieunternehmens einfach hinnehmen.

Gerade jetzt, wo die Gaspreise erhöht wurden bzw. wo weitere Gaspreiserhöhungen bereits angekündigt sind, sind einfache Einsparmöglichkeiten, die eine deutliche Entlastung für den Geldbeutel bringen können, sehr willkommen. Derzeit sind bei einem Wechsel des Strom- und Gaslieferanten rund 270 Euro an jährlicher Ersparnis möglich! Und ein Wechsel zu einem neuen Energieversorger ist einfach, unkompliziert und vor allem kostenlos.

## Ihr Geldbeutel wird es Ihnen danken

Mit dem Tarifkalkulator der E-Control unter [www.e-control.at](http://www.e-control.at) kann man sich den günstigsten Stromlieferanten oder Gasversorger sehr einfach ausrechnen. Man braucht lediglich zwei Daten – Postleitzahl und Jahresstrom- bzw. -gasverbrauch – zur Ermittlung des günstigsten Anbieters. Diese Daten gibt man in den Tarifkalkulator ein und man bekommt eine Liste mit allen verfügbaren Lieferanten, gereiht vom günstigsten bis zum teuersten. Für all jene, die über keinen Internetzugang verfügen, stehen die Mitarbeiter der E-Control gerne an der Energie-Hotline unter 0810 10 25 54 (zum Tarif von 0,044 Euro/Minute) zur Verfügung. Sobald man sich für einen Lieferanten entschieden hat, muss nur noch der Vertrag des neuen Lieferan-

## Wer Bescheid weiß, ist im Vorteil

1. Suchen Sie sich Ihre Jahresabrechnung
2. Klicken Sie auf [www.e-control.at](http://www.e-control.at) (Tarifkalkulator)
3. Geben Sie Ihren Jahresverbrauch und Postleitzahl ein

► **Der Tarifkalkulator der E-Control errechnet Ihnen in Sekundenschnelle den für Sie günstigsten Lieferanten**

ten unterschrieben und diesem zugeschickt werden. Der neue Lieferant kündigt den alten Liefervertrag und regelt mit dem Netzbetreiber den Wechsel – der Kunde muss sich um keinerlei Formalitäten kümmern. Um Geld zu sparen, bietet die E-Control als Unterstützung ein weiteres objektives Online-Tool an. Mit dem Energiespar-Check ([www.e-control.at/energiespar-check](http://www.e-control.at/energiespar-check)) können sich Verbraucher einen Überblick über den eigenen Energieverbrauch verschaffen und dabei zugleich herausfinden, wo sich wieviel einsparen ließe. Dabei werden alle Bereiche eines Privathaushaltes betrachtet, also der Stromverbrauch, der Energieaufwand für Wärme und der Verbrauch für Mobilität beim Autofahren.

## Sparen auch beim Sprit

Ein neuer Service steht seit kurzem auch Autofahrern zur Verfü-

gung. Der Spritpreisrechner, der auf Initiative des Wirtschaftsministers von der E-Control umgesetzt wurde, ist ein sehr einfach zu bedienendes Tool, das den Autofahrern ein Vergleichen der Spritpreise erleichtert. Unter [www.spritpreisrechner.at](http://www.spritpreisrechner.at) können sich Verbraucher zu einem bestimmten Standort die nächstgelegenen zehn Tankstellen mit den Preisen der billigsten fünf anzeigen lassen. Darüber hinaus sind auch Daten über die Öffnungszeiten, die Betriebsform und das Shopangebot der Tankstellen jederzeit abrufbar. Seit Kurzem gibt es den Spritpreisrechner auch als Web-App für Smartphones, um auch unterwegs den optimierten Zugriff auf die Spritpreisdatenbank zu ermöglichen.



## Information

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
A-1010 Wien  
Tel.: +43 1 24724-0  
Fax: +43 1 24724-900  
E-Mail: [office@e-control.at](mailto:office@e-control.at)  
Web: [www.e-control.at](http://www.e-control.at)

### Energiehotline:

Tel.: 0810 10 25 54  
(Tarif 0,044 Euro/Minute)

### Tarifkalkulator:

[www.e-control.at](http://www.e-control.at)

### Energiespar-Check:

[www.e-control.at/](http://www.e-control.at/)

[energiespar-check](http://www.e-control.at/energiespar-check)

### Spritpreisrechner:

[www.spritpreisrechner.at](http://www.spritpreisrechner.at)





DER professionelle Online-Briefservice

## webpost – Klick und weg

Noch nie war es für Unternehmen so einfach, beim Briefversand Geld zu sparen, etwa durch Reduzierung der Prozesskosten. Was Sie dafür tun müssen, erläutert Anton Kosar, Geschäftsführer der Francotyp-Postalia GmbH:

### Herr Kosar, was versteht Francotyp-Postalia (FP) unter Hybridmail?

**Anton Kosar:** Hybridmail bedeutet allgemein, dass der Versand von Post vereinfacht und automatisiert wird. Bei nach wie vor physischer Zustellung übernimmt die elektronische Verarbeitung wesentliche Aufgaben, die dazu führen, dass der Versender sich nur noch auf die Erstellung seiner Dokumente konzentrieren muss. Die technische Umsetzung, wie Druck, kuvertieren, frankieren übernimmt FP.

### Wie sicher sind die Daten des Anwenders?

Wir haben für unsere webpost-Dienste ein eigenes Datenformat entwickelt, das direkt nach dem Erstellen des Dokuments durch den Benutzer die Daten verarbeitet und mehrfach verschlüsselt, so dass sie nur von unserer Verarbeitung interpretierbar sind. Die Datenübertragung selbst erfolgt nach höchsten Sicherheitsstandards.

### Kann sich der Sachbearbeiter über den jeweiligen Status informieren, wenn er wissen möchte, wo sich sein Brief gerade befindet?

Ja, da wir eine einzelschrittbezogene Prozesssteuerung einsetzen, kön-

nen wir aktuelle Prozessdaten zur Verfügung stellen.

### Mit welchen Investitionen muss man rechnen, wenn man die Hybridmail-Lösung einsetzen will?

Unser Grundsatz ist, so wenig Anforderungen an den Kunden zu stellen wie möglich. Dies gilt auch für die Kostenseite. Unser FP-webpost Druckertreiber ist kostenlos installierbar.

### Zu guter Letzt: das System ist nicht das einzige dieser Art auf dem Markt, was kann FP-webpost, was vergleichbare Anwendungen nicht können?

Der Kunde bekommt von der Software über den Druck bis zur Übergabe an die Post AG alles aus einer Hand. Sensible Kundendaten bleiben über den gesamten Prozess allein in unserer Hand und kein Dritter bekommt sie zu sehen. Probieren Sie es aus, wir scheuen keinen Vergleich. Unter [www.fpwebpost.at](http://www.fpwebpost.at) steht auch ein Testguthaben zur Verfügung.

## Information

„webpost“ ist ein professioneller Online-Briefservice, der den Versand von Geschäftsbriefen billiger und effizienter macht. Sie können diesen Service benutzen, in dem Sie sich einfach den Druckertreiber herunterladen, dann melden Sie Ihren Account an und Sie sind bereit für webpost. Sie können Ihre Post von jeder Microsoftversion verschicken. Nähere Informationen und fünf Euro Testguthaben auf [www.fp-webpost.at](http://www.fp-webpost.at)

E.E.

## Atlas Copco – XAS 27 Kleine Größe – große Leistung



- 2 Jahre Garantie\*
- universell einsetzbar
- kompakt
- wendig
- leistungsstark
- lange Serviceintervalle

### Einführungsaktion

€ 6.490,-\*\*

inkl. Schlauchtrommel +  
Hammer TEX 05 mit Meißel  
Pumpe Weda 10 N  
kostenlos!



### Atlas Copco GmbH

Kompressoren & Drucklufttechnik

Tel. 01/ 76 012 240

[www.atlascopco.at](http://www.atlascopco.at)

*Atlas Copco*

\* max. 2000 Betriebsstunden, \*\* solange der Vorrat reicht

# SMMEE

Mit der Verbreitung von sozialen Medien, insbesondere sozialen Netzwerken wie Facebook, Google+ oder Twitter, werden die erhöhte Kommunikations- und Organisationsfähigkeit der Gesellschaft und insbesondere der Gemeinden diskutiert. Vom Einsatz im Katastrophenfall über Anliegenmanagement bis hin zu politischen Bewegungen reicht die Bandbreite der Möglichkeiten. KOMMUNAL startet eine Serie über „Soziale Medien im öffentlichen Bereich – Potenzial vs. Kontrolle“.

Peter Parycek, Judith Schossböck

Allem Enthusiasmus zum Trotz wirft die steigende Vernetzung der Gesellschaft auch viele Fragen und offene Probleme auf –

insbesondere an den Grenzen von Privat und Öffentlichkeit. Soziale Netzwerke werden mehr und mehr zu einem zentralen Aufenthaltsort im Netz und sind längst nicht mehr als Nischen-

phänomen zu betrachten. Als semi-öffentlicher Raum bieten sie eine Möglichkeit, Verbindungen auch zu loseren Kontakten aufrecht zu erhalten. Die Bekanntschaften auf den Plattformen werden dabei häufig „friends“ beziehungsweise „Freundin oder Freund“ genannt – was bei vielen Erstnutzern häufig für Verwirrung sorgt, da es auf den ersten Blick nicht dem Vertrauensverhältnis entspricht, den sich viele unter dem Begriff „Freundschaft“ vorstellen. Der sehr offene Umgang vieler Menschen in Netzwerken wird unterschied-



lich bewertet: Während die einen eine gefährliche Offenlegung der Privatsphäre befürchten, postulieren die anderen bereits einen Paradigmenwechsel in Richtung einer Gesellschaft ohne Privatsphäre. Andere diskutieren die Begünstigung von demokratischen beziehungsweise basisdemokratischen Elementen, beispielsweise im Zusammenhang mit den technologiegestützten Revolutionen in der arabischen Welt (Arabischer Frühling).

In jedem Fall ist eine Auseinandersetzung mit Strategien, Ge-

fahren und Potenzialen von sozialen Netzwerken notwendig – sowohl im privaten als auch öffentlichen Bereich. Und sie findet auch mehr und mehr in den Amtsstuben beziehungsweise jenen Bereichen statt, in denen

Eine Auseinandersetzung mit Strategien, Gefahren und Potenzialen von sozialen Netzwerken ist in jedem Fall notwendig – und sie findet auch mehr und mehr in den Amtsstuben auch der Gemeinden statt, in denen man sie noch vor einem Jahr eher nicht vermutet hätte.

man sie noch vor einem Jahr eher nicht vermutet hätte.

### Wie die Politik reagiert

Auf Ebene der Politik und Verwaltung versucht man an die veränderten Kommunikationsbedingungen vor allem mit Konzepten wie „Government 2.0“ anzudocken. Allgemein handelt es sich um das Zurverfügungstellen von Informationen und Daten der Regierung und Verwaltung (zum Beispiel beim Open Data-Konzept) oder die Einbeziehung von BürgerInnen

in demokratische Entscheidungsprozesse. Dies kann durch die neuen technologischen Werkzeuge beschleunigt werden und wird in vielen Bereichen aber gerade erst dadurch ermöglicht.

Bei der Nutzung von social media-Angeboten handelt es sich mittlerweile auch um ein persönliches Bedürfnis immer größerer werdender Bevölkerungsteile. Für Institutionen gilt es hier, eine adäquate Antwort zu finden, wenn Bürger und Bürgerinnen social media-Umgebungen auch bei Staat und Verwaltung sehen wollen. Potenziale liegen vor allem in der engeren Zusammenarbeit zwischen Staat, NGOs und Zivilbevölkerung – wie etwa im Bereich Open Data.

### Vorreiter ist wieder der „kommunale Bereich“

Was die Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse betrifft, gibt es insbesondere im kommunalen Bereich vielversprechende Ansätze zur Mitbestimmung und gemeinsamen Entscheidungsfindung über offene Modelle. Gerade ein offener Informationsfluss und die freie Verfügbarkeit von Informationen fördern innovative Entwicklungen. Denn digitale Netzwerke und Technologien unterstützen eine Kultur des Teilens und Wiederverwertens – sie werten den/die Benutzer/in auf und verringern Kommunikati-

Für den öffentlichen Bereich zeigen sich auch Risiken und Hürden: Unter anderem fehlen in den meisten Fällen klare Konzepte und Handlungsleitfäden.

onshierarchien. Das Wissen der Bevölkerung könnte damit in vielen Bereichen sichtbar gemacht und in Entscheidungsprozesse integriert werden. In Österreich wird insbesondere an der Umsetzung von offenen Daten im Umfeld von Regierung und Verwaltung gearbeitet (siehe zum Beispiel das Open Data-Portal der Stadt Wien). Es scheint, als hätte die Rolle des Staates als Informationshü-



Fotos: iStock

Bei der Nutzung von social media-Angeboten handelt es sich mittlerweile auch um ein persönliches Bedürfnis immer größerer werdender Bevölkerungsteile. Für Institutionen gilt es hier, eine adäquate Antwort zu finden, wenn Bürger und Bürgerinnen social media-Umgebungen auch bei Staat und Verwaltung sehen wollen.

ter, der Daten nur an spezielle Interessensgruppen verkauft, mittlerweile ausgedient. Vielmehr werden für die Verwaltung der Zukunft Strategien für mehr Offenheit und Zusammenarbeit in Gesellschaft und Wirtschaft relevant. Dass diese Offenheit auch vor der Mitgestaltung von hoheitlichen Verfahren und Verfassungen nicht halt machen muss, zeigen Beispiele wie das US-amerikanische Patentverfahren ([peertopatent.org](http://peertopatent.org)) oder das Projekt der isländischen Verfassung, bei welchem die Islände-

rInnen mit Hilfe von social media-Plattformen aktiv mitgeschrieben haben.

Für den öffentlichen Bereich zeigen sich

natürlich auch Risiken und Hürden der neuen Kommunikations- und Zusammenarbeits-Kultur. Zum einen vermischen sich die Rollen von Privat und Öffentlichkeit – klare Konzepte und Handlungsleitfäden fehlen in den meisten Fällen. Entweder, die Beteiligung an sozialen Netzwerken von Seiten der Verwaltung wird gänzlich verboten oder aber nicht von offizieller Seite dazu Stellung bezogen.

Viele Gemeinden arbeiten aber bereits an eigenen Leitfäden zur Nutzung von sozialen Netzwerken für ihre MitarbeiterInnen bzw. beteiligen sich aktiv an der Diskussion um Open Data oder Government 2.0. Das Web 2.0 alleine führt jedoch nicht zu Veränderungsprozessen, vielmehr braucht es EntscheiderInnen, die ein erforderliches Change Management unterstützen. Denn die hierarchische Organisationsstruktur in Verwaltungen widerspricht den offenen Kommunikationsstrukturen des social web. Angesichts der demografischen Entwicklung innerhalb der Verwaltung werden modernes Wissensmanagement und neue Kommunikationsformen



Dr. Peter Parycek, MSc ist Leiter des Zentrums für E-Government der Donau-Uni Krems und Projektleiter von E-Government-Projekten der Sektion I, BKA



Judith Schosböck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für E-Government der Donau-Uni Krems

jedoch zu einem wichtigen Bestandteil für die Sicherstellung der Kernaufgaben und Know-how-Sicherung. Unverzichtbar ist daher auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie das kreative Potenzial der neuen Generation genutzt werden kann, ohne bestimmte Kontrollmöglichkeiten gleich zu Gänze aufzugeben, oder ob das eine vielmehr das andere ausschließt. Mag. Michael Sachs, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für E-Governance, Donau-Universität Krems, brachte die momentane Situation auf den Punkt: „Künftige Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen verwenden bereits heute intensiv soziale Medien und lösen damit einen Paradigmenwechsel aus, der die vernetzte Gesellschaft propagiert. Dadurch gilt es auch von Seiten der Verwaltung neue Kommunikationsmittel und -muster zu berücksichtigen und für den Staat nutzbar zu machen.“

Wie geht Ihre Gemeinde mit dem Thema „social media“ um? Schreiben Sie uns und stellen Ihre Lösung einem großen Publikum vor:  
[leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

## Weitere Literatur

- ▶ Di Maio, A. (2011): Governments must become smart so survive and be smart to get there. [http://blogs.gartner.com/andrea\\_dimaio/2011/06/21/governments-must-become-smart-to-survive-and-be-smart-to-get-there/](http://blogs.gartner.com/andrea_dimaio/2011/06/21/governments-must-become-smart-to-survive-and-be-smart-to-get-there/) (Zugriff: 05.11.2011).
- ▶ Müller, P. (2010): Offene Staatskunst. In: Internet und Gesellschaft Co:laboratory: „Offene Staatskunst“. Bessere Politik durch „Open Government“? Abschlussbericht Oktober 2010, 11-27. <http://www.collaboratory.de/open-government/abschlussbericht.2> (Zugriff 05.11.2011).
- ▶ Parycek, P., Sachs, M. (2010): Open Government. Information Flow in Web 2.0. In: European Journal of ePractice, No. 9, March 2010. [http://www.epractice.eu/files/European%20Journal%20epractice%20Volume%209\\_5.pff](http://www.epractice.eu/files/European%20Journal%20epractice%20Volume%209_5.pff) (Zugriff: 05.11.2011)

KOMMUNAL wird in den kommenden Ausgaben weitere Aspekte von „social media für Gemeinden“ und „web 2.0“ beleuchten.

## Glossar

### Anliegenmanagement

Verwaltungen bieten BürgerInnen verschiedene Wege, ihre Meldungen zu äußern. Verbreitung finden in letzter Zeit informationstechnische Systeme zur Aufnahme und Bearbeitung dieser Anliegen.

### Arabischer Frühling

bezeichnet eine im Dezember 2010 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, welche sich gegen die dort autoritär herrschenden Regime und sozialen Strukturen richten.

### Basisdemokratie

ist eine Form der direkten Demokratie, die ohne RepräsentantInnen auskommt. Alle Entscheidungen werden durch unmittelbare Beteiligung getroffen.

### Change Management (Veränderungsmanagement)

Mit diesem Begriff lassen sich alle Maßnahmen zusammenfassen, die eine umfassende und bereichsübergreifende Veränderung zur Umsetzung von neuen Strategien oder Systemen bewirken sollen.

### Government 2.0

Bezeichnet den Einsatz von Web 2.0-Technologien bzw. social media in der öffentlichen Verwaltung.

### NGO (= „Non Governmental Organisation“ oder „Nichtregierungsorganisation“)

Bezeichnung für einen zivilgesellschaftlich zustandekommenen Interessensverband. Nichtregierungsorganisationen können jedoch auch von staatlichen Mitteln abhängen.

### Open Data/offene Daten

sind sämtliche Datenbestände, die im Interesse der Allgemeinheit der Gesellschaft ohne Einschränkung und entlang bestimmter definierter Prinzipien zur freien Nutzung und Weiterverwendung zugänglich gemacht werden.

### Open Government

ist ein Synonym für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies soll zu mehr Transparenz, Teilhabe sowie einer intensiveren Zusammenarbeit beitragen.

### social media

bezeichnet digitale Medien und Technologien, die es NutzerInnen ermöglichen, sich untereinander auszutauschen und Inhalte zu gestalten. Als social media bzw. soziale Medien werden alle Plattformen verstanden, die den interaktiven Austausch von Informationen unterstützen. Die verwendeten Internetanwendungen bauen auf den technologischen und ideologischen Grundlagen des Web 2.0 auf. Heutzutage sind Weblogs, Foren, soziale Netzwerke, Wikis und Podcasts die verbreitetsten social media-Technologien.

### Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke sind Netzgemeinschaften bzw. Communities im Internet. Die bekanntesten Dienste sind Facebook, Google+, Myspace, Twitter, StudiVZ, XING bzw. LinkedIn.

### Web 2.0

Steht für interaktive und kollaborative Elemente des Internets, bei denen NutzerInnen sowohl konsumieren als auch Inhalte selbst produzieren. Der Begriff bezeichnet eine neue Generation des Internets, die Verwendung nimmt jedoch mittlerweile zugunsten des Begriffs social media ab.

### Wissensmanagement

Ist ein zusammenfassender Begriff für alle strategischen bzw. operativen Tätigkeiten, die auf den bestmöglichen Umgang mit Wissen abzielen. Wissen innerhalb eines Unternehmens wird als Produktionsfaktor verstanden. Einen Beitrag zum Wissensmanagement leisten Informationssysteme, z. B. durch die Vernetzung von MitarbeiterInnen.

Sicherer Ressourcenzugang ist Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum

# Gewinnungszonen für Rohstoffe in die Planungen einbeziehen

Der sichere Zugang zu Ressourcen wie mineralische Rohstoffe ist eine Frage von zunehmender strategischer Bedeutung und stellt eine Grundvoraussetzung für die Absicherung eines Industriestandortes dar. Die Versorgung der Wirtschaft mit Sand, Kies und Schotter ist längst kein Thema mehr, mit dem sich Österreich allein auseinanderzusetzen hat.

Die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen ist für Europa eine Herausforderung, die eine gemeinsame Strategie aller Mitgliedstaaten erfordert. Europa benötigt jährlich 3,5 Milliarden Tonnen Baurohstoffe, die vorwiegend im Hoch- und Tiefbau eingesetzt werden. Um diesen Bedarf weiter sicherzustellen, hat die Europäische Kommission

dingungen für alle. Zweitens: Förderung einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen. Drittens: Steigerung der Ressourceneffizienz und Förderung der Kreislaufwirtschaft.

In der zweiten Säule werden vor allem die Notwendigkeit einer Festlegung einer nationalen Rohstoffpolitik zur Gewährleistung einer wirtschaftlich vertretbaren Rohstoffgewinnung sowie die Festlegung einer Raumordnungspolitik für min. Rohstoffe aufgezeigt. Voraussetzung dafür ist die Erstellung einer digitalen geologischen Wissensdatenbank, eine transparente Methodik zur Erkundung min. Rohstoffe sowie eine langfristige Schätzung der regionalen und lokalen Nachfrage. Weiters muss die Erkundung und Sicherung der min. Rohstoffvorkommen unter Berücksichtigung anderer Landnutzungsarten sowie die Einführung eines klaren und verständlichen Verfahrens zur Genehmigung der Exploration und Gewinnung, das Rechtssicherheit bietet, sichergestellt werden.

## Meilenstein in der Rohstoffsicherung

Der im Jahr 2010 fertiggestellte „Österreichische Rohstoffplan“ wird nicht nur in Österreich als Meilenstein in der Rohstoffsicherung angesehen, auch die EU-Kommission befürwortet im Zuge

der europaweiten „Raw Materials Initiative“ den heimischen Ansatz sogar als „Best Practice“-Modell eines nachhaltigen Ressourcenmanagements. In enger Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt und den Bundesländern ist es im Auftrag des Wirtschaftsministeriums gelungen, Vorkommen von Sand, Kies und Bruchsteinen zu identifizieren, die ohne raumordnerische Konflikte gewonnen werden können. Diese Vorkommen sollen nunmehr in der Raumplanung der Bundesländer berücksichtigt werden und so eine Rohstoffversorgung für mindestens 50 Jahre (Lockergesteine) bzw. über 100 Jahre (Festgesteine) garantieren. So wie Wohngebiete, Gewerbe- und Naturschutzgebiete definiert sind, müssen auch die Gewinnungszonen für min. Rohstoffe Eingang in die Planungen finden. Bei der Erarbeitung des Österreichischen Rohstoffplans wurde erstmals eine vollständige Inventur heimischer Vorkommen von Baurohstoffen durchgeführt. Computergestützt wurden Eignungsflächen ermittelt und in einem weiteren Schritt digital mit raumordnerischen Verbotszonen und Konfliktzonen verschnitten. Als Ergebnis resultieren Flächen bester Rohstoffqualität, die keine Raumkonflikte aufweisen. Für jedes Bundesland wurden maßgeschneiderte Modelle entwickelt, in denen die raumordnerischen Möglichkeiten bzw. Vorstellungen voll berücksichtigt wurden. Um für die kommenden 50 Jahre die Wirtschaft mit Sand und Kies zu versorgen, sind lediglich 0,15 Prozent der Fläche des Bundesgebietes erforderlich. Zum Vergleich bestehen in Österreich rund 270.000 km Forststraßen, eine Fläche von ca. 1,2 Prozent!



Mineralische Rohstoffe sind für das nachhaltige Funktionieren unserer Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung.

Günter Verheugen,  
EU-Industriekommissar 2008

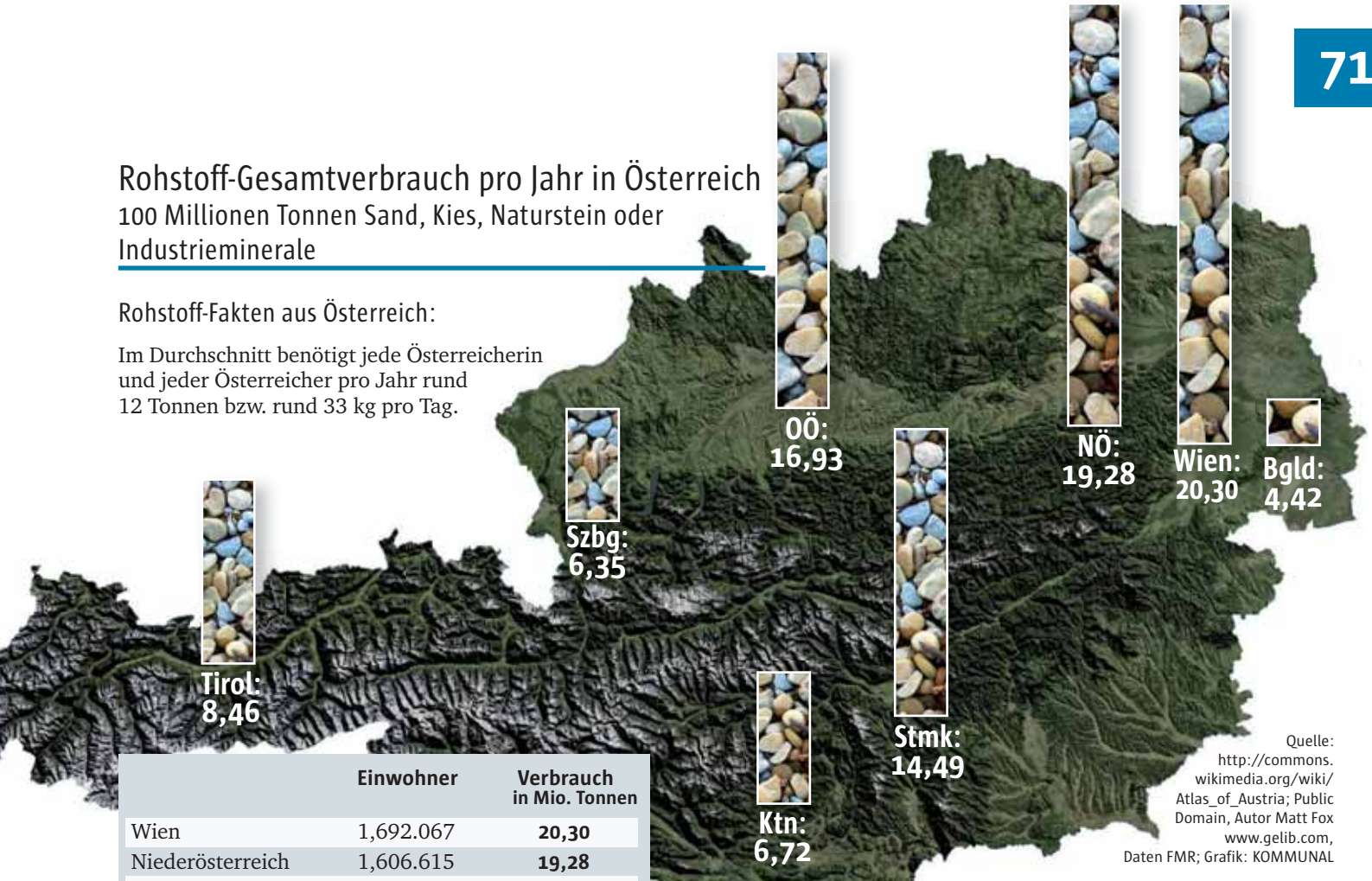
im November 2008 eine Strategie präsentiert, die eine verbesserte Versorgung und Absicherung Europas mit nicht-energetischen Rohstoffen langfristig sicherstellen soll. Industriekommissar Günter Verheugen stellte im Rahmen der „EU-Rohstoffinitiative: Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern“ fest, dass „mineralische Rohstoffe für das nachhaltige Funktionieren unserer Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung“ sind. Die Rohstoffinitiative fußt auf drei Säulen. Erstens: gesicherter Zugang zu Rohstoffvorkommen in Drittländern zu gleichen Be-

## Rohstoff-Gesamtverbrauch pro Jahr in Österreich

100 Millionen Tonnen Sand, Kies, Naturstein oder Industrieminerale

### Rohstoff-Fakten aus Österreich:

Im Durchschnitt benötigt jede Österreicherin und jeder Österreicher pro Jahr rund 12 Tonnen bzw. rund 33 kg pro Tag.



	Einwohner	Verbrauch in Mio. Tonnen
Wien	1,692.067	<b>20,30</b>
Niederösterreich	1,606.615	<b>19,28</b>
Oberösterreich	1,411.041	<b>16,93</b>
Steiermark	1,207.588	<b>14,49</b>
Tirol	704.792	<b>8,46</b>
Kärnten	560.056	<b>6,72</b>
Salzburg	529.314	<b>6,35</b>
Vorarlberg	368.061	<b>4,42</b>
Burgenland	283.506	<b>3,40</b>

Mit dem Österreichischen Rohstoffplan hat die Verwaltung erstmals jene Rahmenbedingungen geschaffen, die eine Grundlage zur langfristigen Standortsicherung der Unternehmen und zur Mineralrohstoffversorgung darstellen. Mit diesem können Entscheidungsträger langfristig sicherstellen, dass neben der Rohstoffversorgung der Gemeinde auch die wirtschaftliche Wertschöpfung der Branche in der Gemeinde bleibt. Der Österreichische Rohstoffplan, der auf einen breiten Konsens zwischen Bund, Ländern und der einschlägig tätigen Wirtschaft abzielt, stellt somit einen wichtigen Generationenvertrag zur Rohstoff-sicherung dar.

### Ressourceneffizienz nicht zulasten der Wettbewerbsfähigkeit

Einen Schwerpunkt in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie bildet

der Bereich „Schutz und Management der natürlichen Ressourcen“ mit dem Ziel eines verantwortungsbewussteren Umgangs damit. In einem im September 2011 von der Europäischen Kommission vorgestellten „Fahrplan“ wurde die nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 präsentiert. In diesem „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ wird erläutert, wie das ressourceneffiziente Wachstum erreicht werden kann, das für unser Wohlergehen und unseren Wohlstand in Zukunft unerlässlich ist. Der Fahrplan zur Ressourceneffizienz enthält auch eine Vision für das Jahr 2050. „Alle Ressourcen werden nachhaltig bewirtschaftet, von den Rohstoffen bis hin zu Energie, Wasser, Luft, Land und Boden. Die Klimaziele sind

### Österreichs Rohstoffgewinnung

**1300 Gewinnungsstätten** (950 Sand- und Kiesgruben und 350 Steinbrüche); 220 industrielle Unternehmen und 700 Gewerbebetriebe beschäftigen rund **6500 Mitarbeiter**. Kumulierter Umsatz rund **600 Millionen Euro**. Wirtschaftsleistung (Anteil der Bauwirtschaft am BIP): **Sieben Prozent**.

erreicht und Biodiversität und die ökosystemaren Dienstleistungen sind geschützt.“ Der vorgelegte Fahrplan zur Ressourceneffizienz setzt im Kern auf Minimierung der Nutzung natürlicher Ressourcen und auf deren schonenden Einsatz bei der Produktherstellung. Schlüssel dazu soll eine jährlich vorgegebene Zieleinsparung für den Rohstoff- und Materialgebrauch sein. Allerdings kann eine Umsetzung dieser Ziele nur in enger Abstimmung mit der Wirtschaft erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind den min. Rohstoffe gewinnenden Unternehmen weitere Kosten und administrative Belastungen nicht zumutbar.

### Information

Forum mineralische Rohstoffe  
Mag. Robert Wasserbacher  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
Tel.: 05 90 900 3534  
E-Mail: [steine@wko.at](mailto:steine@wko.at)  
Web: [www.ForumRohstoffe.at](http://www.ForumRohstoffe.at)

Themen, Talks, Trends

# Kommunalkredit Austria startet „Kommunalen Dialog“

Wohin muss sich eine zukunftsfähige Infrastruktur entwickeln? Wo gilt es heute anzusetzen, um die richtigen Entscheidungen für morgen zu treffen? Wie gut ist Österreich auf künftige Herausforderungen eingestellt?

Der „Kommunale Dialog“ – eine neue Veranstaltungsreihe der Kommunalkredit Austria in Kooperation mit dem Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) – geht diesen und weiteren Fragen rund um den kommunalen Infrastrukturbereich nach. Premiere war im November.



Wir sind verpflichtet, uns neben den Anstrengungen im Tagesgeschäft laufend mit Trends und Zukunftsthemen auseinanderzusetzen.

Mag. Alois Steinbichler, Initiator und Gastgeber des Kommunalen Dialogs

## Neues Dialogforum als kommunaler Think Tank

Die Idee hinter der neuen Veranstaltungsreihe ist, internationale und österreichische Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft mit zukunftsorientierten kommunalen Anliegen, insbesondere im Infrastrukturbereich, zusammenzubringen und deren



Fotos: Petra Spiola

Kommunalkredit-Boss Mag. Alois Steinbichler (ganz rechts) freute sich, gemeinsam mit Dialogpartner Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger (WIFO) (ganz links) Dr. Eric Perée von der Europäischen Investitionsbank (EIB) als Impulsgeber begrüßen zu dürfen. Durch diesen „Kommunalen Dialog“ führte Dr. Margit Schratzenstaller.

Ansätze, Ideen und Visionen zu diskutieren. Gastredner zum Auftakt dieser Serie war Dr. Eric Perée, stellvertretender Direktor der Abteilung für Internationale Angelegenheiten der Europäischen Investitionsbank (EIB). In seinem Impulsreferat gewährte er Ein- und Ausblicke in die wirtschaft-

lichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten infrastruktureller Investitionen. Dabei definiert er die Megatrends in den Be-

reichen demografische Entwicklung, Klimaveränderung und Umweltschutz, Vermittlung von Bildung und Wissen sowie Globalisierung. „Soft Infrastructure oder auch komplementäre Infrastruktur, die vor allem nutzungsfokussiert errichtet wird, wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, gewinnt zusehends an Bedeutung.“ Perée zeigte zudem, auch vor dem Hintergrund

steigender Verschuldungskennzahlen und dem kontinuierlichem internationalen Rückgang von Investitionen, die Notwendigkeit alternativer Finanzierungsmöglichkeiten auf, beispielsweise die Bedeutung von PPP-ähnlichen Modellen bzw. Projektfinanzierungen, um kostenorientiert und zeiteffizient auch in Zeiten knapper Budgets umzusetzen.

## Dialog statt Monolog

In der anschließenden Diskussion stellte sich Perée mit seinen Gastgebern, Kommunalkredit-Vorstandsvorsitzendem Mag. Alois Steinbichler und Dialogpartner WIFO-Chef Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger, den zahlreichen Fragen des Auditoriums. Die Veranstaltungsreihe „Kommunaler Dialog“ wird 2012 fortgesetzt.

Information

[www.kommunalkredit.at](http://www.kommunalkredit.at)





Unabdingbar für alle Wasserversorger

## ÖVGW-„Betriebs- und Wartungshandbuch“

Betriebsdokumentationen haben neben vielen betrieblichen Vorteilen auch im Schadensfall und bei daraus entstehenden Haftungsfragen eine wesentliche Bedeutung. Durch strukturierte Aufzeichnungen kann der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage rasch und kompetent Informationen bereitstellen.

Die ÖVGW, Österreichische Vereinigung für das Gas- und

günstige Fremdüberwachung nach § 134 Wasserrechtsgesetz gemäß ÖVGW-Richtlinie W 60 „Leitfaden für die technische Fremdüberwachung“ darstellt.

### Praxisnahe und kompetente Hilfestellung

Bei richtiger Umsetzung der ÖVGW-Richtlinie W 85 erfüllt der Anwender die oben angeführten Punkte betreffend Betrieb und Wartung und erhält eine gute, hilfreiche Übersicht über das gesamte Wasserversorgungssystem. Die Inhalte der Richtlinie kommen wie bei allen ÖVGW-Publikationen aus der gängigen Praxis. Die Richtlinie ist somit eine praxisnahe und kompetente Hilfestellung.

Als Unterstützung zur Umsetzung der W 85 bietet die ÖVGW zusätzlich ein entsprechendes Fachseminar an.

Die ÖVGW-Richtlinie W 85 ist nun, so wie alle anderen Publikationen der ÖVGW auch, digital erhältlich unter

[www.ovgw.at](http://www.ovgw.at), in der Rubrik Regel-Verkauf.

Ein weiterer Pluspunkt: Interessierte können vorab eine kostenlose Leseprobe herunterladen.



Die ÖVGW-Richtlinie W 85 ist auch digital erhältlich!

Wasserfach, leistet hier mit einer Richtlinie wichtige Informationsarbeit.

### ÖVGW-Richtlinie W 85

Mit Anwendung der ÖVGW-Richtlinie W 85 wird ein „Betriebs- und Wartungshandbuch“ geführt, welches

- ▶ eine Dokumentation gemäß § 5 der Trinkwasserverordnung
- ▶ eine erforderliche Eigenüberwachung gemäß Önorm B 2539
- ▶ eine Basis für eine kosten-

### Information

ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

Tel.: 01/513 15 88 - 0  
E-Mail: [office@ovgw.at](mailto:office@ovgw.at)  
Web: [www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

E.E.

### Erste Bank Kolumne



## Wie sieht eine optimale Kreditportfolioaufstellung aus?

Stefano Massera

„Optimal“ ist ein Kreditportfolio dann, wenn es gelingt, die Zinsbelastung auf ein Minimum zu reduzieren. „Optimal“ ist ein Kreditportfolio aber auch dann, wenn Zinsänderungs- und Währungsrisiken auf ein vertretbares Maß reduziert worden sind. Praktisch gesehen, werden sich diese beiden Ziele nicht gemeinsam realisieren lassen. Der Chance auf eine vermeintlich günstigere Finanzierung stehen immer höhere Risiken gegenüber – genauso wie bei einer Veranlagung eine höhere Rendite mit einem höheren Risiko einhergeht.

Da auch unabhängige Analysten nicht in der Lage sind, die zukünftige Zinsentwicklung vorauszusagen, liegt es nahe, Zinsrisiken zu streuen. Aktives Zinsmanagement besteht darin, stetig darauf zu achten, dass Risiken begrenzt werden, bevor sie schlagend werden. Zinssicherungen müssen thematisiert werden, bevor die Zinsen zu steigen beginnen.

Mit einer optimalen Kreditportfolioaufstellung können auch wir als Bank nicht dienen. Fest steht, dass die Meinungen hier offensichtlich weit auseinander gehen. So finanzieren sich zum Beispiel die Republik Österreich zu etwa 97 Prozent und deutsche Kommunen zu etwa 80 Prozent fix. Bei österreichischen Gemeinden beträgt dieser Anteil im Durchschnitt allerdings lediglich 30 Prozent.

Wer am Ende richtig lag, wird sich erst in zehn, zwanzig Jahren sagen lassen. Der gesunde Hausverstand suggeriert jedoch, die derzeit günstigen langfristigen Kapitalmarktsätze mit einem Zweier vor dem Komma zu nutzen, um sich günstig abzusichern!



Mag. Stefano Massera leitet in der Erste Bank Oesterreich die Abteilung für Finanzierungen der Öffentlichen Hand

**Entlastung:** Schuldenschnitt und Kostenbremse

## Gemeinde-Finanznot in OÖ soll kleiner werden

**LINZ**

Oberösterreichs Gemeinden dürfen den engen Gürtel in Zukunft zumindest ein bisschen „weiter“ schnallen. Am 14. November wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, das den Gemeinden bis 2015 mehrere hundert Millionen Euro bringen soll. Für die 310 Millionen Euro, die die Gemeinden dem Land für Kanal- und Wasserbaudarlehen schulden, gibt es einen Schuldenschnitt. Die Schulden werden folglich bis 2015 erlassen.

Ein zumindest partielles Aufatmen soll es auch bei den Spitalsbeiträgen und Sozialkosten geben. Das Land wird die Beiträge 2012 nur um maximal 0,4 Prozent erhöhen, deutlich weniger, wo doch durchschnittlich 6,6 bis 8,9 Prozent Erhöhungen in den letzten Jahren Usus war. Ausverhandelt wurde diese Lösung zwischen den Chefs des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Johann Hingsamer, des Oberösterreichischen Städtebundes, Franz Dobusch, zwischen



Fotos: Land OÖ / Kauder

OÖ Städtebund- und Gemeindebund-Präsidenten Franz Dobusch und Johann Hingsamer, Landeshauptmann Josef Pühringer, Landeshauptmann-Stv. Josef Ackerl und Landesrat Max Hiegelsberger.

Landeshauptmann Josef Pühringer und den Landesgemeindereferenten Josef Ackerl und Max Hiegelsberger. Pühringer will das erfreuliche Verhandlungser-

gebnis aber nicht auf Kosten der rebellierenden Bürgermeisterplattform sehen, denn schließlich habe man bereits seit Monaten verhandelt.



Die Red Ribbon ist ein weltweites Zeichen für Solidarität.

**1. Dezember „WeltAidsTag“:** Solidarität zeigen

### Red Ribbon am Gemeindeamt

**KLAGENFURT**

Die aidsHilfe Kärnten nimmt den „WeltAidsTag“ am 1. Dezember zum Anlass, die Bürgermeister der Kärntner Gemeinden für eine Solidaritätsgeste zu gewinnen. Die rote Schleife – Red Ribbon – ist das weltweite Symbol für Toleranz gegenüber Menschen mit HIV und AIDS. Die aidsHilfe hofft, dass die Kärntner

Gemeinden als Zeichen der Toleranz am 1. Dezember eine rote Schleife an einem zentralen Ort, am Hauptplatz, Rathaus oder Gemeindeamt, anbringen. Die Schleifen werden von der aidsHilfe Kärnten zur Verfügung gestellt. Interessierte können sich unter **0463/55 1 28** oder **kaernten@hiv.at** an die aidsHilfe Kärnten wenden.

**„Ostöffnung“ schuld**

### 1000 Saisonarbeiter fehlen

**GRAZ**

Die „Ostarbeiteröffnung“ hat der Steiermark für die Wintersaison zu wenige Arbeitskräfte beschert. Die Gastronomie sucht 1000 Saisoniers. Laut AMS-Steiermark-Chef Karl-Heinz Snobe könnte der Mangel auch während der Skimeisterschaft 2013 in Schladming zum Problem werden.



**VCÖ:** 560 Meter Fußmarsch pro Tag ist im Europavergleich wenig

### Nicht gehfaul, sondern schlecht angebunden

**WIEN**

Eine neue Studie des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) ergab, dass Österreicher durchschnittlich nur 560

Meter pro Tag gehen. Europaweit ist Österreich damit an fünftletzter Stelle. Laut VCÖ-Expertin Bettina Urbanek ist nicht die Faul-

heit schuld, sondern dass es in ländlichen Gebieten oft keine Nahversorger oder sichere Gehwege auf Freilandstraßen gibt.

**Statistik:** +2,2 Prozent

### Tourismus feiert Rekordsommer

**WIEN**

Um 2,2 Prozent mehr Nächtigungen konnte der heimische Sommertourismus im Vergleich zum Vorjahr laut Statistik Austria verbuchen. Der verregnete Juli konnte die Gesamtgästeszahl von 16,5 Millionen nicht trüben. Starke Zuwächse gab es vor allem bei ausländischen Gästen.

**Hingsamer:** Sieht seine Arbeit bestätigt

## Sachliche Übereinstimmung mit Bürgermeisterplattform

**LINZ**

Der Oberösterreichische Gemeindebund befand in einer Landesausschusssitzung Ende Oktober, dass sich die Forderungen der überparteilichen Bürgermeisterplattform mit jenen des Oberösterreichischen Gemeindebundes weitestgehend decken. Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer betonte, dass er nicht hinter der Plattform aufbegehrender Ortschefs steht, aber eine sachliche Übereinstimmung sieht. Eine bessere Mittelzuteilung aus dem Finanzaus-



Fotos: OVP Oberösterreich

Johann Hingsamer, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, stellt sich nicht hinter die aufmüpfige Bürgermeisterplattform. In manchen Forderungen sieht er sich aber bestätigt.

gleich, die Berücksichtigung der steigenden Aufgaben der Gemeinden, wie Pflege, Mindestsicherung, Jugendwohlfahrt- und Krankenanstaltenfinanzierung, sind alles Forderungen, die auch der Oberösterreichische Gemeindebund seit Jahren forciert. Hingsamer sieht seine Arbeit daher von der Bürgermeisterplattform be-

stätigt. Aufgrund der sachlichen Übereinstimmung wird nun ein Gesprächstermin vereinbart, um „dringend notwendige Verbesserungen zu schaffen“, so Hingsamer. Trotz der Angriffe seitens der Bürgermeisterplattform will der Gemeindebund seiner Aufgabe nachkommen, Gemeinden zu vertreten.

**KfV:** Verkehr überfordert

## Gefahr auf Rad und Fuß ab 65+

**WIEN**

Menschen älter als 65 Jahre sind eine Risikogruppe im Straßenverkehr, so das Kuratorium für Verkehrssicherheit. 2010 zählte die Hälfte der getöteten Fußgänger und Radfahrer zu dieser Altersgruppe. Die Gefährdung resultiert nicht aus Übermut, denn ältere Menschen bewegen sich vorsichtiger und vorausschauender. Im Alter nehmen jedoch Hör- und Sehleistung, Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit ab. Grünphasen sind oft zu kurz, was Senioren gefährdet. Auch Mischverkehr, baulich nicht getrennte Rad- und Fußwege, bereiten älteren Menschen oft Probleme.

**Jugendmonitor:** Pension

## 9 von 10 fürchten um Finanzierung

**WIEN**

Um die eigene Pensionen ist es nicht gut bestellt, denken sich 90 Prozent aller österreichischen Jugendlichen. Das geht aus dem „Jugendmonitor“ hervor, der von Minister Reinhold Mitterlehner gemeinsam mit Politikwissenschaftler Peter

Filzmaier präsentiert wurde. Laut Filzmaier erwarten die Jugendlichen realistischere einen Anstieg des Pensionsalters. Minister Mitterlehner sieht es daher als wichtige Aufgabe an, das faktische Pensionsantrittsalter von derzeit 58 Jahren anzuheben.



Angehörige und Pflegepersonal erhalten je 1000 Euro monatlich.

**Potenzial:** 1500 Euro pro Patient sparen

## „Pflege zu Hause“ angelaufen

**KLAGENFURT**

Anfang November startete Kärnten das Pilotprojekt „Pflege zu Hause“. Angesprochen werden vor allem Angehörige von Pflegebedürftigen der Stufe 4 und 5. Wenn sie ihre Pflegebedürftigen zuhause pflegen, erhalten sie 2000 Euro monatlich vom Land. Je die Hälfte dieses Betrags entfällt an die Angehörigen selbst und an das professio-

nelle Pflegepersonal.

Laut Soziallandesrat Christian Ragger sind hier für die Zukunft beträchtliche Einsparungen für das Budget möglich. Das Potenzial liegt bei 1500 Euro pro Patient im Vergleich zur Pflege in Heimen: „Die Finanzierung ist deswegen gewährleistet, weil wir uns, wie aus der Vergleichsrechnung ersichtlich wird, bis zu 1500 Euro im Monat sparen.“

**NÖ:** Umstellung auf erneuerbare Energie

## Vier neue Windparks geplant

**BRUCK AN DER LEITHA**

Im Bezirk Bruck an der Leitha werden vier neue Windparks gebaut. Das hat die niederösterreichische Landesregierung beschlossen. Die 28 neuen Windräder werden an vier Standorten in Scharndorf, Prellenkirchen, Petronell-Carnuntum und Bad Deutsch-Altenburg errichtet und sollen mit ei-

ner Leistung von 87 Megawatt 44.000 Haushalte mit Strom versorgen. Bis 2015 sollen 170 weitere Anlagen gebaut werden. Bis dahin möchte Niederösterreich seinen gesamten Strombedarf aus erneuerbarer Energie produzieren. Niederösterreich ist schon jetzt das Bundesland mit den meisten Windrädern.

Demografische Prognose bestimmt Landesversammlung des Gemeindebundes

# Älter, weniger, bunter, internationaler und städtischer

Die Prognosen liegen vor: Kärnten wird älter und es werden weniger Menschen. Die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Gemeinden erfordert eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem die Raumplanung ist gefordert. Die Landesversammlung des Kärntner Gemeindebundes war auf der Suche nach Lösungsvorschlägen.

Die Diskussion der Politiker zeigte jedoch rasch: die Vertreter der Gemeinden und des Landes werden nur schwer einen gemeinsamen Weg finden. Während Kärntens Gemeindebund-Präsident Bgm. Ferdinand Vouk eindringlich Visionen und Lösungsansätze für den ländlichen Raum einforderte, schätzte die Landespolitik die Situation gelassener ein. Sowohl Landeshauptmann Gerhard Dörfler, als auch LH-Stv. Uwe Scheuch und Gemeindereferent LR Josef Martinz glauben, dass Kärnten bereits jetzt gut aufgestellt ist und die Bevölkerungsentwicklung gut zu bewältigen sein wird. Vouk und der ebenfalls anwesende Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, pochten auf die Chancengleichheit des ländlichen Raumes. Ein Mindestmaß an Infrastruktur, ein fairer Zugang zu Bildungseinrichtungen und die Aufrechterhaltung des sozialen Lebens sind Vorgaben, die die Politik umzusetzen hat.

## Kärnten wird bunter

Peter Fercher von der Abteilung 3, Kompetenzzentrum für Landesentwicklung und Gemeinden, stellte die „Auswirkungen der Demografie auf Raumordnung und Raumentwicklung“ dar. Sein Ausblick: Die Kärntner werden älter, weniger, bunter, internationaler und städtischer.

2030 wird für Kärnten ein Anteil der über 65-Jährigen von 28,3 Prozent prognostiziert. Damit gehört Kärnten zu den „ältesten“ Regionen in Europa. Auffallend ist, dass sich die Bevölkerungsentwicklung in Europa extrem unterschiedlich entwickelt. Das gleiche Bild bietet sich auch in Österreich. Die Zentralräume um die Landeshauptstädte zei-

Ein Mindestmaß an Infrastruktur, ein fairer Zugang zu Bildungseinrichtungen und die Aufrechterhaltung des sozialen Lebens sind Vorgaben, die die Politik umzusetzen hat.

gen eine Bevölkerungszunahme, während die peripheren Gebiete von weiterer Abwanderung bedroht sind.

Im Unterschied zu den anderen Bundesländern stagniert Kärnten aber bei der Bevölkerungszunahme bis 2030. Während Wien auf Grund der Zuwanderung mit einem Plus von über 12 Prozent rechnen kann, bleibt die Gesamtbevölkerung im südlichsten Bundesland nahezu unverändert. Innerhalb Kärntens können nur Klagenfurt und Villach sowie die Umlandgemeinden mit weiterem Wachstum rechnen. In allen anderen Bezirken gibt es einen Rückgang bei der Bevölkerung. Besonders stark betroffen sind dabei die Bezirke Hermagor, Spittal, St. Veit und Wolfsberg. Aber auch

innerhalb dieser Bezirke gibt es höchst unterschiedliche Entwicklungen.

Schaut man, welche Gemeinden von der negativen Bevölkerungsentwicklung besonders betroffen sind, zeigt sich, dass es vor allem Gemeinden bis 2000 Einwohner noch schwerer in Zukunft haben werden. Keine Zuwanderung und weiter rückläufige Geburten treffen hier zusammen. Gemeindepolitik und Landespolitik sind hier gleichermaßen gefordert.

Die demografische Entwicklung führt aber auch dazu, dass der Anteil der über 85-Jährigen in den Städten 2030 besonders hoch sein wird. Für Fercher ist klar, dass die demografische Entwicklung Kärntens ernst genommen werden muss. Eine differenzierte Regionalpolitik ist ebenso erforderlich wie eine qualifizierte Zuwanderung.

## Tätigkeitsbericht des Präsidenten

In seinem Tätigkeitsbereich verwies Präsident Vouk auf die angespannte Lage der Gemeinden. Vouk: „Die letzten drei Jahre waren auf politischer Ebene von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt“. Ein Rückgang bei den Ertragsanteilen und ein stetiges Steigen der Umlagenbelastung haben die Städte und Gemeinden enorm unter Druck gesetzt. Zahlreiche freiwillige Leistungen wurden gestrichen, Einsparungen bei den Mitarbeitern ließen sich nicht vermeiden. Ein großer Wurf ist heuer auf Bundesebene im Bereich der sozialen Absicherung der Mandatäre gelungen. Der Nationalrat hat im Frühsommer das „Bürgermeister-Paket“ beschlossen, dadurch erhält die soziale Si-



Volles Haus in Velden bei der Landesversammlung des Kärntner Gemeindebundes (oben). Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (3. v. l.) neben Kärntens LH Gerhard Dörfler und Kärntens Gemeindebund-Präsident Ferdinand Vouk neben Kärntens LHStv. Uwe Scheuch.



Ein weiteres beherrschendes Thema in der Diskussion mit LHStv. Uwe Scheuch, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Landesrat Josef Martinz war die massive Umlagenbelastung der Gemeinden. Moderatorin: Marion Hasse.



Fotos: Eggenberger

cherheit der Bürgermeister einen höheren Wert. Konkret geht es um eine Erhöhung der Zuverdienstgrenze und Arbeitslosengeld.

Einmal mehr verwies Vouk auf die massive Umlagenbelastung der Kärntner Städte und Gemeinden. Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt verursachen Kosten in der Höhe von 123 Millionen Euro. Die Krankenanstalten schlagen sich mit 73 Millionen Euro nieder. Die Landesumlage macht 39 Millionen Euro aus und landet im Budget des Landes.

Ein Rückgang bei den Ertragsanteilen und ein stetiges Steigen der Umlagenbelastung haben die Städte und Gemeinden enorm unter Druck gesetzt.

Bgm. Ferdinand Vouk,  
Kärntens Gemeindebund-Präsident

Den Gemeinden muss mehr finanzieller Spielraum gewährt werden. Eine im Auftrag des Landes und des Gemeindebundes erstellte Studie des IHS Kärnten belegt, dass die Kärntner Gemeinden dem Land unterm Strich 311 Euro je Einwohner überweisen müssen. Die Gemeinden zahlen also wesentlich mehr an das Land als umgekehrt.

Seine Kritik an der Vorgangsweise beim Beschluss des neuen Kinderbetreuungsgesetzes unterstrich Präsident Vouk einmal mehr: „Es kann nicht sein, dass die Gemeinden finanziell durch ein neues Gesetz massiv belastet werden, ohne dass es ein ordentliches Begutachtungsverfahren gibt“. Dieser Kritik schloss sich in seinen Grußworten auch LH-Stv. Dr. Peter Kaiser an.

Helmut Manzenreiter, Bürgermeister von Villach und Obmann des Österreichischen Städtebundes Landesgruppe Kärnten, forderte ein Umdenken beim Tourismusgesetz. Der bisher vorgelegte Gesetzesentwurf sei nicht geeignet, eine positive Entwicklung des Tourismus in den Gemeinden zu ermöglichen. Eine Sichtweise, die auch Bgm. Gerhard Oleschko, Gemeinde Keutschach, im Rahmen des Berichtes der Rechnungsprüfer unterstrich.

Ing. Franz Liposchek, Landesobmann der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, hob die gute Zusammenarbeit der Sozialpartner bei der Umsetzung des neuen Besoldungsrechtes für Gemeindefachkräfte hervor. Gemeindebund, Gewerkschaft, FLGÖ und das Land haben hier an einem Strang gezogen. Am 1. Jänner 2012 tritt das neue Kärntner Gemeindefachkräftegesetz in Kraft.

### Kärntner Ehrungen

Für seine Verdienste wurde Hans Ferlitsch, Kärntens Gemeindebund-Präsident a. D. und Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal, durch die Landesversammlung zum Ehrenpräsidenten gewählt. Mehr über die Ehrungen, die die Landesversammlung des Kärntner Gemeindebundes aussprach, finden sich im Bericht auf Seite 91.

Fonds Gesundes Österreich fördert Gemeinde-Projekte

# Alt und Jung „Gemeinsam gesund in Lauterach“

Der Fonds Gesundes Österreich unterstützt die Vorarlberger Gemeinde dabei, das Projekt „Gemeinsam gesund in Lauterach“ umzusetzen. Ziel ist es, Jung und Alt eine hochwertige Verpflegung anzubieten, durch gesunde Ernährung mit regionalen Produkten.

Ein Kernelement der Strategie des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) ist die Initiierung und Förderung von Projekten auf kommunaler Ebene. Dazu wurde speziell für Gemeinden eine eigene Förderschiene eingerichtet. Es ist dafür ein Kostenrahmen vorgesehen, wovon der FGÖ 50 Prozent übernimmt. Je nach Gemeindegröße können Projekte in folgender Gesamthöhe beantragt werden:

- Gemeinden bis 2000 Einwohnerinnen und Einwohner: 5000 bis 10.000 Euro
- Gemeinden bis 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner: 7500 bis 15.000 Euro
- Gemeinden über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner: 10.000 bis 20.000 Euro

#### Gefördert werden:

- Projekte zum Thema Herz-Kreislauf-Gesundheit mit einer Laufzeit von 12 bis 18 Monaten
- Projekte mit einem Projektitel, der an die Kampagne des FGÖ (Mein Herz und ich. Gemeinsam gesund) anknüpft
- Projekte mit Maßnahmen, die Bewegung, Ernährung, seelische Gesundheit betreffen, wobei Schwerpunkte möglich sind.

#### Lauterach isst gesund

Lauterach (knapp 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat bereits von der Fördermöglichkeit des FGÖ Gebrauch gemacht und führt seit Dezember 2010 mit Unterstützung des FGÖ das Projekt „Gemeinsam



Gesunde Ernährung ist wichtig. Lauterach setzt mit Hilfe des FGÖ auf gesundes Mittagessen, unterstützt durch das Küchenteam von SeneCura.

gesund in Lauterach“ durch. Jung und Alt wird gesunde Ernährung näher gebracht.

#### Hochwertiges Mittagessen für Jung und Alt

Kindergärten und Schulen erhielten über zwölf Wochen regionales Obst und Gemüse. Zwei solche Aktionswochen fanden großen Anklang und führten dazu, dass 1700 kg Äpfel, 200 kg Kohlrabi, 150 kg Karotten und 160 kg Erdbeeren zusätzlich gegessen wurden. Um nachhaltig eine gesunde Ernährung zu etablieren, wurde die warme Mittagsverpflegung optimiert, die von der Küche des Sozialzentrums Lauterach „SeneCura“ bereitgestellt wird. Zudem wurde auch ein „Fitmacher“ als Pausensnack kreiert.

Ein offener Mittagstisch für zu Haus lebende Seniorinnen und Senioren wurde im Sozialzentrum Lauterach eingerichtet. Fixe Mahlzeiten strukturieren den Tag, was sich positiv auf die subjektive Gesundheit und Mobilität auswirkt. Zudem wirkt man der Tendenz abnehmender Sozialkontakte entgegen.

#### Nachahmung empfohlen

Informieren Sie sich beim FGÖ über die Fördermöglichkeiten für Gemeinden, insbesondere, wenn Sie ein umfassendes Projekt planen, bei dem neben dem individuellen Verhalten auch Strukturen verändert werden sollen.

#### Information

Ihre Ansprechpartnerin bei Fragen zur Einreichung:  
Mag. Rita Kichler  
Tel.: 01/895 04 00 - 13  
E-Mail: [rita.kichler@goeg.at](mailto:rita.kichler@goeg.at)



Manchen Veranstaltern wird vorgeworfen, unwissenschaftliche Behauptungen aufzustellen. So wird vor DNA-Brüchen, Alzheimer, Parkinson und Tinnitus gewarnt sowie angekreidet, dass die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nur die Wirtschaft schützen.

Neue Studie sieht keine Krankheitsgefahr bei normalem Handykonsum

# Mythen über Masten – Panikmache um Handystrahlen

Handymasten sind für Bürger eine emotionale Angelegenheit. Auch Forscher sind uneins über die Langzeitfolgen, obwohl neue Studien eine Gesundheitsgefahr verneinen. Vorwürfe des Forums Mobilkommunikation gegen die „EU Baubiologie“, dass auf Informationsveranstaltungen Panik geschürt wird, wiegen daher schwer.

Katharina Lehner

Am Nachhauseweg nicht mehr mit Bekannten plaudern? Den Bürobetrieb mit einem Festnetztelefon und Fax schaukeln? Im Notfall zuerst eine Telefonzelle suchen? Für die meisten Menschen wäre ein handyfreies Le-

ben kaum wünschenswert. Handytelefonieren ist jedoch nur über Handymasten möglich, die dort aufgestellt werden müssen, wo Nachfrage besteht. Das Forum Mobilkommunikation (FMK), Vertretung der Mobilfunkanbieter, hat aufmerksam gemacht, dass „EU Baubiologie“

bei Informationsveranstaltungen in Gemeinden über die Gefahren von Mobilfunk Schauer- geschichten erzählt. KOMMUNAL ist diesem Hinweis nachgegangen.

## „EU Baubiologie“ gehört zu Schweizer Händler

Das FMK wirft den Veranstaltern vor, unwissenschaftliche Behauptungen aufzustellen. So wird vor DNA-Brüchen, Alzheimer, Parkinson und Tinnitus gewarnt sowie angekreidet, dass die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nur die Wirtschaft schützen. Zu den skurrilsten Thesen

gehört laut FMK wohl, dass ein Handy am Kinderohr eine Gehirnerwärmung von 85 Prozent auslöst. Würde man dies von 36 Grad Celsius hochrechnen, würde das Hirn auf tödliche 66,6 Grad Celsius erhitzen. Doch wer steht hinter der „EU Baubiologie“? Sie ist laut Impressum ein Unternehmenszweig der Schlafberatung GmbH und ebenso im salzburgischen Hallwang angesiedelt. Die Schlafberatung GmbH ist wiederum die Repräsentanz der E.U. Schlafinstitut AG, die im Schweizer Romanshorn ihren Sitz hat. Demnach kann E.U. nicht für Europäische Union stehen, obwohl das Logo auf der Homepage diesen „offiziellen“ Eindruck vermittelt. E. U. steht für „Energetische Untersuchungen“. Das Unternehmen bietet über seine Tochterfirmen Produkte im Bereich Wellness, Schlaf und Gesundheitsprävention an. Die E.U. Baubiologie streitet auf Anfrage von KOMMUNAL die Vorwürfe des FMK entschieden ab: „Panikmache liegt uns genauso fern wie der unkritische Umgang mit einer möglicherweise Gesundheit gefährdenden Technologie. Falschinformationen liegen nicht in unserem Interesse.“ Sie beziehen sich auf unabhängige Studien, wie die Naila-Studie, und „wollen keine Thesen aufstellen, sondern das Thema kritisch hinterfragen“, so die E. U. Baubiologie.

### Krankheits-Mythen und Handymasten

Wissenschaftler diskutieren das Thema ebenfalls kontrovers. In den letzten Jahren sind viele Studien zur Gefahr der Handynutzung erschienen. Viel zitiert ist die sogenannte Naila-Studie, nach dem fränkischen Naila. Ärzte untersuchten zwischen 1994 und 2004 die Krebshäufig-

keit der Bewohner und fanden heraus, dass Menschen in einem Umkreis unter 400 Metern von Handymasten ein höheres Krebsrisiko haben. Forscher kritisieren, dass die Ergebnisse nicht aussagekräftig sind, weil nur 320 Personen im Nahbereich untersucht wurden. Eine neue Studie, die im Oktober 2011 im „British Medical Journal“ veröffentlicht wurde, kommt zu einem anderen Ergebnis: Die dänischen Forscher verneinen einen Zusammenhang zwischen langfristiger Handynutzung und dem Risiko,



Zu den skurrilsten Thesen gehört laut FMK wohl, dass ein Handy am Kinderohr eine Gehirnerwärmung von 85 Prozent auslöst. Würde man dies von 36 Grad Celsius hochrechnen, würde das Hirn auf tödliche 66,6 Grad Celsius erhitzen.

an einem Hirntumor zu erkranken. Aussagekräftig ist diese Studie, weil die Daten von 350.000 Handynutzern über eine Periode von 18 Jahren ausgewertet wurden. Die Forscher sprechen jedoch von einem leichten Risiko bei Leuten, die extrem viel telefonieren. Kritiker lassen kein gutes Haar an der Studie, weil Nutzer, die nach 1995 einen Vertrag abgeschlossen haben, als Nichtnutzer aufscheinen und weil Tumore erst nach Jahrzehnten auftreten können.

Handymasten sind Bewohnern, die in unmittelbarer Umgebung leben, wohl auch deswegen ein Dorn im Auge, weil die Forschungsergebnisse teils widersprüchlich sind. Wichtig ist daher, auf die Ängste der Menschen einzugehen und nicht Panik zu schüren.



Franz Oswald

Die Akademie selbst hat ihre Hand voll am Puls der kommunalpolitischen Entwicklung, wartet jedes Jahr mit neuen Kursangeboten auf, stellt die besten Referentinnen und Referenten. Fazit nach 40 Jahren: Mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher kamen in die 2800 Grundkurse, Seminare, Fortbildungsveranstaltungen und diversen Fachtagungen, die zunehmend auch mit hochrangigen Partnern von der Donau-Universität abwärts durchgeführt werden. Der Weg der Akademie und deren hohes Niveau wurden jüngst auch in einer wissenschaftlichen Evaluierung eindrucksvoll bestätigt.

### Wie es zur Akademiegründung kam

Der Akademiegründung gingen vor allem drei Entwicklungen voraus:

- ▶ Die Gemeindezusammenlegungen in Niederösterreich zwischen 1965 und 1971. Diese historische, ja sensationelle Kommunalstrukturreform brachte eine Verringerung der nö. Gemeinden von 1652 auf 573, damit entstanden Gemeinden mit größerer Leistungsanforderung ebenso wie mit höherer Wirtschaftskraft. Dies erforderte bestgeschulte Kommunalpolitiker und Gemeindebedienstete.
- ▶ Die Kommunalautonomie 1962, die den Gemeinden nun auch privatwirtschaftliches Handeln ermöglichte.
- ▶ Schließlich die NÖ Gemeindeordnung 1965, die auf Basis





Der 5. November 1971: Zu den Gründerväter der Akademie zählten auf politischer Ebene der Landeshauptmann Andreas Maurer (3. v. r.), und der GVV-Landesgeschäftsführer Ernst Brosig (ganz links). Ebenfalls dabei Gemeindebund-Präsident Ferdinand Reiter (2. v. l.).



Die Führungsspitze 2011: Direktor Harald Bachhofer, Alfred Thaller, Christian Schneider, Vorsitzender der Akademie, Anna-Margaretha Sturm und Ewald Buschenreiter, stellvertretender Vorsitzender der Kommunalakademie.

Kommunalakademie Niederösterreich begeh „Vierziger“

# 40 Jahre und 100.000 Besucher bei 2800 Veranstaltungen

Niederösterreichs Ausbildungsstätte für Kommunalpolitiker, insbesondere Bürgermeister, für Gemeindebedienstete aller Dienstbereiche sowie für Manager im kommunalen Umfeld ist 40 Jahre alt. Ihr Wirken ist für die Gemeinden unverzichtbar, die Nachfrage nach Veranstaltungen, Seminaren, Kursen etc. nimmt ständig zu.

der genannten Reformen die neuen Aufgaben und Anforderungen an die Gemeinden festlegte.

## Gründerväter, Referenten und das Regionalprinzip

Zu den politischen Gründervätern der am 5. November 1971 gegründeten Akademie zählten auf politischer Ebene der damalige Landeshauptmann Andreas Maurer und dessen Stellvertreter Hans Czettel, auf Beamtenebene Landesamtsdirektor Georg Schneider und GVV-Landesgeschäftsführer Ernst Brosig. Erster Schulungsleiter und Seele der Akademie war Regierungsrat Josef Riegler (dessen Nachfolger ist Harald Bachhofer). Leitungsteam und Referenten kamen aus den Fachabteilungen der Landesregierung selbst, weitere Referenten aus der kommu-

nenalen Praxis, der Privatwirtschaft und der Wissenschaft. Statt eines zentralen Schulgebäudes wurde das Regionalprinzip eingeführt, die Schulungsorte somit landesweit gestreut.

## Top-Kurse und ein selbstbewusstes Leitbild

Die Akademieprinzipien waren von Beginn an klar: Aus- und Weiterbildung auf allen gemeinderelevanten Gebieten, behördliche Aufgabenschulung der Kommunalpolitiker, alle die Gemeinden betreffenden Gesetze und Bestimmungen werden in entsprechenden Veranstaltungen angeboten. Seit Österreichs EU-Beitritt sind Richtlinien, Förderungen etc. der Union weiterer wesentlicher Teil des Akademieprogramms. Zunehmend werden auch Managerschulungen und Führungskräfte-Lehr-

gänge angeboten, womit die privat- und betriebswirtschaftliche Funktion der Gemeinden verstärkt zum Tragen kommt. Dazu der derzeitige Akademie-Vorsitzende Mag. Christian Schneider: „Bürgermeister, leitende Gemeindebedienstete und Kommunalmanager brauchen wirtschaftlich und organisatorisch eine hohe Kompetenz. Diese wird durch die Kommunalakademie ermöglicht.“ Dafür sprechen auch viele neue Top-Kurse wie Projekt-Management, E-Government, Sekretariats-Organisation und Ausbildung zum New Public-Manager. Dementsprechend anspruchsvoll ist das neue Leitbild der Akademie, wo es heißt: „Wir wollen in Österreich die Führungsrolle in der kommunalen Aus- und Weiterbildung einnehmen.“ Wesentlich ist auch die Überparteilichkeit der Akademie, wie deren stv. Vorsitzender, Ewald Buschenreiter, betont: „Es geht in den Gemeinden, egal von wem sie geführt werden, um Sach- und Fachkenntnis. Parteipolitik ist da fehl am Platz.“ Nicht zuletzt ist es dieses sachliche kooperative Arbeitsklima im Akademie-Vorstand, das die Top-Stellung der NÖ Akademie, auch im bundesweiten Vergleich, ermöglicht.



Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald, Chefredakteur der NÖ Landesregierung i.R., jetzt freier Journalist



Fotos: Koch

Die Platten sind schnell verlegt: Für den Gebrauch sind keine Kühlleitungen erforderlich, wodurch zusätzlich Energie und Geld gespart werden.

Kosten- und umweltschonendes Eislaufvergnügen

# Täuschend echt, natürlich gut – Kunsteis von Greenice

Winterzeit ist Eislaufzeit. Greenice bietet Eisbahnen aus Kunststoffplatten, die kostengünstig die Lebensqualität in den Gemeinden steigern. Umwelt und Geldbörse freut, dass 90 Prozent der Betriebskosten gespart werden. Die Platten sind sehr praktikabel, so dass dem winterlichen Freizeitspaß nichts in die Quere kommt.

Wenn im Winter die Temperaturen purzeln, verweisen die sonst so belebten Skaterparks, Tennisplätze oder Gehwege. Mit Greenice können Gemeinden diese Infrastruktur auch im Winter bestens nutzen und in ein Eislaufparadies verwandeln.

Greenice bietet mobile und multifunktionale Eisbahnen aus Kunststoffplatten für den Innen- und Außenbereich.

Sie sind praktisch, umweltfreundlich, kostengünstig und somit optimal für den winterlichen Freizeitspaß in Gemeinden geeignet. Greenice ist ein

Schweizer Produkt, das in Österreich exklusiv über **Kommunalbedarf.at**, der Einkaufsplattform für Gemeinden, zu erhalten ist.

## Einfach angebracht und multifunktionell

Die Einsatzgebiete in Gemeinden sind vielseitig und reichen von Eisplätzen auf Veranstaltungen, Festen oder Christkindlmärkten, über Trainingsflächen für Eiskunstläufer und Eishockeyteams bis zum Neubau oder Umbau von Stadien, sofern diese vorhanden sind. Auch die Eissporthalle in Kassel wurde



Der Kasseler Eishockey-Nachwuchs bestätigt: Das Fahrgefühl ist täuschend echt! Und nach dem Verlegen ist Greenice äußerst wartungsarm. Es reicht, die Platten alle zehn Tage zu reinigen.

mit Greenice ausgestattet und dient nun dem Hockey-Nachwuchs als Trainingsfläche. Greenice-Platten sind einfach in der Handhabung und mit ein paar Handgriffen montiert. Die Formen sind individuell anpassbar, wodurch auch Spazierwege mit Greenice-Platten ausgelegt werden können.

### Täuschend echt zu jeder Jahreszeit

Die Gleitfähigkeit von Greenice beträgt 95 bis 97 Prozent jener von natürlichem Eis. Der Widerstand ist somit etwas höher als auf natürlichem Eis. Eisläufer merken aber faktisch keinen Unterschied. Im Gegensatz zu Natureis, das witterungsabhängig ist, halten Greenice-Platten so lange wie gewünscht. Dadurch

ist jahrelanges Eislaufvergnügen garantiert, an jedem Ort zu jeder Zeit.

### Kosten- und energieschonend

Ein weiterer Vorteil der Greenice-Produkte ist, dass bis zu 90 Prozent der Betriebskosten im Vergleich zu natürlichen Eisflächen entfallen. Nach dem Verlegen des Bodens müssen keine weiteren Kosten mehr für Wasser, Kühlung und Reinigung aufgewendet werden. Während man Natureis täglich mit Eismaschinen aufbereiten muss, reicht es, Greenice alle zehn Tage mit Industriestaubsaugern oder Hochdruckreinigern von Schmutz zu befreien. Gemeinden müssen heute bei vielen Entscheidungen Energie-

effizienz berücksichtigen. Greenice ist hier ein optimaler Partner, weil dem Unternehmen ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen wichtig ist. Freizeitspaß und Klimaschutz dürfen kein Widerspruch sein. Die Materialien sind zur Gänze rezyklierbar und im Gebrauch energiesparend. Man braucht keine Kühlleitungen, die Eis produzieren. Die Greenice-Platten sind besonders langlebig und haben außerdem zehn Jahre Garantie.

### Information

Kontakt für Österreich  
Kommunalbedarf.at  
Löwelstraße 6/2.Stock  
1010 Wien  
Tel.: +43 (0) 532 23 88 40  
E-Mail: [shop@kommunal.at](mailto:shop@kommunal.at)  
Web: [www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)

Aus dem Kuratorium für Verkehrssicherheit

# Gegen „feurige“ Weihnachten

In keiner anderen Zeit gibt es so viele Wohnungsbrände wie rund um Weihnachten. Um Christbaumbrände und Unfälle mit Feuer in Zukunft zu verhindern, gibt das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) ein paar Tipps zum richtigen Umgang mit dem Handtieren mit Feuer.

In keiner anderen Jahreszeit brennen in Österreichs Haushalten mehr Kerzen als in der Advent- und Weihnachtszeit. Die Wahrscheinlichkeit für einen Wohnungsbrand in der Weihnachtszeit ist etwa viermal höher als im Rest des Jahres. Rund 500 Wohnungsbrände ereignen sich rund um Weihnachten. „In den beheizten Wohnräumen trocknen Adventkränze und Weihnachtsbäume sehr schnell aus. Die größte Brand-

Christbäume werden oft schon im Herbst gefällt, zu Weihnachten haben sie ihren Wassergehalt daher schon weitgehend eingebüßt. Übrig bleibt das brennbare Material.

gefahr besteht, wenn Kerzenflammen auf die verdörrten und daher leicht entzündbaren Äste übergreifen“, erklärt Dr. Armin Kaltenecker, Leiter des Bereiches Recht & Normen im KfV. Zwei der wichtigsten Vorsichtsregeln lauten deshalb: Kerzen immer auslöschten, wenn der



Foto: Landesfeuerwehrkommando 00

Die größte Brandgefahr besteht, wenn Kerzenflammen auf die verdörrten und daher leicht entzündbaren Äste übergreifen“, erklärt Dr. Armin Kaltenecker.

Raum verlassen wird. Und: Kerzen auf Adventkränzen und Weihnachtsbäumen auswechseln, bevor sie zu tief niederbrennen und das Reisig entzünden können.

Vor allem für Kleinkinder stellt offenes Licht eine magische Anziehungskraft dar, und sie werden somit leichter in Versuchung geführt, mit der brennenden Kerze zu hantieren. „Die Brandgefahr, die offenes Licht in unmittelbarer Nähe von leicht brennbaren Materialien auslöst, sollte Kindern bewusst gemacht werden und daher im Sinne der Sicherheit auf elektrische Weihnachtsbaum-Beleuchtung umgestiegen werden“, rät Kaltenecker.

## Warum brennt der Christbaum so schnell?

Ein trockener Christbaum kann innerhalb von 20 Sekunden in Vollbrand stehen. Bereits nach

90 Sekunden ist vom Baum nicht mehr viel übrig – dafür aber brennt das Zimmer lichterloh. Ein Grund dafür ist, dass Nadelbäume eine große Oberfläche besitzen und dadurch in beheizten Räumen besonders schnell austrocknen. Bis zu durchschnittlich 400.000 Nadeln hat ein Weihnachtsbaum von zwei Metern Höhe. Hauptbestandteile der Nadeln sind Zellulose, ätherische Öle und Wasser. Christbäume werden oft schon im Herbst gefällt, zu Weihnachten haben sie ihren Wassergehalt daher schon weitgehend eingebüßt. Übrig bleibt das brennbare Material.

„Wenn ein Nadelbaum erst einmal Feuer gefangen hat, ist es meist schon zu spät, um noch rechtzeitig reagieren zu können. Auch Rauchmelder sind Lebensretter. Optische Rauchmelder erkennen frühzeitig den Rauch und warnen durch einen lauten pulsierenden Ton. Ein Rauchwarnmelder, häufig auch Heimrauchmelder oder Homemelder genannt, sollte daher in keinem Haushalt fehlen. Ebenso wichtig ist ein griffbereiter Feuerlöscher“, erklärt Kaltenecker. Sternspritzer sollte man generell aufgrund ihrer starken Hitzeentwicklung meiden. Die Temperaturen von brennenden Wachskerzen betragen allein schon rund 750 Grad Celsius. In einem Abstand von zehn Zentimetern, sind es immer noch 350 Grad Celsius. Die beliebten Sternspritzer jedoch entwickeln Temperaturen von 1000 Grad Celsius.

## Einfache Regeln für feuerfreie Feiertage

► Kerzen auf Adventkränzen und Christbäumen rechtzeitig auswechseln, bevor sie niederbrennen. Kerzen sollten immer in einem Abstand von mindestens 50 Zentimeter zu Vorhängen oder anderen brennbaren Materialien aufgestellt werden.

Christbaumkerzen im Abstand von mindestens 20 Zentimetern von Ästen und Dekorationsmaterial befestigen. Nicht brennbare Kerzenhalter reduzieren die Brandgefahr ebenso wie Kerzen, die senkrecht mit entsprechendem Abstand zu anderen Ästen und Christbaumschmuck auf stabilen Ästen montiert sind.

► Zum Aufstellen des Christbaumes nur kipp- und standsichere Christbaumständer verwenden. Darauf achten, dass der Stamm des Christbaums sicher im Ständer befestigt ist. Mit Wasser gefüllte Christbaumständer verhindern ein zu rasches Austrocknen des Baumes und erhöhen damit die Brandsicherheit. Unter den Christbaum am besten eine schwer entflammable Unterlage, zum Beispiel eine Löschdecke, legen. Bis zum Weihnachtsabend sollte der Baum kühl gelagert werden, beispielsweise auf dem Balkon oder im Keller, damit er nicht zu schnell austrocknet.

Wenn ein Nadelbaum erst einmal Feuer gefangen hat, ist es meist schon zu spät.

Dr. Armin Kaltenecker, Leiter des Bereichs Recht & Normen im KfV

- Benützen Sie auf keinen Fall Christbaumschnee aus Spraydosen, wenn die Kerzen bereits brennen – durch brennbare Treibmittel können diese regelrecht zu „Flammenwerfern“ werden.
- Einen Feuerlöscher oder einen Kübel Wasser beim Anzünden der Christbaumkerzen immer in Griffweite stellen, damit im Ernstfall keine Zeit verloren geht.
- Bereits ein Rauchwarnmelder pro Haushalt kann die Sicherheit erheblich erhöhen. Dieser sollte dann im Vorraum angebracht werden. Zusätzliche Rauchwarnmelder in den Schlafräumen und Kinderzimmern erhöhen den Schutz.
- Kinder nie unbeaufsichtigt in der Nähe von brennenden Kerzen lassen. Streichhölzer oder Feuerzeuge für Kinder unerreichbar aufbewahren.

[www.kfv.at](http://www.kfv.at)

Naturschutzgebiete Oberösterreichs gesellig erleben

## www.NATURSCHAUSPIEL.at für Firmen- und Vereinsausflüge

Oberösterreichs kreativste Naturvermittler werden auch 2012 den Spielplan von „www.NATURSCHAUSPIEL.at“ mit erlebnisreichen Führungen in ausgewählte Schutzgebiete füllen. Die Highlights dieser preisgekrönten Veranstaltungsserie fließen in eine Reihe von abwechslungsreichen Gruppenreiseprogrammen ein. Die Broschüre „Naturschauspiel in Oberösterreich gemeinsam erleben“ umfasst zwölf ausgewählte Ausflugs Pakete, die speziell für Betriebsausflüge und Vereinsfahrten geschnürt worden sind. Unter dem Motto „Wie schmeckt der Grünberg?“ geht's etwa zum Preis ab 39 Euro pro Person in das Naturschutzgebiet Traunstein inklusive Besuch im Kammerhofmuseum, Schifffahrt auf dem Traunsee, geführte Wanderung „Wie schmeckt der Grünberg?“ am Fuße des Grünbergs mit einem Naturvermittler, kreatives Kochen am Lagerfeuer mit herrlich frischen Zutaten aus der „Speisekammer-Natur“ inkl. Getränke. Immer wieder sind die Erlebnistouren von NATURSCHAUSPIEL.at in den Gruppenreise-Paketen mit regionaltypischen kulinarischen Schmankerln aus dem Genussland Oberösterreich oder anderen Ausflugshighlights verbunden. So steht etwa beim Ausflug ins Ibmer Moor auch ein Abstecher zur OÖ Landesausstellung 2012 „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert“ in Braunau, Matighofen und Burghausen auf dem Programm.



Broschüre „Naturschauspiel in Oberösterreich gemeinsam erleben“.

Fordern Sie die Gruppenbroschüre gleich an und wählen Sie Ihren Favoriten für Ihre Freunde und Kollegen!

### Information

Oberösterreich Tourismus Information: Freistädter Straße 119, A-4041 Linz,  
Tel.: +43/(0)732/221022,  
Fax: +43/(0)732/7277-701,  
E-Mail:  
[info@oberoesterreich.at](mailto:info@oberoesterreich.at)  
Web: [www.oberoesterreich.at](http://www.oberoesterreich.at),  
[www.naturschauspiel.at](http://www.naturschauspiel.at)

**Buchungs-Hotline:**  
06132/24000-50 bei der Salzkammergut Touristik

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LAND UND EUROPÄISCHER UNION



Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.



## Burgenland

Vorbereitung zum „Superwahljahr“ 2012

### Rochade bei Ortschefs steht an

#### EISENSTADT

2012 ist nicht nur in den USA ein Wahljahr, denn im Oktober wird im Burgenland der Gemeinderat und der Bürgermeister oder – seltener – die Bürgermeisterin gewählt. Schon jetzt geben Ortschefs ihr Zepter an den Nachwuchs ab. In

Hirm, Forchtenstein, Eisenstadt, Güssing, Loipersdorf, Schattendorf, Draßburg/Rasporak finden Amtsübergaben statt. Draßburgs Bürgermeister Christian Illedits tritt nach 15 Jahren im Amt zurück. Auch Peter Vadasz aus Güssing, der viel für Energieautarkie tat, tritt ab.

Public-Private-Partnership finanziert 2,6 Millionen

### Pflegekompetenzzentrum eröffnet

#### SIEGENDORF

Das neue Pflegekompetenzzentrum in Siegendorf hat nun offiziell seine Pforten geöffnet. Das Zentrum wird vom Arbeitersamariterbund geführt und verfügt über 16 Einzelzimmer, sieben Dop-

pelzimmer und auch Zimmer für kurzzeitige Pflegeaufenthalte für Menschen aller Pflegestufen. Bei der Errichtung haben öffentliche Hand und Privatunternehmen die 2,6 Millionen Kosten gemeinsam gestemmt.



Anders als in Wien wollen ÖVP und SPÖ im Burgenland das „Kleine Glücksspiel“ – mit gesetzlichen Schranken – erlauben.

Einnahmen sollen Sozialausgaben senken helfen

### GVV findet Legalisierung des „Kleinen Glücksspiels“ gut

#### EISENSTADT

Der GVV Burgenland begrüßt den Landtagsbeschluss, das „Kleine Glücksspiel“ im Burgenland zu legalisieren. Dadurch kommt es zu einem Lenkungseffekt, der den Regelungs-wildwuchs beseitigen soll. Die Hälfte der Einnahmen wird in die Reduzierung der Sozialausgaben für Gemeinden fließen. „Wir können damit nun zwei Fliegen

mit einer Klappe schlagen. Durch das Gesetz holen wir das Glücksspiel aus der Illegalität und es gibt strenge und nachvollziehbare Rechtsnormen und außerdem werden mit den Erlösen die Sozialausgaben der Gemeinden gedämpft“, so GVV-Präsident Ernst Schmid. Das Verbot war ineffizient, weil rundherum das „Kleine Glücksspiel“ legal ist.



## Kärnten

Gemeindegewand-Präsident Vouk: „Nun ist auch das Land gefordert, sich zu bewe-

### Gemeinden zeigen sich reformbereit

#### KLAGENFURT

Die Beschlüsse im Gemeindegewand waren für den Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes, Bürgermeister Ferdinand Vouk, ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Die Gemeinden haben einmal mehr ihren Reformwillen und ihre Vorreiterrolle für eine schlanke und effiziente Verwaltung unter Beweis gestellt“, so Vouk. Nach dem Beschluss über die Besoldungsreform sind die Stärkung der Gemeindeautonomie im Bereich der Raumplanung sowie die Beschleunigung von Verfahrensabläufen durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel wesentliche Bausteine für die Zu-

kunft. „Nun ist aber auch das Land gefordert, sich zu bewegen. Der Landesfinanz-ausgleich muss endlich angegangen werden, die Gemeinden dürfen nicht weiter Finanziers des Landes sein“, so Vouk. Die Kommunen erwarten sich mutige Schritte auf Landesebene,

um Kärnten fit für die Zukunft zu machen.

Die Vertreterin des Gemeindegewandes im Tourismus-ausschuss, Bgm. Marialuise Mittermüller, zeigte auf, dass der vorliegende Gesetzesentwurf nur den Mittel-fluss, nicht aber die Auf-gabenverteilung regelt.

Foto: Kärntner Gemeindebund



Präsident Bgm. Ferdinand Vouk und Bgm. Marialuise Mittermüller.

Unparteilichkeit als Stärke

### Vouk entkräftet Scheuchs Kritik

#### KLAGENFURT

Mit Verwunderung reagierte Bgm. Ferdinand Vouk, Präsident des Kärntner Gemeindebundes, auf eine Presseaussendung des FPK-Obmannes Uwe Scheuch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Reduzierung der Gemeinderäte. Zwar sei man prinzipiell dafür, doch habe man sich noch nicht abschließend über die Vorschläge geäußert. Vouk weist auch den Vorwurf der Parteilichkeit zurück: „Da wir keiner politischen Partei verpflichtet sind, können wir die Diskussion ganz unaufgeregt führen.“



## Niederösterreich

Klare Regeln und Tarife

### Bestatter wollen zur Ruhe kommen

#### ST. PÖLTEN

Bei den 143 niederösterreichischen Bestattern herrscht Unruhe wegen unklarer Tarifgestaltung und fehlendem Berufsschutz. „Wir wünschen uns vonseiten der Landesregierung klare Regulierungen und transparente Tarifgestaltung, um das Aufkommen von schwarzen Schafen und Trittbrettfahrern in unserer Berufsgruppe zu verhindern“, erklärt Herbert Cepko, Landesinnungsmeister der niederösterreichischen Bestatter, im Gespräch mit dem NÖ Wirtschaftspresse- dienst. Angehörige haben schließlich ein Recht auf Seriosität und Qualität.

Mehr ambulante Betreuung

### 35,7 Millionen für Jugendwohlfahrt

#### ST. PÖLTEN

Das Land Niederösterreich will Kindern und Jugendlichen mit Problemen richtig und rechtzeitig helfen. Dabei lautet das erklärte Ziel, mehr ambulante, mobile und weniger stationäre Betreuung zu schaffen. Die Anzahl der betreuten Kinder und Jugendlichen im ambulanten und mobilen Bereich soll von 2250 im Jahr 2011 auf 6650 im Jahr 2014 steigen. Die Gemeinden tragen für Ausbau und Betrieb der mobilen Dienste die Hälfte der Kosten, werden aber vom Land bis



Landesrat Mag. Karl Wilfing, LAbg. VP-GVV Mag. Alfred Riedl, LAbg. SP-GVV Mag. Karin Renner, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka, Landesrätin Mag. Karin Scheele, Vorsitzender d. Städtebund NÖ Bgm. Matthias Stadler.

einschließlich 2018 mit insgesamt 35,7 Millionen Euro unterstützt. Das Land hilft Kindern richtig und rechtzeitig durch mobile Erziehungsbe-

ratung, Familienhilfe und Familienintensivberatung. Probleme sollen behoben werden, bevor sie akut werden.



## Oberösterreich

Seit fünf Jahren erfolgreich bei Klimaschutz und Energieeffizienz

### Gutau gewinnt Energy Globe Oberösterreich

#### LINZ/TRAUNKIRCHEN

Der diesjährige Energy Globe Oberösterreich geht an die Mühlviertler Gemeinde Gutau. Die Kommune wurde in Linz beim Energie-Forum der Wirtschaftskammer OÖ für eine Vielzahl vorbildlicher Maßnahmen ausgezeichnet, die seit fünf Jahren konsequent zur Erreichung von mehr Energieeffizienz und Klimaschutz gesetzt werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Öffentlichen Gebäude, Gasthäuser, Pfarrheim und die Wohnungsgenossenschaften werden mit Biomasse-Nahwärme versorgt. Kläranlage und Pumpwerk, die Schule Gutau erhalten Sonnenstrom. Außerdem



Gesamtsieger Bgm. Josef Lindner, Karl Friedl (Vorstand Energiestammtisch), Rüdiger Weidinger (Projekteinreicher) mit Laudator Minister Dr. Reinhold Mitterlehner.

gibt es eine Solartankstelle für die Bürger und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf den sinnvollen Umgang mit Energie.

Bürgermeister Josef Lindner nahm sichtlich stolz den Award von Minister Dr. Reinhold Mitterlehner in

Empfang. „Der Erfolg von Gutau zeigt die nachhaltigen Vorteile des sparsamen Einsatzes von Energie und des Ausbaus von Ökostrom. Ich hoffe daher, dass das Vorbild Gutau möglichst viele Nachahmer findet“, sagte Mitterlehner.

Reaktion auf Ackerls Kritik

### Hingsamer zu Unrecht kritisiert

#### LINZ

Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Hingsamer ist über die Aussagen des Landeshauptmann-Stellvertreters Josef Ackerl verärgert. Dieser schob bei Problemen im Sozial- und Gesundheitsbereich dem Gemeindebund den Schwarzen Peter zu, weil dieser schlecht verhandelt habe. Hingsamer weist darauf hin, dass Ackerl als zuständiger Soziallandesrat zwar eine engagierte Sozialpolitik betrieben hat, sich das Geld dafür aber bei den Gemeinden geholt hat. Der Gemeindebund wurde oft nicht eingebunden.



## Salzburg

Raum für alle Generationen

## Alt und Jung – Tür an Tür

## SALZBURG

Im Salzburger Stadtteil Lehen entsteht im Rahmen des „Parklife-Projektes“ ein Komplex, der den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden soll. Nicht nur Senioreneinrichtungen, wie Seniorenheime oder Betreutes Wohnen, werden hier angesiedelt, sondern auch Familienwohnungen und Familieninfrastruktur. Von diesem generationenübergreifenden Zusammenleben werden alle profitieren. Älteren Menschen tut es gut, unter Leuten zu sein, und sie können sich auch als Babysitter üben. Toleranz ist aber das oberste Gebot.

## Hochwasser

Hochwasserschutz ist in Altenmarkt momentan ein Streitfall.

Auch ÖBB und Co. sollen für Hochwasserschutz zahlen

## Für geteiltes Baukosten-Leid

## ALTENMARKT

Im Wintersportparadies Altenmarkt sorgt der Hochwasserschutz in der Gemeinde für Unmut. An der Errichtung soll nämlich eine eigens gegründete Anrainer-Genossenschaft beteiligt werden. Das aktuelle Modell sieht 18 Prozent der Baukosten, also 1,6 Millionen Euro, vor. Dies wurde von den betroffenen Anrainern, die im Einzelfall bis zu 30.000 Euro zahlen müssten, abgelehnt.

Bürgermeister Rupert Winter will es bei diesem Modell aber nicht belassen, um die Anrainer zu entlasten. Winter hat eine Quote von zehn Prozent vorgesehen und will auch Unternehmen wie die Salzburg AG oder die ÖBB zur Kasse bitten. Zwar gibt es mit den Unternehmen da noch keine Verhandlungen. Winter will aber alle, die im Falle eines Hochwassers betroffen wären, bei der Kostendeckung mit einbeziehen.

Nachhaltige Entwicklung

## Lungau wird Biosphärenpark

## LUNGAU

Bald ist es soweit, dann wird der Lungau zum größten Biosphärenpark Österreichs. Einziger Stolperstein könnten die noch laufenden Verhandlungen mit dem Land sein. Ein Biosphärenpark gliedert sich in Zonen, in denen wirtschaftliche Entwicklung erlaubt ist, und in Bereiche, die strengstens geschützt werden. Ausgezeichnet wird der Biosphärenpark von der UNESCO, um Regionen zu ehren, die große Anstrengungen im Bereich der umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung ihrer Gebiete unternehmen.



## Steiermark



Nur ein Prozent der Gebäude wird grundlegend thermisch saniert. Die Beratungsoffensive soll die Motivation zur Sanierung steigern.

Aus eins mach drei Prozent thermisch sanierte Gebäude

## Thermische Offensive

## GRAZ

Die Steiermark hat bei der thermischen Sanierung von Gebäuden akuten Nachholbedarf und daher eine Beratungsoffensive gestartet. Nur ein Prozent der bestehenden 500.000 Wohnungen bzw. Gebäude in der Steiermark werden nämlich

thermisch saniert. Mit der Offensive will man drei Prozent erreichen. Zwar werden kleine Sanierungen bislang sehr gut nachgefragt, aber bei der großen thermischen Sanierung ist die Motivation oft noch gering. Die Beratungsoffensive will hier ansetzen.

Bund fürs Leben ab 2014 angedacht

## Leibnitz und Kaindorf planen Fusion

## LEIBNITZ/ KAINDORF

Voraussichtlich 2014 wird die Zusammenlegung der südsteirischen Gemeinden Kaindorf und Leibnitz über die Bühne gehen. Bis dahin tagen Arbeitsgruppen mit Vertretern beider Gemeinden. Kaindorfs Bürgermeis-

ter Kurt Stessl würde auch andere Gemeinden integrieren: „Noch sind wir nicht verheiratet, wer mitarbeiten will, hätte sich ja nichts vergeben.“ Leibnitzs Bürgermeister Helmut Leitenberger will „die Strukturen beider Gemeinden bündeln“.

Kurzmann übermittelt EU-Maßnahmenpaket

## Kampf dem Feinstaub – schon wieder

## GRAZ

Die Steiermark bemüht sich redlich, die EU-Feinstaubgrenzwerte einzuhalten, wonach an 35 Tagen im Jahr die Tageshöchstgrenze von 50 Mikrogramm Feinstaub überschritten werden darf. Im steirischen Leibnitz wurden die Grenzwerte

aber bereits an 53 Tagen überschritten. Umweltlandesrat Gerhard Kurzmann will den Feinstaub drastisch reduzieren und hat der EU-Kommission bereits ein Maßnahmenpaket übermittelt. Die 35-Tage-Grenze will er langfristig schaffen.





## Tirol

Qualitätsoffensive von Wasser Tirol, Land Tirol, Gemeinden und TIWAG

### Mehr Effizienz und Qualität beim Wasser

#### INNSBRUCK

Kräfte bündeln – Qualität steigern – Kosten senken, lauten die Hauptziele der Qualitätsoffensive von Wasser Tirol, Land, Gemeinden und TIWAG.

Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Robert Müller will, dass sich die Landesbetriebe bei der Anschaffung teurerer Geräte und bei der Ausbildung von Spezialisten stärker aufeinander abstimmen. Dadurch sollen die Personal- und Geräteresourcen besser genutzt und Parallelanschaffungen verhindert werden. Betroffene sollen eine auf breiter Basis stehende Beratung – auch in rechtlichen Belangen – erhalten.

Auch Gemeinden erhalten



Gemeinden sollen bei Kosten und Qualität aus dem Vollen schöpfen. Die neue Qualitätsoffensive in Tirol macht es möglich.

wichtige Hilfestellungen, was für den Präsidenten des Tiroler Gemeindeverbandes, Bürgermeister Ernst Schöpf, ein wesentlicher Faktor ist: „Für die Gemeinden gilt es, in ihrer Rolle als Auftraggeber das Optimum aus Kosten und Qualität

herauszuwirtschaften. Wir sind froh darüber, dass vom Land Anlaufstellen geschaffen wurden, welche die vielfältigen Problemstellungen der Gemeinden umfassend behandeln und beantworten können.“

Rotes Kreuz und Land einig

### Rahmenvertrag Katastrophenhilfe

#### INNSBRUCK

Das Land Tirol und das Rote Kreuz Tirol haben sich in einem Rahmenvertrag auf die Aufgaben im Rahmen der Katastrophenhilfe und die Finanzierungen seitens des Landes geeinigt.

Das Rote Kreuz erhält jährlich 100.000 Euro, um die Ausrüstung ständig bereithalten zu können, 50.000 Euro gibt es jährlich für Weiterbildungen. LHStv Anton Steixner, Rot-Kreuz-Präsident Reinhard Neumayr und Landesrettungskommandant Heinz Wolf unterzeichneten den Rahmenvertrag, der Anfang 2012 in Kraft tritt.



## Vorarlberg

Unrentable Anlagen müssten sonst sperren

### Gemeinden stützen Skigebiete

#### ÜBERSAXEN/ BUCH

Schifoan ist des Leiwandste, finden Vorarlbergs Bürgermeister. Sie unterstützen kleine Skigebiete, damit diese gegenüber den Branchenriesen bestehen können. Kleine Skigebiete sind zwar weniger rentabel, doch für Bürger wichtig.

Rainer Duelli, Bürgermeister von Übersaxen, toliert daher die roten Zahlen der Skilifte. Für große Anschaffungen fehlt das Geld, die Verluste auszugleichen, zählt für Franz Martin, Bürgermeister von Buch im Bregenzerwald, aber als wichtige Sportförderung.



„Zukunft Alpenrhein“ will sicheren Rhein ab 2018

### Mission Hochwasserschutz

#### RHEINTAL

Würden die Dämme des Rheins bei extremem Hochwasser brechen, wäre das für das dicht besiedelte Rheintal eine Katastrophe. Dabei ist es laut dem Schweizer Naturkatastrophenexperten Hans-Peter Willi nur eine Frage der Zeit, bis es zu einem Jahrhunderthochwasser kommt. Beim Projekt „Zukunft Al-

penrhein“ will man nicht auf dem Präsentierteller sitzen und daher für 2012 einen offenen Planungsprozess ins Leben rufen. Projektleiter Markus Mähr will den Rhein ab 2018 hochwassersicher machen und hat ein Investitionsvolumen von 400 Millionen Euro für die Schweiz und Österreich errechnet.



10 Prozent der Polizeischüler mit Migrationshintergrund

### Stolz auf Migrationsanteil bei Polizei

#### BREGENZ

Zehn Prozent der Vorarlbergschen Polizeischüler haben bereits Migrationshintergrund. Das ist für Thomas Hopfner, Leiter der Polizeischule, ein zufriedenstellendes Ergebnis. Polizisten mit Migrationshinter-

grund haben für die alltägliche Praxis sprachliche Vorteile. Ein weiterer positiver Faktor ist außerdem, dass sich alle Gruppen und Nationen in der österreichischen Gesellschaft von der Polizei vertreten fühlen können, so Hopfner.

## Südtirol



Foto: Marketinggesellschaft Meran

Südtirol ist zu allen Jahreszeiten ein Touristen-Hotspot. Touristen sollen ab 2012 eine Kurtaxe zahlen.

## Kurtaxe pro Gast und Übernachtung von Gemeinden eingehoben Start frei für die Tourismusabgabe

### BOZEN

Aufgrund der Regelung zum Steuerföderalismus und der Bestimmungen im Autonomiestatut kann Südtirol nun die Tourismusabgabe einführen. Dabei wird jedoch nicht die Staatsregelung übernommen. Man war sich aber einig, dass eine neue Form der Finanzierung der Tourismusorganisationen notwendig sei, da die heutige Finanzierung der Tourismusvereine sich auf den freiwilligen Beiträgen stützt, welche vermehrt von den großen Betrieben nicht mehr entrichtet werden. „Es ist jedoch notwendig, den Tourismusverbänden und -vereinen eine sichere Basisfinanzierung für ihre Tätigkeit zu gewährleisten“, bekräftigt der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Dr. Arno Kompatscher.

Bereits im Rahmen der gemeinsamen Klausurtagung im April 2011, zwischen dem Rat der Gemeinden und der Südtiroler Landesregierung wurde vom Landeshauptmann Dr. Luis

Durnwalder in Aussicht gestellt, die Tourismusabgabe mit Finanzgesetz einzuführen, und zwar sollte die Tourismusabgabe eine Kombination aus Kurtaxe und Erhöhung einer Steuer, welche von allen Wirtschaftstreibenden zu zahlen ist, sein. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass es zurzeit nicht möglich ist, eine solche Form der Tourismusabgabe einzuführen, welche von den Wirtschaftstreibenden entrichtet wird, welche direkt oder indirekt vom Tourismus profitieren.

Nach weiteren Diskussionen hat der Rat der Gemeinden erneut die Initiative ergriffen und eine Petition zur Einführung der Tourismusabgabe verabschiedet. Mit dieser wurde die Südtiroler Landesregierung aufgefordert, die Tourismusabgabe mit dem Finanzgesetz für das Jahr 2012 in einer ersten Phase als reine Kurtaxe einzuführen, die vom Gast selbst bezahlt wird.

Präsident Kompatscher: „Als Kurtaxe sollte für alle Beherbergungskategorien ein

einheitlicher Betrag pro Übernachtung festgelegt werden, welcher auf Gemeindeebene eingehoben wird und von der Gemeinde – nach Überprüfung der Einhaltung bestimmter Qualitätskriterien – an die Tourismusorganisationen weitergeleitet wird.“ Geplant ist nun im Finanzgesetz 2012 die Kurtaxe pro Gast und Übernachtung einzuführen und es soll die Möglichkeit vorgesehen werden, dass sich alle Wirtschaftszweige Südtirols, die vom Tourismus profitieren, an der Tourismusfinanzierung beteiligen.

### Kontakt



Südtiroler  
Gemeindenverband  
Genossenschaft,  
Kanonikus-Michael-  
Gamper-Straße 10,  
I-39100 Bozen  
Tel 0039-0471-304655,  
Fax 0039-0471-304625  
E-Mail: [info@gvcc.net](mailto:info@gvcc.net)  
Web: [www.gvcc.net](http://www.gvcc.net)

## Personalia

### Neuer GVV-VP- Geschäftsführer im Burgenland

#### EISENSTADT

Da Thomas Steiner Mitte November nach dem Rücktritt der Eisenstädter Andrea Fraunschiels ins Bürgermeisteramt gewählt wird, brauchte nun auch der Landesverband des ÖVP-Gemeindebundes im Burgenland einen neuen Landesgeschäftsführer. Die vakante Stelle als Landesgeschäftsführer wird künftig der 26-jährige Mag. Stefan Bubich besetzen.



Stefan Bubich

Bubich, der sein Politikwissenschaft-Studium erst 2010 abgeschlossen hat, ist seit 2007 politisch als Mitglied des JVP-Landesvorstandes und in der Ortsgruppe Oslip tätig. Seit April 2011 ist er im Burgenländischen VP-Gemeindebund aktiv und wurde am 15. November 2011 einstimmig als Steiners Nachfolger bestellt.

Bubich, der am 16. November 2011 seinen ersten Arbeitstag als Landesdirektor des Bgld. Gemeindebundes antrat, ist sich seiner wichtigen Funktion bewusst:

„Ich wurde von meinen Vorgängern gut auf diese Position vorbereitet. Ich freue mich darauf, nun die Gemeindefunktion zu vertreten und die Interessen der Gemeinden zu vertreten.“

Besonderes Augenmerk will



Thomas Steiner

er auf das Vorantreiben von Gemeindegemeinschaften legen.

## Aus den Gemeinden kurz gemeldet ...

### Von Rot auf Schwarz gedreht

#### ST. MARTIN AM TENNEN- GEBIRGE

Nachdem der langjährige SP-Bürgermeister von St. Martin am Tennengebirge, Rudi Lanner, zurücktrat, machte er den Weg frei für Neuwahlen. Die Bürgermeisterwahlen, die sich zwischen Johannes Schlager (VP) und Markus



Bgm. Johannes Schlager

Oberauer (SP) entschied, brachten ein überraschendes Ergebnis zu Tage. Mit 57,29 Prozent der Stimmen schaffte Johannes Schlager in der Salzburger 1500-Einwohner-Gemeinde. Was vier Jahrzehnte niemand anderer in der Gemeinde zustande brachte: Die ÖVP stellt nun den Bürgermeister.

Foto: Gemeinde St. Martin a.T.

### Peter Kalteis ist RADLaktivster Bürgermeister Niederösterreichs

#### WEINBURG

Im Niederösterreich wird kräftig in die Pedale getreten. Über 2000 RADLER legten beim RAD-Land-Wettbewerb des Klimabündnisses zusammen mehr als 1,4 Millionen Kilometer zurück. Auch die Bürgermeister sind fleißige Radler: Peter



Bgm. Peter Kalteis

Kalteis aus Weinburg im Bezirk St. Pölten-Land wurde mit 3100 Radkilometern zum RADLaktivsten Bürgermeister in Niederösterreich gekürt. Die Gemeindegewertung ging an Brunn a. d. Wild.

## Personalia Oberösterreich

### Neue Bezirkshauptmänner in Vöcklabruck und Linz-Land

Am 14. November wurden in Oberösterreich gleich zwei neue Bezirkshauptmänner ernannt. In Vöcklabruck wird Dr. Martin Gschwandtner die Nachfolge von Bezirkshauptmann Dr. Peter Salinger antreten. Der Jurist ist seit 30 Jahren im Landesdienst tätig.



Foto: ÖVP Vöcklabruck

Dr. Martin Gschwandtner

Auch Linz-Land bekommt mit Mag. Manfred Hageneder einen neuen Bezirksobmann. Der Jurist, seit 20 Jahren im Landesdienst tätig, folgt Dr. Rudolf Doleschal. Beide Bezirkshauptmänner werden am 1. März 2012 ihren Dienst antreten.



Foto: Privat

Mag. Manfred Hageneder

## Ehrungen in Kärnten



Foto: Eggenberger

Die Preisträger mit Ferdinand Vouk, Kärntner Gemeindebund-Präsident, und Helmut Mödlhammer, Österreichischer Gemeindebund-Präsident.

## Für Verdienste im Kärntner Gemeindebund

### Kärntner Ehrungen

In Kärnten wurden Hans Ferlitsch, Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal und langjähriger Präsident des Kärntner Gemeindebundes, zum Ehrenpräsidenten des Kärntner Gemeindebundes ernannt.

Gemeindebundes, von 1997 bis 2007 dessen Vizepräsident. Von 1999 bis 2009 übte er die Funktion des Zweiten Präsidenten des Kärntner Landtages aus.

#### Ehrenmitglied Bgm. a. D. Vinzenz Rauscher

Ehrenmitglied des Kärntner Gemeindebundes ist nun auch Bgm. a. D. Vinzenz Rauscher. Der ehemalige Bürgermeister von Hermagor war lange Zeit Mitglied des Landesvorstandes und Vizepräsident. Von 1983 bis 2011 war er Bürgermeister der Stadtgemeinde Hermagor-Pressegger See. Im Landesvorstand des Kärntner Gemeindebundes war er seit Dezember 1983 – seit 1991 als 2. Vizepräsident. Für seine Verdienste um die Stadt Wolfsberg wurde auch Bgm. a. D. Dr. Gerhard Seifried von der Landesversammlung ausgezeichnet. Er stand der drittgrößten Stadt des Bundeslandes Kärnten vom 23. Jänner 1998 bis zum 31. März 2011 vor.

#### Ehrenpräsident Bgm. Hans Ferlitsch

15 Jahre stand Bgm. Hans Ferlitsch an der Spitze des Kärntner Gemeindebundes. Für seine Verdienste wurde der Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal durch die Landesversammlung zum Ehrenpräsident gewählt. Präsident Bgm. Hans Ferlitsch ist 1973 in die Kommunalpolitik seiner Heimatgemeinde eingetreten und seit 1985 erfolgreich als Bürgermeister tätig. 2009 wurde er mit fast 80 Prozent Zustimmung zum fünften Mal in seiner Funktion bestätigt. Seit 14. Juni 1996 stand Hans Ferlitsch an der Spitze des Kärntner Gemeindebundes. Gleichzeitig war er auf Bundesebene auch Mitglied des Präsidiums des Österreichischen

## KOMMUNAL – International

## Rekord: Zahlungsunfähig mit Schulden in Höhe von 4,1 Milliarden Dollar

### JEFFERSON COUNTY/TEXAS

Es ist die größte Pleite einer kommunalen Verwaltungseinheit in den USA bisher: Jefferson County im Bundesstaat Alabama hat knapp



650.000 Einwohner und 4.100.000.000 Dollar Schulden (drei Milliarden Euro). Anfang November musste die Kommune nach einem Bericht in der „Presse“ Bankrott anmelden, nachdem die Refinanzierung eines Drei-Milliarden-Dollar-Kredits nicht geklappt hat. Die Geschichte des US-Bezirks erinnert an die abenteuerlichen Geldgeschäfte, auf die sich auch manche österreichische und deutsche Gemeinden in den Jahren vor der Finanzkrise eingelassen haben. Im Fall von Jefferson County war es eine komplizierte Vereinbarung zur Finanzierung von Kanälen und Kläranlagen, die dem County am Ende finanziell das Genick brach. In Birmingham, der größten Stadt Alabamas, hat man deshalb Bankrott nach Kapitel 9 angemeldet – die Regelung verschafft den Schuldnern mehr Handlungsspielraum gegenüber den Gläubigern, als es zum Beispiel ein Bankrott nach Kapitel 11 tun würde. Dies ist die Bankrott-Vorgehensweise bei Privatunternehmen. Jefferson County dürfte auch jede Unterstützung vonseiten des Rechts recht

sein, denn die Pleite ist das Ergebnis von sechs Wochen Verhandlungen, die am Ende scheiterten – und von vielen Jahren, die von undurchsichtigen Geschäften geprägt waren. Die Pleite trifft auch die BayernLB, die mit 52 Millionen Dollar an Forderungen zu den größten Gläubigern des County zählt. Wieviel an Forderungen der größte Gläubiger, JP Morgan, noch ausständig hat, ist unklar, die Summe soll allerdings erheblich sein.

Laut dem Bericht in der „Presse“ gab es in diesem Jahr bereits zwei große Pleiten von US-Bezirken: Central Falls in Rhode Island im August und Harrisburg in Pennsylvania. In den USA

gibt es rund 90.000 Emittenten von Wertpapieren. Die als Municipalities bezeichneten Gebietskörperschaften (wie Jefferson County) sind unter der Ebene der Bundesstaaten angesiedelt und umfassen rund 36.000 Gemeinden. Stagnierende Steuereinnahmen und wachsende Ausgaben führen nach dem Ausbruch der Finanzkrise zu einem weiterhin schnellen Anstieg der ohnehin schon hohen Verschuldung. Bis September gab es in den USA 42 Bankrotte von Municipalities, die fast eine Milliarde Dollar Schulden hatten. In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 waren es noch 79 Pleiten in der Höhe von fast drei Milliarden.

### Geistergräber

#### CHAILLAC-SUR-VIENNE

Das Geheimnis der „Geistergräber“ auf ihrem Friedhof will die kleine französische Gemeinde Chaillac-sur-Vienne nun endlich von der Polizei lüften lassen: Die Verwaltung in dem rund 1000 Einwohner zählenden Ort im zentralfranzösischen Departement Haute-Vienne will laut APA nicht mehr mit ansehen, wie auf dem Dorffriedhof immer mehr Gräber mit Blumen und Grabplatten entstehen, die ein „Phantom“ in nächtlichen Aktionen selbst anlegt. Die Polizei untersuchte nun zwar die verdächtigen „Gräber“ – und fand zur Erleichterung der Dorfbewohner kein einziges Skelett. „Das ist nur umgegrabene Erde, mit Blumen und Kreuzen dekoriert“, hieß es bei der Polizei. Doch der „Totengräber“ ist noch nicht gefasst.

### Kindergarten für 100-Jährige

#### ESKILSTUNA

Eine hundertjährige Schwedin in Eskilstuna hat die schriftliche Aufforderung erhalten, sich zeitgerecht um einen Platz in einem kommunalen Kindergarten zu kümmern. Nach anfänglicher Verwirrung habe der Brief für große Heiterkeit gesorgt, sagte die Tochter der Frau gegenüber der Zeitung „Eskilstuna Kuriren“. Die Gemeinde erklärte den Fehler damit, dass vermutlich nicht kontrolliert wurde, auf welches Jahrhundert sich das Geburtsdatum der Adressatin bezog. Auch der Umstand, dass die Empfängerin der Kindergartenbroschüre bereits in einer ebenfalls kommunalen Altenwohnung untergebracht ist, dürfte den Zuständigen entgangen sein. (APA)

## Personalien

### Innerbrazer Bgm. verstorben

#### INNERBRAZ

Edmund Burtscher, Bürgermeister der Vorarlberger Gemeinde Innerbraz, ist Anfang November verstorben. Der beliebte Ortschef der 1000-Einwohner-Gemeinde wurde in einem Waldstück tot aufgefunden. Fremdverschulden wird ausgeschlossen.

Burtscher, 52 Jahre alt, trat erst vor ein-einhalb Jahren die Nachfolge des Innerbrazer Langzeitbürgermeisters Werner Walser an. Er hinterlässt zwei Kinder. Die Bürger der 1000-Einwohner-Gemeinde Innerbraz sind betroffen.



Bgm. Edmund Burtscher

Foto: Gemeinde Innerbraz

## Personalien

### Neue Spitze bei der Bank Austria

#### WIEN

Erich Hampel löst Paolo Fiorentino an der Spitze des Bank Austria-Aufsichtsrats ab. Zwei Jahre nach Beendigung seines Vorstandsvorsitzes folgt Hampel plangemäß Fiorentino, der dem Aufsichtsrat auch weiterhin als stellvertretender Vorsitzender angehören wird.



Foto: Bank Austria

Erich Hampel

Hampel ist seit vierzehn Jahren für die Bank Austria tätig. Von 2004 bis 2009 war Hampel Vorstandsvorsitzender und seit 1. Oktober 2009 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats.

## Buch-Tipp

### Über Medien und ihr Herkunftsland

Die Globalisierung und Europäisierung hat auch vor der Medienlandschaft nicht haltgemacht und die rechtliche Lage teils kompliziert. Wer hat die Rechtshoheit über einen Fernsehveranstalter, der sich in Land A niederlässt, aber aus Land B kommt? Was, wenn ein Anbieter sich nur in einem Land niederlässt, weil es in einem anderen Land strengere Regelungen gäbe? Wie gestaltet sich im Einzelfall das Spannungsverhältnis zwischen Herkunftslandprinzip, Mindestharmonisierung und Inländerdiskriminierung und was bedeuten diese juristischen Termini eigentlich?

All dies sind spannende Fragen, denen sich Dr. Martina Hohensinn in diesem Band der Schriftenreihe Euro-Parität widmet. Das lesenswerte Werk ist die überarbeitete Fassung von Hohensinns Dissertation, die sie während ihrer Tätigkeit bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union begann.



### Das Buch

Dr. Martina Hohensinn: Das Herkunftslandprinzip in der Mediendiensterichtlinie. Herausgegeben von Josef Aicher/Siegfried Fina/Ernst A. Kramer/Georg Röss/Manfred P. Straube. NW Verlag 2010, 226 Seiten ISBN: 978-3-8305-1838-9 [www.nwv.at](http://www.nwv.at)

## Buch-Tipp

### Blicke auf die Mehrheitswahl

Die Alltagsdiagnose über den Zustand der österreichischen Politik ist schnell gefällt: Die Wahlbeteiligung sinkt, die Wähler sind politikverdrossen und protestieren, die Große Koalition kann daran nichts ändern. Diskutiert wird auch über Reformen des Wahlsystems und über die Vorzüge und Nachteile des Mehrheitswahlrechts.

In diesem Buch nimmt sich eine Reihe Experten genau diesen Problemstellungen der politischen Landschaft an. Unter den Experten finden sich Nationalratspräsidentin Barbara Prammer oder auch der medienaffine Politologe Peter Filzmaier. Behandelt wird beispielsweise, welche Rolle Persönlichkeiten im Staat spielen, insbesondere vor dem Hintergrund des medialen Systems, oder wie man denn die besten Köpfe für eine politische Tätigkeit gewinnen kann.

Im letzten Teil des Buches wird das Mehrheitswahlrecht vorgestellt und aus wahlsystematischer, politikwissenschaftlicher und verfassungsrechtlicher Sicht diskutiert.



### Das Buch

Klaus Poier (Hg.): Persönlichkeiten und Demokratie: Wie wählen wir die besten Köpfe? NW Verlag 2011, 165 Seiten ISBN: 978-3-7083-0278-2 [www.lit-verlag.at](http://www.lit-verlag.at)

## Naturschutzbund hat gewählt

### Hirschkäfer Insekt des Jahres

Der Hirschkäfer ist das Insekt des Jahres 2012, so haben der Naturschutzbund und die Österreichische Entomologische Gesellschaft entschieden. Mit bis zu 9 cm Körpergröße sind Hirschkäfer die größten Käfer Mitteleuropas. Nur die Männchen haben die gewaltigen, großen Geweihe, mit denen sie gegeneinander kämpfen. Die etwas

kleineren Weibchen werden sechs Zentimeter groß.



Der Hirschkäfer freut sich auf 2012.

## Buch-Tipp vor Weihnachten

### K.u.k. Kriegsmarine ins neue Jahrtausend katapultiert

Die k.u.k. Monarchie, also die kaiserliche und königliche Monarchie Österreich-Ungarn, gibt es schon lange nicht mehr. Ebenso sind die k.u.k. Kriegsmarine und der ehemalige Meereszugang der k.u.k. Monarchie Geschichte.

Im 19. Jahrhundert genoss die Kriegsmarine, im Vergleich zu Truppen auf dem Lande, allerdings bestenfalls eine stiefmütterliche Behandlung. Das fand zumindest Alfred Freiherr von Koudelka, als er im Jahre 1899 „Unsere Kriegs-Marine“ schrieb. Ebdieses Werk wurde nun mit einem Vorwort von Bernhard Wenning, Archivar am Kriegsarchiv des Österreichischen Staatsarchivs, und zahlreichen hochqualitativen Illustrationen nach Aquarellen von August Freiherr von Ramberg neu verlegt. Alfred Freiherr von Koudelka hatte mit seinem Werk vor allem einen Werbezweck im Sinn, nämlich die

Marine von ihrem Status als ungeliebtes Kind der damaligen Landmacht zu lösen und alle Leser von der Schlagkraft der Truppen zu überzeugen.



Heute lässt das Buch seine Leser eine Zeitreise in längst vergangene Zeiten unternehmen und bei der Betrachtung der stimmungsvollen Aquarelle fast schon sentimental

werden. Die k.u.k. Zeit und die militärischen Aktivitäten werden somit gründlich entstaubt und sprechen auch Nicht-Historiker an, die ein bisschen mehr über Österreichs Geschichte erfahren wollen.

### Das Buch

Alfred Freiherr von Koudelka: Die k.u.k. Kriegsmarine. W-H Edition Winkler-Hermaden 2011, 520 Seiten ISBN: 978-3-9503077-3-6 [www.edition-wh.at](http://www.edition-wh.at)

## SANIERUNG - RENOVIERUNG - NEUBAU

Vorschau auf Ausgabe 1/2012 (Jänner):



## Ziegelbau vs. Nullenergiehaus

Immer stärker wurde in den vergangenen Jahren auf die Klima- und Ökologiefizienz unserer Häuser geschaut. Egal

ob Ein- oder Mehrfamilienhaus – bis hin zum mehrgeschossigen Wohnbau in der Gemeinde. Bei den Neubauten sind wir mittlerweile auf einem Standard, um den uns Europa beneidet. Aber was ist mit den tausenden Häusern aus den 50ern und 60ern? Woher sollen die Mittel kommen, diese Wohnungen auf den Stand von 2012 zu bringen?

KOMMUNAL wirft einen Blick auf die Fördermöglichkeiten des Bundes und der Länder. Und wir schauen, was die Gemeinden aus ihren eigenen Budgets leisten können, um zeitgemäße Wohnungen zu errichten und erhalten.

### BESTATTUNG



#### ► Friedhof & Bestattung

Der Gemeinde-Friedhof ist nicht nur eine Stätte der stillen Andacht. Und das Bestatten ist nicht nur ein würdiges Abschiednehmen, sondern manchmal auch ein Glaubensfrage – und hier ist keine religiöse nach einem bestimmten Ritus gemeint. Die Glaubensfrage ist vielmehr Grab oder Urne, Gruft oder Naturgrab, Seebegräbnis und ähnliches mehr. KOMMUNAL schaut sich die verschiedenen Möglichkeiten in den Bundesländern an.

### KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL  
Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Fax: 01/532 23 77  
Web: [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Mag. Sabine Brüggemann  
Tel.: 01/532 23 88 – 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke  
Tel.: 01/532 23 88 – 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

In dieser Ausgabe:

## Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

► Aluminium-Fenster-Institut	43
► Andreas Aigner Urnengräber	56
► ARGE Forum mineralische Rohstoffe	70
► ASFINAG	56
► Atlas Copco Österreich	54
► BAWAG PSK	63
► Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	38
► Bundesministerium für Inneres	20
► Containex Handelsgesellschaft m.b.H.	45
► Energie-Control Austria	64
► Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG	73
► Erste Group Immorent AG	57
► Familie & Beruf GmbH	37
► Francotyp-Postalia GmbH	65
► Fonds Gesundes Österreich	78
► Hartl - Haus - Holzindustrie GmbH	58
► HYPO NOE Gruppe Bank AG	59
► INNOTECH Arbeitsschutz GmbH	42
► KOMMUNALKREDIT Austria AG	72
► Neudörfler Office Systems GmbH	44
► OÖ Tourismus	85
► Österreichische Post AG	62
► Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach	56 & 73
► PWC Österreich GmbH	61
► Schörghuber & Partner KEG	62
► Stangl Reinigungstechnik GmbH	58
► Wallenberger & Linhard Regionalberatung	55
► wiko wirtschaftskommunikation GmbH	42

Vorschau auf Ausgabe 12/2012 (Dez.):

### FACILITY MANAGEMENT

#### ► Integrierte Prozesse erleichtern die Hauptarbeit

Grundstücke, Gebäude, Anlagen, Einrichtungen, Maschinen, Installationen und Infrastrukturen sind strategische Ressourcen. Ihre Steuerung und Bewirtschaftung ist als umfassender Prozess über die gesamte Lebensdauer zu verstehen. Mit dieser Dienstleistung unterstützt und verbessert Facility Management die Hauptaktivitäten der Organisation.

### DIE SICHERE GEMEINDE

#### ► Sicherheit am Bauhof – Baustellenabsicherung

Den Aspekten „Sicherheit am Bauhof“ oder „Baustellenabsicherung“ kommt bei den vielfältigen Tätigkeiten und Arbeiten der Gemeinden gleich mehrfach besondere Bedeutung zu. Und wann immer das Thema Sicherheit (am Arbeitsplatz) angesprochen wird, ist auch das Thema Arbeitsschutz gefragt.

WILLKOMMEN IN DER GEMEINDE!

# Der Babyrucksack

Schenken Sie den neugeborenen Babies in Ihrer Gemeinde einen guten Start ins Leben. Der Babyrucksack enthält wertvolle Informationen und Warenproben für Eltern und Kinder.

## ERSTAUSSTATTUNG (ÖKO TEX Klasse 100)

- Flaneldecke
- Säuglingsjäckchen
- Babybody
- Sweatshirt
- Baumwoll-Leibchen
- Baumwoll-Häubchen
- Trikot-Strampler
- Spielanzug

## WARENPROBEN

Ab € 41,90  
pro Stück

Lieferbar ab März 2012.

Jetzt bestellen auf  
[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)



KOMMUNALBEDARF.AT

Der Onlineshop des Österreichischen Kommunalverlag

# DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalcredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

**WASSERKRAFT**  
als sauberer Stromlieferant



**NACHHALTIGE ENERGIE**  
ohne Umweltbelastung



**MODERNE GESUNDHEITZENTREN**  
für Bürgerinnen und Bürger



©DKH SCHLADMING

**KADERSCHMIEDEN**  
für unsere Jugend



©ZAHA HADID ARCHITECTS/HEILAND

**SOZIALE INFRASTRUKTUR**  
für eine funktionierende Gesellschaft



**VERKEHRSWEGE**  
für rasche und sichere Verbindungen



**ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR**  
[www.kommunalkredit.at](http://www.kommunalkredit.at)

**KOMMUNAL  
KREDIT**